

■ KRÄFTIGES WIRTSCHAFTS- WACHSTUM VERLIERT AN DYNAMIK

ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT IM JAHR 2000

Der seit Mitte 1999 verzeichnete Konjunkturaufschwung setzte sich in der ersten Hälfte des Jahres 2000 fort, die österreichische Wirtschaft wuchs im Jahr 2000 um 3,2%. Die internationalen Rahmenbedingungen – starke Binnennachfrage in den USA, kräftiges Wachstum in den MOEL, stabile Finanzmärkte – schlugen sich in einer deutlichen Belebung der Außenhandelsaktivität nieder, von der vor allem Österreichs exportorientierte Sachgüterindustrie profitierte. Im Verlauf des Jahres verlangsamte sich die Dynamik, sowohl die Exportnachfrage als auch die meisten heimischen Nachfragekomponenten wuchsen deutlich schwächer als in der ersten Jahreshälfte. Die Inflationsrate erhöhte sich aufgrund des Rohölpreisanstiegs, der Euro-Schwäche und der Erhöhung einiger Gebühren, nachdem im Jahr 1999 ein langjähriger Tiefstand erreicht worden war. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten stieg mit knapp +1% ähnlich stark wie in den zwei Jahren zuvor, die Arbeitslosenquote sank auf den niedrigsten Wert seit 8 Jahren.

Die markante Expansion der Binnennachfrage in den USA bewirkte in der ersten Hälfte des Jahres 2000 eine beträchtliche Ausweitung des Welthandels. Auch die europäische Wirtschaft profitierte davon und verzeichnete zweistellige Exportzuwachsrate. Ab Jahresmitte zeigten die von der Notenbank der USA zur Dämpfung der überhitzten Konjunktur gesetzten monetären Maßnahmen ihre Wirkung. Hatte das BIP der USA in den ersten drei Quartalen 2000 um über 5% expandiert, so verlangsamte sich das Wachstum im IV. Quartal merklich (+3,4%).

In Europa blieb die Konjunktur im Jahresverlauf stabil. Zwar war um die Jahresmitte ebenfalls eine leichte Abschwächung zu verzeichnen, doch hielten die Wachstumsraten insgesamt ein hohes Niveau. Im Euro-Raum stieg das BIP im Jahr 2000 real um 3,4% – erheblich rascher als in den vergangenen Jahren.

Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (laut ESVG 1995)

Zu Preisen von 1995

	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft	- 1,6	+2,5	-3,1	-6,3
Bergbau ¹⁾	+ 0,2	-2,7	+4,4	+5,9
Sachgütererzeugung	+ 4,3	+4,5	+2,4	+8,2
Energie- und Wasserversorgung	+ 5,9	+2,9	+3,1	+0,4
Bauwesen	+ 0,2	+2,4	+2,2	+1,9
Handel ²⁾	+ 2,7	+4,2	+3,3	+3,2
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	- 1,3	+3,7	+3,4	+2,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 2,4	+4,7	+2,7	+3,5
Kreditinstitute und Versicherungen	+11,1	+2,4	-5,3	+6,2
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 3,9	+3,2	+3,5	+4,1
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	+ 1,4	+2,0	+1,6	-0,1
Sonstige Dienstleistungen	- 8,3	+1,6	+0,9	+1,6
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	+ 1,6	+3,3	+1,8	+3,7
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,3	+3,3	+2,8	+3,2
Primärsektor	- 1,6	+2,5	-3,1	-6,3
Sekundärsektor	+ 3,3	+3,7	+2,5	+5,9
Tertiärsektor	+ 0,9	+3,1	+1,6	+3,0

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Dies ermöglichte einen neuerlichen Rückgang der Arbeitslosenquote in der EU.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft war im Jahr 2000 auch durch den empfindlichen Anstieg des Rohölpreises auf 28 \$ je Barrel geprägt. Im Herbst wurde erstmals seit 10 Jahren die Marke von 30 \$ je Barrel überschritten. Gleichzeitig sank der Euro-Dollar-Wechselkurs um rund 13%. Dies hatte im Euro-Raum einen erheblichen Terms-of-Trade-Verlust und eine Zunahme des Leistungsbilanzdefizits auf 28,4 Mrd. € (rund 0,5% des BIP) zur Folge. In der ersten Jahreshälfte 2000 lag das Geldmengenwachstum deutlich über der von der EZB angepeilten Zielgröße von 4,5%. Auch die Inflationsrate erhöhte sich aufgrund der Verteuerung der Importe gegenüber 1999 beträchtlich. Als Konsequenz schwenkte die EZB von einem expansiven auf einen neutralen monetären Kurs ein, um einer möglichen Weiterwälzung der Inflationsbeschleunigung in Form höherer Lohnsteigerungen zu begegnen.

HÖHERES LEISTUNGSBILANZDEFIZIT TROTZ GUTER EXPORTKONJUNKTUR

Der niedrige effektive Wechselkurs und die Stärke der internationalen Konjunktur ließen die österreichischen Exporte nominell um 13,4% wachsen. Die Warenausfuhr stieg um 14,8%, die Reiseverkehrseinnahmen aus dem Ausland um 5,1% und die sonstigen Dienstleistungsexporte um 10,8%. Aufgrund der Rohölpreisverteuerung und der Schwäche des Euro nahmen aber auch die Ausgaben für Rohstoff- und Energieimporte erheblich zu. Gemessen am Wert wuchsen die Importe insgesamt sogar stärker als die Exporte, sodass sich das Leistungsbilanzdefizit im Jahr 2000 von 75,1 Mrd. S

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (laut ESVG 1995)

Zu Preisen von 1995

	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 0,6	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,6
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,4	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,7
Staat	- 1,4	+ 2,8	+ 3,2	+ 2,3
Bruttoinvestitionen	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,0	+ 3,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,0	+ 2,7	+ 3,2	+ 2,9
Ausrüstungen	+ 5,3	+ 4,5	+ 4,8	+ 5,0
Bauten	- 2,0	+ 0,9	+ 2,2	+ 1,2
Vorratsveränderung ²⁾ in Prozentpunkten	+ 0,3	± 0,0	- 0,3	+ 0,1
Mrd. S	+17,8	+16,8	+10,1	+11,8
Inländische Verwendung	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,9
Exporte	+ 9,9	+ 5,5	+ 7,6	+ 9,8
Importe	+ 9,7	+ 3,7	+ 7,1	+ 9,2
Außenbeitrag in Prozentpunkten	± 0,0	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,3	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,2

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

(1999) auf knapp 90 Mrd. S erhöhte. Auf Preisbasis 1995 übertraf die Exportsteigerung mit +9,8% jedoch die der Importe (+9,2%).

Auch die Binnennachfrage weitete sich im Jahr 2000 stärker aus als im Vorjahr. Der Konsum der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) stieg real um 2,7%. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die expansiven Effekte der Steuerreform und des „Familienpakets“ auf die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Dämpfend wirkten in der zweiten Jahreshälfte der Kaufkraftverlust infolge der Treibstoffverteuerung und der Anhebung einiger Gebühren. Im 1. Halbjahr 2000 veranlassten der mit dem hohen Wirtschaftswachstum einhergehende Anstieg der Gewinne und die optimistischen Zukunftsaussichten die Unternehmen zu umfangreichen Investitionen. Vor allem Ausrüstungsgüter wurden in größerem Umfang angeschafft. Im weiteren Jahresverlauf trübten sich die Erwartungen bezüglich der künftigen Wirtschaftsentwicklung jedoch ein, und diese Nachfragekomponente ging im III. Quartal deutlich zurück. Vor der Streichung des Investitionsfreibetrags mit Anfang 2001 lebte die Investitionstätigkeit aufgrund von Vorziehkäufen erneut auf. Insgesamt stiegen die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2000 real um 5%. Nur schwach fiel hingegen das Jahresergebnis der Bauinvestitionen aus. Zwar wurde der Hochbau für Nichtwohnzwecke kräftig ausgeweitet, doch dämpfte das ungünstige Ergebnis sowohl im Wohnbau als auch im Tiefbau den Jahresanstieg auf real +1,2%.

Eine deutliche Wachstumsverlangsamung ist im öffentlichen Konsum zu verzeichnen. Dies lässt sich auf Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung und in geringem Ausmaß auch im Unterrichtswesen zurückführen. Nach +3,2% 1999 erreichte der Anstieg 2000 2,3%, mit einer beträchtlichen Abflachung in der zweiten Jahreshälfte.

Inländische Verwendung (laut ESVG 1995)

Zu laufenden Preisen

	2000 Mrd. S	2000 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bruttoinlandsprodukt	2.833,9	+ 4,5
Minus Exporte	1.386,4	+13,4
Plus Importe	1.417,0	+14,6
Inländische Verwendung	2.864,5	+ 5,1
Konsumausgaben insgesamt	2.165,9	+ 4,4
Private Haushalte ¹⁾	1.606,0	+ 4,6
Staat	559,9	+ 4,0
Bruttoinvestitionen	682,5	+ 4,8
Bruttoanlageinvestitionen	670,6	+ 4,5
Ausrüstungen	259,2	+ 4,8
Bauten	392,9	+ 4,1
Vorratsveränderung ²⁾	11,9	.
Statistische Differenz	16,1	.

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

ÜBERDURCHSCHNITTLICHE ZUNAHME DER SACHGÜTERERZEUGUNG

Die größte Dynamik entfaltete im Jahr 2000 die vom Exporthoch begünstigte Sachgüterproduktion. Ihr realer Nettoproduktionswert erhöhte sich um 8,2%. Da die Beschäftigung nahezu unverändert blieb, war ein beträchtlicher Produktivitätsanstieg zu verzeichnen. Allerdings nahm die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 0,6% zu, nachdem sie im Vorjahr um 2% gesunken war. Je geleistete Arbeitsstunde stieg die Arbeitsproduktivität um 7,6%, um 1 Prozentpunkt stärker als 1997. Berücksichtigt man die Steigerung der in dieser Branche im Jahr 2000 gezahlten Arbeitsentgelte, so verringerten sich die Arbeitsstückkosten gegenüber 1999 um 5,4%.

Ebenfalls sehr günstig verlief das Jahr 2000 für den Bereich der Finanzdienstleister, dank der guten Ertragslage der Banken war der Wertschöpfungsbeitrag real um 6,2% höher als im Vorjahr. Kräftig expandierte auch die Produktion der Datenverarbeitung und der unternehmensnahen Dienstleistungen. Die reale Wertschöpfung des Realitätenwesens, dem diese beiden Branchen zugeordnet werden, stieg dadurch um 4,1%. Im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen wies auch die Beschäftigung die größte Dynamik auf – laut Hauptverband stieg die Zahl der unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse um 7,8%.

Unterdurchschnittlich nahm die reale Wertschöpfung des Bauwesens (+1,9%), der Energieversorgung (+0,4%) und der sonstigen Dienste einschließlich Gesundheits- und Unterrichtswesen (+1,6%) zu. Ein Rückgang war nur in der öffentlichen Verwaltung (–0,1%) und der Landwirtschaft (–6,3%) zu verzeichnen.

ARBEITSLOSENQUOTE ERSTMALS WIEDER UNTER 6%

Die gute Konjunktur ließ die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse (ohne Karenzgeldbezieher) im Jahr 2000 um

Verteilung des Nettoinationaleinkommens

	2000 Mrd. S	2000 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitnehmerentgelte	1.467,3	+3,5
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	1.001,4	+5,9
Produktionsabgaben minus Subventionen	365,1	+4,8
Bruttoinlandsprodukt	2.833,9	+4,5
Primäreinkommen an die übrige Welt	234,1	+22,1
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	188,8	+27,5
Bruttonationaleinkommen	2.788,5	+4,5
Abschreibungen	402,1	+3,5
Nettonationaleinkommen	2.386,4	+4,7
Laufende Transfers an die übrige Welt	38,7	–9,4
Laufende Transfers aus der übrigen Welt	31,4	+9,1
Verfügbares Nettoinationaleinkommen	2.379,1	+5,0

0,9% steigen (+29.000). Der Zuwachs war bis zum Frühjahr höher als 1999, flachte jedoch im Jahresverlauf zusehends ab. Gemessen am Wirtschaftswachstum war die Zunahme ungewöhnlich schwach, d. h. die Arbeitsproduktivität erhöhte sich kräftig. Dies geht einerseits auf die erhöhte Inanspruchnahme der Pensionsantrittsregelung vor ihrer Veränderung zurück (vor allem im öffentlichen Dienst), andererseits dürften vermehrt Teilzeit- in Vollzeitarbeitsplätze umgewandelt worden sein.

Die Arbeitslosigkeit verringerte sich im Jahr 2000 mit –27.400 rascher, als angesichts der Beschäftigungsentwicklung zu erwarten gewesen wäre. Weil die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 59 Jahre) sinkt und die „stille Reserve“ weitgehend ausgeschöpft ist, speiste sich der Beschäftigungsaufbau verstärkt aus dem Arbeitslosenpool. Hinzu kommen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (z. B. Job Coaching), welche eine verstärkte Selektion der Arbeitslosen auf ihre Arbeitswilligkeit bzw. -fähigkeit hin bezwecken. Mit der in der Folge häufiger verhängten Sperre des Anspruchs auf Arbeitslosengeld scheidet viele Arbeitslose aus der Statistik aus.

Die Bruttoerwerbsquote, definiert als die Summe der unselbständig Beschäftigten, Selbständigen und Arbeitslosen in Prozent der Gesamtbevölkerung, lag damit im Wesentlichen unverändert bei 45,6% (1999 45,7%). Gemessen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 64 Jahren) verringerte sie sich um 0,2 Prozentpunkte auf 67,4%.

Eurostat hat die auf Umfragen basierende Arbeitslosenquote im Februar 2001 revidiert. Für das Jahr 2000 ergibt sich nun ein Wert von 3,7% der Erwerbspersonen.

ERDÖLVERTEUERUNG LÄSST INFLATION WIEDER ANSPRINGEN

Nach einem Rekordtief der Jahresinflationsrate von 0,6% im Jahr 1999 beschleunigte sich der Preisauftrieb im Jahr 2000 wieder erheblich (+2,3%), vor allem wegen der drastischen Erdölverteuerung und der Schwäche des Euro. Im Jahresverlauf erhöhte sich die Infla-

Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Arbeitsmarktangebot				
Erwerbspersonen ¹⁾	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,1
Angebot an Unselbständigen ²⁾	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,6	± 0,0
Arbeitslosenquote ³⁾	7,1	7,2	6,7	5,8
Arbeitsmarktnachfrage				
Erwerbstätige	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,9
Unselbständig Beschäftigte (ohne Bezieher von Karenzgeld)	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9
Beschäftigte Sachgütererzeugung ⁴⁾	- 1,4	+ 0,1	- 0,7	± 0,0
Ausländische Arbeitskräfte	- 0,5	- 0,1	+ 2,6	+ 4,4
Geleistete Stunden, Sachgütererzeugung	- 2,2	+ 0,2	- 2,0	+ 0,6
Erwerbsquote (brutto) ⁵⁾	in % 45,3	45,6	45,7	45,6
Erwerbsquote ⁶⁾	in % 67,2	67,6	67,6	67,4
Arbeitsstückkosten⁷⁾				
Gesamtwirtschaft	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,2
Sachgütererzeugung	- 4,4	- 1,7	- 0,5	- 5,4
Arbeitsproduktivität				
BIP je Erwerbstätigen	+ 0,8	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,3
Sachgüterproduktion				
Je Beschäftigten ⁴⁾	+ 5,8	+ 4,4	+ 3,2	+ 8,2
Je Geleistete Stunde	+ 6,6	+ 4,2	+ 4,5	+ 7,6

¹⁾ Unselbständige (ohne Bezieher von Karenzgeld), Selbständige und Arbeitslose. – ²⁾ Unselbständige (ohne Bezieher von Karenzgeld) und Arbeitslose. – ³⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁴⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁵⁾ Unselbständige, Selbständige und Arbeitslose, in % der Gesamtbevölkerung. – ⁶⁾ Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), ohne Wanderungsbewegungen. – ⁷⁾ Arbeitsentgelte je Produktionseinheit.

tionsrate durch den Einfluss des Rohölpreisanstiegs zunehmend. Ab Juni verursachte die Anhebung von Steuern und Gebühren einen weiteren Preisschub. Im September erreichte die Inflationsrate erstmals die 3%-Marke und überstieg sie im November mit 3,1%; erst im Dezember sank sie – aufgrund nachgebender Rohölnotierungen – auf 2,6%.

Im Jahresdurchschnitt verteuerten sich Treibstoffe um 18%, flüssige Brennstoffe (deren Preise auf Rohstoffpreisveränderungen wegen des geringeren Steueranteils stärker reagieren) sogar um 43%. Dies und die Erhöhung einzelner Steuern und Gebühren (motorbezogene Versicherungssteuer, Energiesteuer auf Strom, Reisepassgebühr und Rezeptgebühr) trugen 0,3 Prozentpunkte zur Jahresinflation bei. Teurer wurden auch Zigaretten und die Tarife im öffentlichen Verkehr. Das Preisniveau von Nahrungsmitteln, Hausrat und Strom blieb im Wesentlichen unverändert. Der Wohnungsaufwand stieg mit +1,6% unterdurchschnittlich. Im Kommunikations-

Preise und Einkommen

	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Verbraucherpreise	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,3
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,2
Exportpreise Waren	+ 0,3	+ 0,2	- 0,6	+ 3,5
Importpreise Waren	+ 1,3	- 0,5	- 0,1	+ 5,6
Weltmarktrohstoffpreise (Schillingbasis) ¹⁾	+13,0	-21,0	+17,0	+51,7
Terms-of-Trade				
Waren und Dienstleistungen	- 1,0	+ 0,4	- 0,2	- 1,7
Waren	- 1,0	+ 0,7	- 0,4	- 1,9
Lohn- und Gehaltssumme²⁾ in der Gesamtwirtschaft	+ 1,6	+ 4,1	+ 3,7	+ 3,5
Je Beschäftigten	+ 0,7	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,2

¹⁾ HWWA-Index. – ²⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Außenhandel, Zahlungsbilanz

	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Exporte, Waren				
Nominell	+16,8	+ 8,4	+ 7,0	+14,8
Real	+16,5	+ 8,1	+ 7,7	+10,9
Importe, Waren				
Nominell	+10,9	+ 6,6	+ 6,7	+13,7
Real	+ 9,4	+ 7,1	+ 6,9	+ 7,7
Terms-of-Trade	- 1,0	+ 0,7	- 0,4	- 1,9
Handelsbilanz (laut Statistik Austria)				
Mrd. S	-75,2	-67,4	-69,5	-70,4
in % des BIP	- 3,0	- 2,6	- 2,6	- 2,5
Leistungsbilanzsaldo (Accrual¹⁾)				
Mrd. S	-79,2	-64,5	-75,1	-89,5
in % des BIP	- 3,2	- 2,5	- 2,8	- 3,2

Q: OeNB, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ 2000: Schätzung des WIFO.

bereich hielt der Preisrückgang an (sowohl Geräte als auch Dienstleistungen), auch Geräte der Unterhaltungselektronik wurden billiger.

Auch der anders gewichtete harmonisierte Verbraucherpreisindex der EU erhöhte sich deutlich. Da für seine Berechnung die durch Steuer- und Gebührenerhöhungen ausgelösten Preissteigerungen unberücksichtigt bleiben, betrug die Inflationsrate für Österreich im Jahresdurchschnitt hier nur 2%. Nach Frankreich (1,8%) war Österreich somit gemessen an der Jahresinflationsrate das preisstabilste Land im Euro-Raum (1999 1,1%, 2000 2,3%).

BUDGETKONSOLIDIERUNG ERFOLGREICHER ALS ERWARTET

Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte betrug im Jahr 2000 nur -1,1% des BIP und lag somit deutlich unter dem Vergleichswert von 1999 (-2,1%). Aufgrund der kräftigen Konjunktur erzielte der Staatshaushalt Mehreinnahmen, und budgetäre Einmaleffekte glichen die Belastung durch Steuerreform und „Familienpaket“ aus. Zusätzlich erbrachte die Versteigerung der UMTS-Lizenzen mit 11 Mrd. S ein gutes Ergebnis; ohne diese Erträge wäre das Finanzierungsdefizit um 0,4 Prozentpunkte höher gewesen. Das Defizit im Bundeshaushalt verringerte sich im Jahr 2000 auf rund 45 Mrd. S (1999 63,4 Mrd. S), gemessen am nominalen BIP von 2,3% auf 1,6%.

Statistik: Roswitha Übl

STRAFFUNG DER GELDPOLITIK IN DER HOCHKONJUNKTUR

Die Geldpolitik des Euro-Systems war 2000 von der Sorge um den Erhalt der Preisstabilität im Euro-Raum geprägt. Die zunehmend von binnenwirtschaftlichen Komponenten getragene Hochkonjunktur, der Anstieg der Energiepreise und der sinkende Außenwert des Euro ließen die Inflationsrate über den von der EZB als Preis-

Stabilität definierten Wert von 2% steigen. Auch der als Kerninflation bezeichnete Preisanstieg beschleunigte sich; diese Entwicklung barg über das Risiko von Zweit-rundeneffekten die Gefahr eines anhaltenden Inflations-druckes in sich. Der EZB-Rat setzte daher die Anfang November 1999 begonnene Straffung der Geldpolitik im Jahr 2000 fort und erhöhte in sechs Schritten den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte um insgesamt 1¼ Prozentpunkte auf 4,75%.

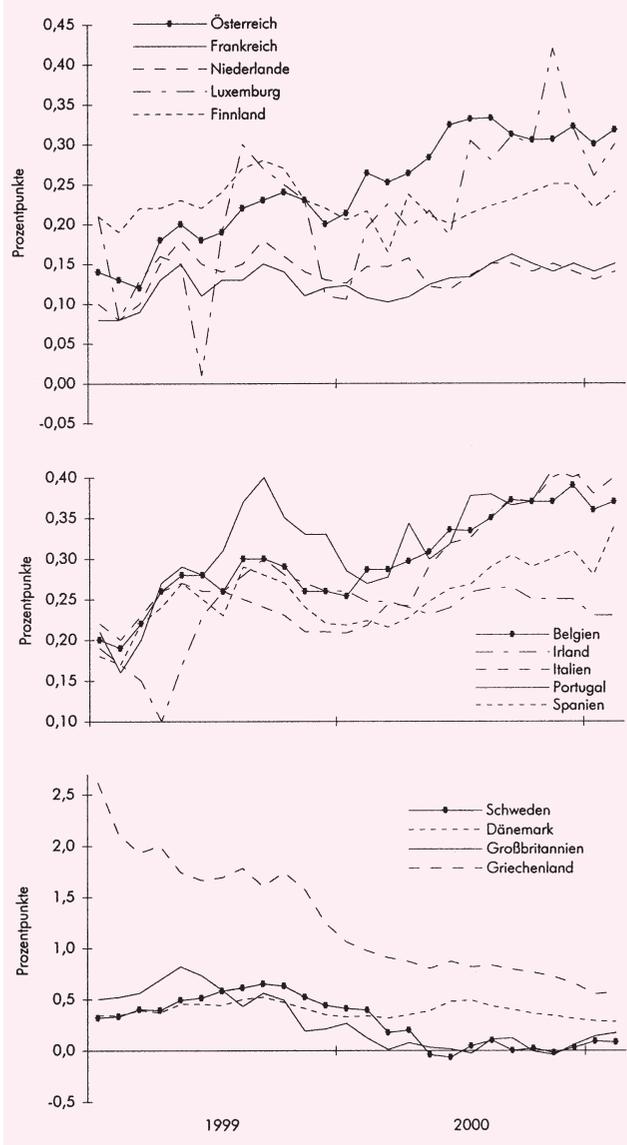
Die Zuwachsraten der Geldmenge M3 waren zwar im Euro-Raum (zentrierter gleitender Dreimonatsdurchschnitt) seit März 2000 rückläufig, sie lagen jedoch weiterhin über dem – zuletzt im Dezember 2000 bestätigten – Referenzwert von 4,5%. Liquidität ist im Bankensystem reichlich verfügbar, wie dies die anhaltend hohe Kreditnachfrage des privaten Sektors widerspiegelt. Somit bleibt auch nach den zinspolitischen Maßnahmen des Euro-Systems die geldpolitische Ausrichtung im Währungsgebiet neutral, insbesondere unter Berücksichtigung des Rückgangs des effektiven Euro-Wechselkursindex.

Die wöchentlichen Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Euro-Systems mit einer Laufzeit von 14 Tagen wurden seit Aufnahme der gemeinsamen Geldpolitik als Mengentender durchgeführt (d. h. die Banken geben bei fixiertem Zinssatz Mengengebote ab). Extremes Bietverhalten der Banken (over-bidding) hatte jedoch Zuteilungsquoten von unter 1% der abgegebenen Gebote zur Folge. Der EZB-Rat beschloss daher, beginnend mit 28. Juni 2000 diese kurzfristigen Refinanzierungsgeschäfte in Form eines Zinstenders mit amerikanischer Zuteilungsmethode durchzuführen (d. h. die Banken müssen Zins- und Mengengebote abgeben), wobei – anders als für die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte – das Zuteilungsvolumen vorher nicht genannt wird. Die EZB gibt einen Mindestbietsatz vor, der damit die Rolle des geldpolitischen Leitzinses übernimmt.

Die langfristigen Euro-Renditen (Euro-Raum) lagen im Jänner 2000 noch bei 5,7%; sie sanken in den folgenden zwei Monaten auf 5,4% und schwankten bis November nur geringfügig um diesen Wert. Der deutliche Abwärtstrend der langfristigen Zinssätze in den USA – mitverursacht durch die Verschlechterung der Konjunkturerwartungen – ließ im Dezember die Euro-Renditen weiter bis auf knapp über 5% fallen. Der Renditevorsprung von Anleihen aus den USA gegenüber vergleichbaren Anleihen des Euro-Raums verringerte sich von rund 1 auf rund 1/8 Prozentpunkt Ende 2000.

Der Renditerückgang einerseits und der Anstieg der Geldmarktzinssätze infolge der Leitzinsanhebungen um rund 1½ Prozentpunkte andererseits lösten eine deutliche Verflachung der Zinsstruktur im Euro-Raum aus. Das kann als Vertrauen der Finanzmärkte in die Geldpolitik der EZB interpretiert werden, Inflationsrisiken entgegenzutreten und das mittelfristige Preisstabilitätsziel zu

Renditedifferenzen zu Deutschland für Staatspapiere mit einer Laufzeit von 10 Jahren

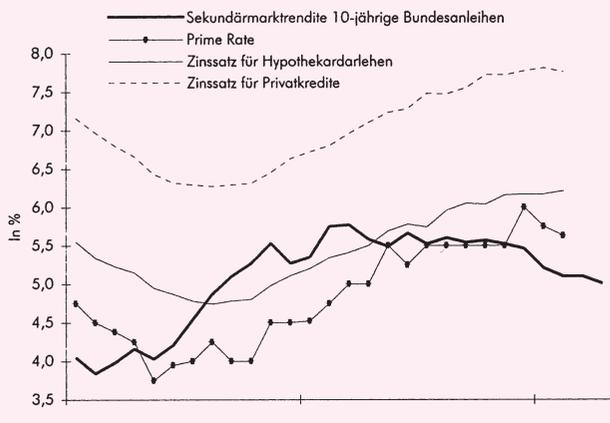


erreichen. Seit Dezember 2000 weisen auch die Geldmarktzinssätze sinkende Tendenz auf.

Die positive Renditedifferenz österreichischer Staatspapiere (sowie jene der meisten anderen Euro-Länder) gegenüber deutschen Anleihen nahm im Jahresverlauf zu. Sie betrug Anfang 2000 rund 20 Basispunkte und verharrte seit Jahresmitte 2000 bei etwas über 30 Basispunkten. Darin spiegeln sich vor allem markttechnische Aspekte (insbesondere mangelnde Liquidität). Die „EU-Sanktionen“ hatten keinen über das Ausmaß der üblichen Marktschwankungen hinausgehenden Einfluss auf die Renditedifferenz.

Die Kreditzinssätze orientierten sich im Jahr 2000 nicht an den sinkenden Renditen auf dem Kapitalmarkt, sondern folgten dem Aufwärtstrend auf dem Geldmarkt. Mit einer gewissen Verzögerung dürften sie die Trendumkehr auf dem Geldmarkt Anfang 2001 nachvollzogen haben. Im Jänner 2001 wurden Kommerz- und Privatkre-

Zinssatzentwicklung in Österreich



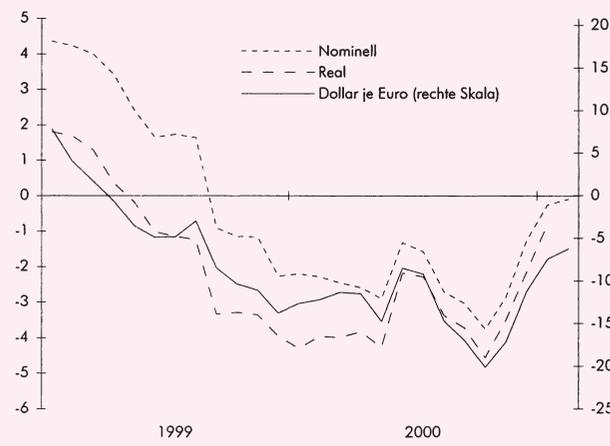
dite bereits zu etwas niedrigeren Sätzen vergeben als in den Monaten zuvor.

NACH TIEFSTWERTEN STABILISIERUNG DER WECHSELKURSE

Der Euro verlor auch im zweiten Jahr seines Bestehens gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner deutlich an Wert. Zwischen Dezember 1999 und Dezember 2000 wertete der Euro gegenüber dem Dollar um 11%, dem Yen um 3% und dem britischen Pfund um 2% ab. Die Notenbankpräsidenten und Finanzminister der G 7 befürchteten bei einer weiteren Euro-Abwertung nachteilige Auswirkungen auf die Preisentwicklung im Euro-Raum sowie auf die Weltwirtschaft. Um den möglichen Gefahren vorzubeugen, intervenierten am 20. September 2000 die EZB (gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank, der Banque de France und der Banca d'Italia), die Federal Reserve Bank of New York, die Bank of England, die Bank of Canada und die Bank of Japan in einer konzertierten Aktion auf den Devisenmärkten. Der Euro legte daraufhin nur kurzfristig von 0,86 \$ auf 0,90 \$ zu. Am 26. Oktober 2000 erreichte er seinen

Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Zinssätze des Euro-Systems und der OeNB

	Einlagefazilität	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäft		Basiszins-satz ¹⁾	Referenz-zinssatz ¹⁾
			Mengen-tender	Zins-tender		
In %						
1. Jänner 1999	2	4½	3		2½	4¼
4. Jänner 1999 ²⁾	2¼	3¼	3		2½	4¼
22. Jänner 1999	2	4½	3		2½	4¼
9. April 1999	1½	3½	2½		2	3¾
5. November 1999	2	4	3		2½	4¼
4. Februar 2000	2¼	4¼	3¼		2½	4¼
17. März 2000	2½	4½	3½		3	4¼
28. April 2000	2¾	4¾	3¾		3	4¾
9. Juni 2000	3¼	5¼	4¼		3¾	5½
28. Juni 2000	3¼	5¼		4¼	3¾	5½
1. September 2000	3½	5½		4½	3¾	5½
6. Oktober 2000	3¼	5¼		4¾	4¼	6

Q: OeNB. – ¹⁾ Früher Diskont- bzw. Lombardsatz der OeNB. – ²⁾ Übergangsregelung bis 21. Jänner 1999.

Tiefstwert von 0,82 \$. Unilaterale Interventionen der EZB am 3., 6. und 9. November 2000 lösten ebenfalls keinen nachhaltigen Wertgewinn des Euro aus.

Da der Schilling eine nichtdezimale Untereinheit des Euro ist, entspricht die Entwicklung der bilateralen Schilling-Wechselkurse jener des Euro. Die Entwicklung der effektiven Wechselkursindizes hingegen unterscheidet sich, da die Gewichtung auf der jeweiligen Außenhandelsverflechtung basiert. Nominell-effektiv wertete der Schilling 2000 um 2,4%, real-effektiv (deflationiert mit den Verbraucherpreisindizes) um 3,5% ab. Die preisbestimmte Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft hat sich 2000 weiter verbessert.

Die Wettbewerbsposition der österreichischen Wirtschaft innerhalb des Euro-Raumes (gemessen an real-effektiven Wechselkursindizes) hängt von der relativen Preis- und Kostenentwicklung ab, da die (nominellen) Umrechnungskurse zwischen den Teilnehmerländern fixiert sind. Über Konjunkturschwankungen hinausgehende Divergenzen von Preis- und Kostentrends, die nicht mit Änderungen der Fundamentalfaktoren der österreichischen Wirtschaft zusammenhängen, können nachhaltige Auswirkungen auf die Wettbewerbsposition haben. Aus Kostensicht hat im Jahr 2000 Österreich (neben Deutschland und Frankreich) seine Wettbewerbsposition gegenüber der Euro-Zone um 1,4% (Arbeitsstückkosten in der Industrie) bzw. 0,3% (Arbeitsstückkosten in der Gesamtwirtschaft) verbessert.

REKORDDEFIZIT IN DER LEISTUNGSBILANZ ERWARTET

Die österreichische Leistungsbilanz (auf Transaktions- bzw. Accrual-Basis) wies in den ersten drei Quartalen 2000¹⁾ ein Defizit von 66,2 Mrd. S aus, wobei auf

¹⁾ Die Zahlungsbilanzstatistik für das gesamte Jahr 2000 wird von der OeNB Ende April 2001 bekanntgegeben. Die auf Cash-Basis bereits vorliegende Zahlungsbilanz wird hier nicht analysiert, da sie um wich-

Ausgewählte Komponenten der österreichischen Zahlungsbilanz

Accrual-Basis

	1995	1996	1997	1998	1999	1999 I. bis III. Quartal	2000 I. bis III. Quartal
				Mrd. S			
Leistungsbilanz	- 61,8	- 57,5	- 79,2	- 64,5	- 75,1	- 53,7	- 66,2
Güter	- 67,1	- 77,0	- 52,0	- 45,3	- 46,7	- 40,3	- 31,9
Dienstleistungen	46,5	48,2	12,0	29,2	33,0	35,9	9,5
Einkommen	- 24,0	- 9,8	- 18,6	- 24,5	- 35,1	- 28,0	- 24,6
Laufende Transfers	- 17,3	- 18,8	- 20,7	- 23,9	- 26,4	- 21,4	- 19,1
Vermögensübertragungen	- 2,8	- 1,0	- 1,5	- 4,2	- 3,4	- 2,8	- 3,8
Kapitalbilanz	69,4	52,5	75,0	76,1	67,9	64,0	67,4
Direktinvestitionen	7,8	26,4	8,1	22,1	0,2	3,4	- 1,4
Im Ausland	- 11,4	- 20,5	- 24,2	- 34,0	- 36,1	- 29,3	- 36,3
In Österreich	19,2	46,9	32,4	56,1	36,3	32,8	34,9
Portfolioinvestitionen	101,1	- 22,4	18,9	81,2	- 35,8	- 26,9	68,4
Ausländische Wertpapiere	- 28,5	- 88,0	-121,1	-139,2	-374,9	-293,8	-328,9
Inländische Wertpapiere	129,6	65,6	140,0	220,4	339,1	267,0	397,3
Sonstige Investitionen	- 28,6	55,3	0,6	10,2	77,7	58,0	- 8,2
Finanzderivate	2,9	4,3	11,4	2,7	- 1,1	3,8	5,1
Offizielle Währungsreserven	- 13,8	- 11,1	35,9	- 40,1	27,0	25,7	3,5
Statistische Differenz	- 4,9	6,1	5,8	- 7,4	10,6	- 7,4	2,6

Q: OeNB.

die Teilbilanzen „Güter und Dienstleistungen“ (22,4 Mrd. S), „Einkommen“ (24,6 Mrd. S) und „laufende Transfers“ (19,1 Mrd. S) jeweils rund ein Drittel entfiel. Die Zunahme gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 12,5 Mrd. S ist auf die Ausweitung des Defizits in der Güter- und Dienstleistungsbilanz um 18 Mrd. S zurückzuführen. Das Passivum der Positionen Einkommen sowie laufende Transfers hat sich geringfügig verbessert.

Die Entwicklung der Güter- und Dienstleistungsbilanz ist durch die kräftige Konjunktur im Euro-Raum und durch die hohen Energieverteuerung (verstärkt durch den Kursanstieg des Dollars) geprägt. Gemäß den von der OeNB erhobenen Zahlungsströmen im Außenhandel ergibt sich für die Exporte eine Zunahme um 16%, für die Importe um 14%. Die deutliche Verringerung des Außenhandelsdefizits im Vorjahresvergleich um 8,4 Mrd. S sowie die kräftige Abnahme des Dienstleistungsüberschusses um 26,4 Mrd. S (fast ausschließlich in der Position „Nichtaufteilbare Leistungen“) andererseits sind schwierig zu interpretieren und dürften auf Erhebungsprobleme zurückgehen²⁾. Der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz war im Jahr 2000 um 3,6 Mrd. S geringer als im Vorjahr.

Die Salden der Teilbilanzen „Einkommen“ und „Laufende Transfers“ (mit den Transfers des öffentlichen

tige Komponenten (Außenhandelsdaten von Statistik Austria, Veränderung der Handelskredite, periodengerechte Zuordnung der Einkommen aus Direkt- und Portfolioinvestitionen usw.) ergänzt wird. In den letzten Jahren unterschieden sich die Ergebnisse teilweise beträchtlich.

²⁾ Die Bilanzposition „Güter“ wird nach internationaler Konvention auf Basis der Außenhandelsdaten von Statistik Austria erstellt. Die Differenz zu den von der OeNB erhobenen Warenzahlungen wird unter der Bilanzposition „Dienstleistungen“ (Aggregat „Nichtaufteilbare Leistungen“) verbucht.

Sektors – insbesondere den Transaktionen mit der EU) haben sich in den ersten drei Quartalen 2000 gegenüber der Vergleichsperiode 1999 geringfügig verbessert.

Die Kapitalbilanz schloss in den ersten drei Quartalen 2000 mit einem Saldo von 67,4 Mrd. S (+3,4 Mrd. S im Vorjahresvergleich). Die aggregierte Betrachtung verdeckt jedoch erhebliche Veränderungen in den Teilbilanzen. Die in beiden Richtungen umfangreichen Direktinvestitionen erbrachten erstmals seit 1993 einen Nettokapitalabfluss. Österreichischen Direktinvestitionen von 36,3 Mrd. S standen ausländische Direktinvestitionen von 34,9 Mrd. S gegenüber³⁾. Österreich festigt seine Rolle als bedeutender Investor in den ostmitteleuropäischen Ländern, knapp 60% der Neuinvestitionen flossen in diese Region (Euro-Zone 30%). Rund 60% des in Österreich investierten Kapitals stammen aus Deutschland, 10% aus Großbritannien.

War in den ersten drei Quartalen 1999 über Portfolioinvestitionen Kapital abgeflossen (-26,9 Mrd. S), so ergab sich im Vergleichszeitraum 2000 ein Kapitalzufluss von 68,4 Mrd. S. Österreichische Anleger (zu rund 60% Kapitalanlagegesellschaften, Versicherungen und Pensionskassen, zu rund 20% Banken) erhöhten ihren Anteil an Wertpapierenveranlagungen außerhalb des Euro-Raums auf 38,6% (1999 26,7%). Umgekehrt wurden 87,7% der inländischen Wertpapiere (davon rund 50% Schuldverschreibungen des Bankensektors und 45% Emissionen des Staates) im Euro-Raum verkauft (1999 53,3%).

Die offiziellen Währungsreserven nahmen in den ersten drei Quartalen 2000 um 3,5 Mrd. S ab.

³⁾ Die Fusion von HypoVereinsbank und Bank Austria ist in dieser Statistik noch nicht enthalten.

AUSLANDSGESCHÄFT GEWINNT WEITER AN BEDEUTUNG

Das Bilanzsummenwachstum des österreichischen Bankensektors fiel im Jahr 2000 mit +7,3% niedriger aus als 1999 (+9,1%). Diese Statistik ist jedoch durch den Zusammenschluss von HypoVereinsbank und Bank Austria (sowie die Fusion der Bank Austria mit der BA/CA-International und die Übertragung von BA-Auslandsfilialen an die HypoVereinsbank) stark beeinflusst. Die 1999 beobachtete kräftige Ausweitung des Auslandsgeschäftes hielt 2000 an. Der Anteil der Auslandsaktiva an der Bilanzsumme betrug bereits 28%, jener der Auslandspassiva 31%.

In der Struktur der inländischen Mittelaufbringung nahm die Bedeutung der Refinanzierung über den Kapitalmarkt weiter zu. Die Einlagen bildeten mit 72,9% (1999 74,5%) die wichtigste Komponente im Mittelaufkommen, die Dynamik wird jedoch durch die Emissionen bestimmt. Erfolgte 1999 die Ausweitung der Mittelaufbringung um 149,9 Mrd. S zu 53% über den Kapitalmarkt, so wurde im Jahr 2000 der Zuwachs von 146,4 Mrd. S zu 63% durch eigene Emissionen aufgebracht. Das Wachstum der Sicht-, Termin- und Spareinlagen (in Schilling bzw. Euro) fiel 2000 schwächer als 1999 aus. Während der Stand der Spareinlagen insgesamt erstmals sogar sank (-2,1%), ergab sich für die Bauspareinlagen wieder eine Zunahme (+3,6%).

Die Kreditnachfrage hat sich 2000 im Vergleich zu den Vorjahren verstärkt. Getragen wurde die Entwicklung durch die anhaltend große Nachfrage der privaten

Haushalte (+10,0%). Sowohl der öffentliche Sektor als auch die Unternehmen verringerten ihre Kreditverpflichtungen. Während die Schillingkreditgewährung mit +106,0 Mrd. S (1999 +25,3 Mrd. S) kräftig erhöht wurde, ließ die Nachfrage nach Fremdwährungskrediten merklich nach (+88,0 Mrd. S, 1999 +119,4 Mrd. S, 1998 +113,8 Mrd. S). Der Anteil der Fremdwährungskredite an den Direktkrediten insgesamt betrug 2000 17,5% (davon in Schweizer Franken rund 61%, japanischer Yen rund 34%).

DEUTLICH VERBESSERTE ERTRAGSLAGE IM BANKENSYSTEM

Nach einem schwachen Ergebnis 1999 hat sich die Ertragslage des österreichischen Bankensystems im Jahr 2000 deutlich verbessert. Das Betriebsergebnis wurde gegenüber 1999 um 27,4% auf 62,2 Mrd. S gesteigert und betrug 0,8% der durchschnittlichen Bilanzsumme (1999 0,7%). Zu Ausweitung der Betriebserträge um 11,9% (1999 +0,4%) ließ trotz erhöhter Betriebsaufwendungen (+5,4%, 1999 4,1%) die Cost-Income-Ratio (Verhältnis der Betriebsaufwendungen zu den Betriebserträgen) gegenüber 1999 um 4 Prozentpunkte auf 66,6% steigen. Dieses Muster gilt mit Ausnahme der Bausparkassen für alle Sektoren, vor allem für die Aktienbanken und Bankiers.

Nachdem die in Österreich tätigen Kreditinstitute in den letzten 3 Jahren Nettozinsertragseinbußen erlitten hatten, war im Jahr 2000 eine kräftige Zunahme um 7,1% zu verzeichnen. Die Nettozinsertragsspanne wurde auf 2,37% erhöht (1999 2,23%, 1998 2,51%). Dennoch lag der Anteil des Nettozinsertrags an den gesamten Betriebserträgen mit 49,8% im Jahr 2000 erstmals unter der 50%-Marke (1999 52%), weil der Saldo aus dem Provisionsgeschäft überproportional um 17,4% gesteigert wurde. Die Umschichtung von Spareinlagen zu risikoreicheren Veranlagungsformen, wie sie sich z. B. im dynamischen Wachstum der Investmentfonds spiegelt, hat zur Folge, dass die Kreditinstitute im Rahmen der Vermögensverwaltung Produkte anbieten, aus denen sie zunehmend Dienstleistungserträge erwirtschaften können. Aufgrund dieser Entwicklung nahm im Jahr 2000 insbesondere der Nettoprovisionsertrag aus dem Wertpapiergeschäft kräftig zu (+39,3%).

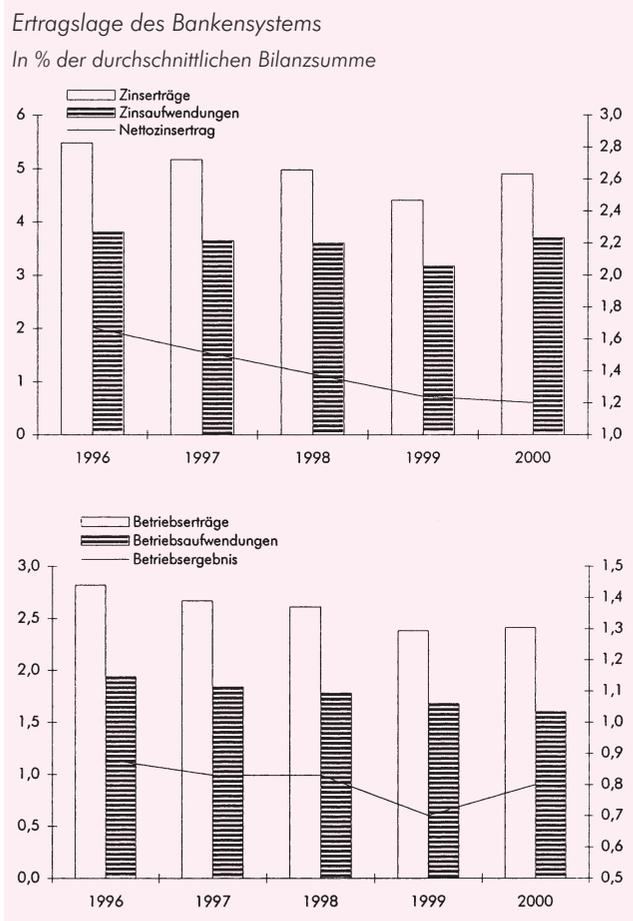
Während der Personalaufwand im Jahr 2000 um nur 1,8% auf 61,6 Mrd. S stieg, weiteten sich die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen um 4,3% aus. Auch die sonstigen Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand), die etwa hohe Investitionen im IT-Bereich umfassen, wurden deutlich gesteigert (+8,5%). In der Folge sank der Anteil der Personalaufwendungen an den gesamten Betriebsaufwendungen im Jahr 2000 unter die 50%-Marke (49,7%), der Anteil der sonstigen Verwaltungsaufwendungen erhöhte sich auf 32,5%.

Mittelaufbringung und Mittelverwendung des Bankensystems

Jahresendstände

	1998	1999	2000	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
	Mrd. S					
<i>Inländische Mittelaufbringung</i>						
Sichteinlagen in Schilling bzw. Euro	350,1	414,7	474,6	+14,4	+18,5	+14,4
Termineinlagen in Schilling bzw. Euro	148,1	223,8	251,6	+46,9	+51,1	+12,4
Spareinlagen in Schilling bzw. Euro	1.647,7	1.683,0	1.646,8	+ 1,8	+ 2,1	- 2,1
Bauspareinlagen	200,1	199,9	207,1	- 1,8	- 0,1	+ 3,6
Sichteinlagen in Fremdwährung	38,4	16,8	19,1	+ 8,0	-56,3	+14,3
Termineinlagen in Fremdwährung	107,2	25,4	26,2	-12,1	-76,3	+ 3,1
Spareinlagen in Fremdwährung	1,9	0,4	0,4	+12,1	-77,0	-14,4
Eigene Inlandsemissionen an Nichtbanken	728,4	807,6	899,4	- 0,3	+10,9	+11,4
<i>Inländische Mittelverwendung</i>						
Direktkredite	2.756,1	2.900,6	3.094,7	+ 3,7	+ 5,2	+ 6,7
An den öffentlichen Sektor	413,9	404,0	401,6	- 5,4	- 2,4	- 0,6
An Unternehmen	1.539,2	1.602,3	1.581,8	+ 6,7	+ 4,1	- 1,3
An Private	670,9	740,7	815,0	+ 5,2	+10,4	+10,0
Fremdwährungskredite	335,5	454,9	542,9	+51,4	+35,6	+19,4
Schillingkredite	2.420,5	2.445,8	2.551,8	- 0,7	+ 1,0	+ 4,3
<i>Auslandsgeschäft</i>						
Auslandsaktiva	1.523,8	1.807,0	2.171,3	+ 5,1	+18,6	+20,2
Auslandspassiva	1.746,6	2.026,1	2.395,3	+ 5,9	+16,0	+18,2
Bilanzsumme	6.616,8	7.219,1	7.742,9	+10,3	+ 9,1	+ 7,3

Q: OeNB.

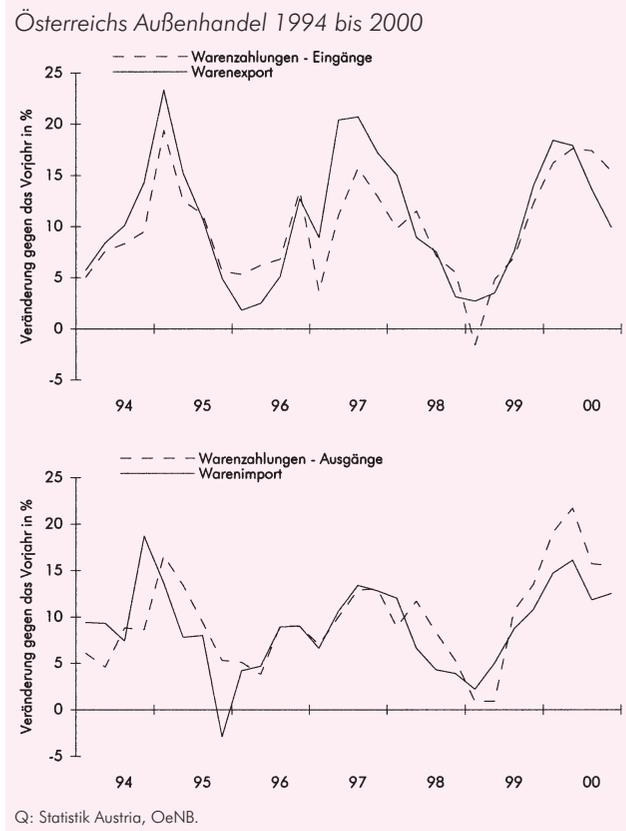


Unter Berücksichtigung des Wertberichtigungsbedarfs im Kreditbereich sowie von Wertpapieren und Beteiligungen, außerordentlichen Erträgen und erwarteten Steuern rechnen die österreichischen Kreditinstitute für das Jahr 2000 mit einem Jahresüberschuss von 32,2 Mrd. S (+41,4% gegenüber 1999).

Peter Brandner
Statistik: Christa Magerl

EXPORTE STEIGEN LEBHAFT

Der Export bildete im Jahr 2000 den wichtigsten Motor der österreichischen Wirtschaft, sein Wachstum von 14,8% war das zweithöchste der letzten 20 Jahre (nach +16,8% 1997). Auch die Exportpreise – die in den vergangenen 10 Jahren großteils stagniert hatten oder gesunken waren – zogen merklich an (WIFO-Schätzung +3,5%). Real nahm die Ausfuhr um 10,9% zu. Die kräftige Dynamik der österreichischen Exporte war vor allem auf die gute internationale Konjunktur sowie auf das hohe Wachstum des Welthandels und des europäischen Handels zurückzuführen. Die österreichischen Exportmärkte (Zuwachs der Gesamtimporte der Handelspartner gewichtet mit dem Anteil am österreichischen Export) wuchsen nach WIFO-Berechnungen um 10,8%. Die Schwäche des Euro und die günstige Entwicklung der Lohnstückkosten wurden von der österreichischen Ex-



portwirtschaft entsprechend genutzt⁴⁾. Stütze der Entwicklung waren wie schon 1999 die Lieferungen in Länder außerhalb der EU (+20,4%), der Intra-EU-Export nahm um nur 11,4% zu.

Auch die Einfuhr (+13,7%) entwickelte sich dynamisch. Dazu trug neben der Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar (um 13,4%) und der Hochkonjunktur allerdings auch die spürbare Verteuerung der Importe um 5,6% – die höchste seit der Erdölpreiskrise 1981 (+10,2%) – maßgeblich bei. Der reale Importzuwachs

⁴⁾ In der nominellen Rechnung ergeben sich allerdings für den österreichischen Export im Jahr 2000 Marktanteilsverluste. Kurzfristig können – infolge von Wechselkursschwankungen – die nominelle und die reale Rechnung erheblich divergieren.

Österreichs Außenhandel: Überblick

	1999			2000		
	Export	Import	Saldo	Export	Import	Saldo
Waren¹⁾						
Werte						
Mrd. S	829,3	898,8	-69,5	951,6	1.022,0	-70,4
In % des BIP	30,6	33,1	- 2,6	33,6	36,1	2,5
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Nominell	+ 7,0	+ 6,7		+14,8	+13,7	
Real	+ 7,7	+ 6,8		+10,9	+ 7,7	
Preise	- 0,6	- 0,1		+ 3,5	+ 5,6	
Wareneingänge²⁾						
Mrd. S	911,1	984,7	-73,5	1.062,5	1.160,1	-97,6
Veränderung gegen das Vorjahr in %	+ 5,9	+ 6,6		+16,6	+17,8	

¹⁾ Laut Statistik Austria, Preise laut WIFO. – ²⁾ Laut OeNB.

Regionalstruktur des Außenhandels

	2000	Export	2000	2000	Import	2000	1999	Saldo	2000
	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. S	Mrd. S	Mrd. S
OECD aktuell ¹⁾	86,6	+ 7,7	+13,8	86,6	+ 6,8	+10,8	- 74,6	- 60,9	
OECD	76,5	+ 7,9	+13,3	78,9	+ 6,5	+10,0	- 90,5	- 78,1	
EU (Intra-Handel)	60,9	+ 5,1	+11,4	66,0	+ 5,5	+ 9,1	- 97,6	- 94,3	
Euro-Raum	54,2	+ 4,6	+11,2	60,9	+ 5,6	+ 9,0	-106,7	-106,2	
Deutschland	33,2	+ 4,0	+ 9,0	40,6	+ 7,1	+10,1	- 87,3	- 99,0	
Italien	8,7	+ 4,7	+18,4	7,1	+ 1,1	+ 6,9	1,5	9,6	
EU (Extra-Handel)	39,1	+10,5	+20,4	34,0	+ 9,5	+24,0	28,1	24,0	
Sonstiges Westeuropa	7,9	+20,6	+18,9	3,9	+ 7,2	+ 2,9	24,3	35,2	
EFTA	7,2	+24,4	+20,5	3,3	+ 6,6	+ 1,9	23,6	34,7	
Schweiz	6,8	+27,3	+21,8	3,2	+ 6,0	+ 2,6	21,6	32,5	
Andere	0,7	- 5,2	+ 4,0	0,6	+11,0	+ 8,9	0,8	0,5	
Industriestaaten in Übersee	7,6	+23,1	+24,6	8,9	+15,0	+21,1	- 17,3	- 18,9	
NAFTA	6,0	+17,1	+26,7	6,3	+16,0	+20,7	- 8,4	- 7,4	
USA	5,0	+20,7	+26,7	5,5	+18,2	+16,8	- 10,2	- 8,2	
Japan	1,3	+40,1	+24,7	2,7	+14,1	+21,8	- 12,4	- 14,9	
Oststaaten	16,6	+ 3,1	+19,1	13,2	+ 6,9	+30,2	28,5	22,4	
Ost-Mitteuropa ²⁾	10,6	+ 5,6	+16,4	8,5	+ 9,8	+22,5	15,5	13,8	
Südosteuropa ³⁾	4,4	+ 3,4	+18,6	2,0	+ 2,0	+22,6	18,3	21,0	
Frühere UdSSR	1,6	-13,9	+14,9	2,7	+ 0,6	+71,9	- 5,3	- 12,3	
Entwicklungsländer	6,9	+ 7,0	+21,1	7,9	+ 8,8	+30,2	- 7,5	- 14,7	
OPEC	1,3	+ 0,3	+ 1,1	1,7	+14,8	+55,4	1,0	- 5,2	
NOPEC	5,6	+ 9,1	+27,0	6,2	+ 7,5	+24,6	- 8,5	- 9,5	
China	0,7	+ 5,6	+23,8	1,7	+13,7	+35,2	- 7,2	- 10,4	
Südamerika	1,1	- 9,3	+17,7	0,7	-12,5	+24,1	2,8	2,9	
Vier Tiger ⁴⁾	1,8	+16,3	+63,1	1,7	+19,3	+12,1	- 4,9	- 0,1	
6 dynamische Länder Asiens ⁵⁾	2,1	+19,3	+44,5	2,3	+13,7	+18,2	- 6,1	- 3,6	
Insgesamt	100,0	+ 7,0	+14,8	100,0	+ 6,7	+13,7	- 69,5	- 70,4	

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ OECD einschließlich Mexiko, Südkorea, Tschechien, Ungarn, Polen. – ²⁾ Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei. – ³⁾ Albanien, Bulgarien, Rumänien, Früheres Jugoslawien. – ⁴⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan. – ⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia.

(+7,7%) fiel gemessen am kräftigen Wachstum der Inlandsnachfrage (BIP real +3,2%) mäßig aus.

Das Handelsbilanzdefizit nahm leicht zu (um 1 Mrd. S auf 70,4 Mrd. S), in Relation zum BIP sank es aber auf den Tiefstwert von 2,5%. Eine solche Entwicklung ist angesichts einer spürbaren Verschlechterung der Terms-of-Trade (um 2,0%, ebenfalls der höchste Verlust seit 1981) überraschend. Sie steht auch im eklatanten Widerspruch zur OeNB-Statistik der Warezahlungen, nach welcher sich die Handelsbilanz im Vorjahr um 24 Mrd. S verschlechtert hat.

GROSSE DYNAMIK IN DER ERSTEN JAHRES-HÄLFTE

Die Exportdynamik verstärkte sich seit dem IV. Quartal 1999 bis Mitte 2000 ungebrochen. Erst in der zweiten Jahreshälfte war aufgrund des Erdölpreisschocks sowie der Verschlechterung der Konjunktur in den USA ein – gemessen am hohen Ausgangsniveau – leichter Rückgang zu verzeichnen. Im 1. Halbjahr nahmen die Exporte im Vorjahresvergleich um 18,1% zu, im 2. um 11,7%.

KRÄFTIGE AUSWEITUNG DER EXPORTE NACH OSTEUROPA UND ÜBERSEE

Die Schwäche des Euro stützte die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Exporteure. In der Folge belebte sich die EU-Binnenkonjunktur und auch die Konjunktur in

den ostmitteleuropäischen Ländern, die von der Zunahme der Importnachfrage profitierten.

Die österreichischen Exporte in die EU (+11,4%) und in den Euro-Raum (+11,2%) entwickelten sich dennoch unterdurchschnittlich. Relativ schwach stieg insbesondere die Ausfuhr nach Deutschland (+9,0%), während der Absatz in den meisten anderen EU-Ländern mit zweistelligen Raten wuchs (Italien +18,4%, Frankreich +14,7%, Großbritannien +13,8%).

Die Handelsbeziehungen Österreichs mit den Oststaaten wurden wesentlich intensiviert. Mit +19,1% erzielten die Exporteure die zweithöchste Steigerung seit dem politischen Umbruch im Jahr 1989. In den Jahren 1998 (+2,0%) und 1999 (+3,1%) hatten die Ostexporte im Gefolge der Russlandkrise, aber auch aufgrund von Strukturproblemen in mehreren osteuropäischen Ländern nur schwach zugenommen.

Fast alle Oststaaten waren im Jahr 2000 am Exportboom beteiligt. Dabei fiel vor allem die Ausweitung der Ausfuhr nach Ost-Mitteuropa ins Gewicht (+16,4%, Ungarn +17,2%, Tschechien +16,9%). Der Absatz in Südosteuropa wurde um 18,6% ausgeweitet. Nach zwei Jahren mit großen Einbußen wurde die größte Dynamik im Export nach Russland (+38,3%) und in die Ukraine (+62,5%) verzeichnet.

Der Anteil der Oststaaten an Österreichs Exporten betrug im Jahr 2000 16,6%. 1989 war diese Region mit nur 9,9% am österreichischen Export beteiligt gewesen. Die Oststaaten sind damit – nach der EU – die zweit-

Warenstruktur des Außenhandels

	Export		Import		Saldo	
	2000 Anteile in %	1999 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2000 Anteile in %	1999 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1999 Mrd. S	2000 Mrd. S
Nahrungsmittel	4,8	+16,2	5,4	+ 3,1	-12,1	- 9,4
Rohstoffe	3,5	+12,5	4,0	+ 4,6	- 4,7	- 8,3
Holz	1,9	+21,1	1,1	+28,5	6,5	6,5
Brennstoffe	1,3	+16,9	6,5	+12,3	-30,6	-54,5
Chemische Erzeugnisse	9,3	+ 7,9	10,2	+ 3,1	-15,1	-15,5
Bearbeitete Waren	23,6	- 2,9	16,7	+ 0,7	45,5	53,4
Papier	4,6	+ 1,7	2,1	+ 8,7	19,9	22,3
Textilien	2,7	- 1,5	2,2	+ 1,5	2,4	3,2
Eisen, Stahl	4,3	-22,5	2,3	-13,5	16,0	16,8
Maschinen, Fahrzeuge	43,8	+11,3	41,1	+10,8	-13,3	- 3,1
Pkw	4,4	+32,3	5,3	+ 2,3	-14,5	-12,9
Konsumnahe Fertigwaren	13,0	+ 8,0	15,8	+ 8,0	-37,2	-37,8
Insgesamt	100,0	+ 7,0	100,0	+ 6,7	-69,5	-70,4

Q: Statistik Austria.

wichtigste Exportregion: Für Ost-Mitteleuropa waren im Jahr 2000 10,6% der österreichischen Exporte bestimmt, für die 10 EU-Beitrittskandidaten insgesamt 13,6%.

Auch die Ausfuhr in die EFTA (Exportanteil 7,2%) expandierte mit +20,5% kräftig; dazu trug vor allem die starke Importnachfrage der Schweiz bei.

Dank der Stärke des Dollars und der kräftigen Konjunktur nahmen die Exporte in die NAFTA um 26,7% zu; die nordamerikanische Freihandelszone nimmt 6,0% der österreichischen Exporte auf. Differenziert entwickelte sich die Ausfuhr in die Entwicklungsländer (insgesamt +21,1%). Die Überwindung der Krise in Asien schlug sich in einem kräftigen Zuwachs der österreichischen Exporte in diese Region nieder. Besonders lebhaft stiegen die Exporte in die „Vier Tigerländer“ (Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan: +63,1%) und in die „sechs dynamischen Länder“ (Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia: +44,5%). Etwas überraschend erscheint hingegen angesichts des kräftigen Auftriebs der Erdölpreise in der zweiten Jahreshälfte die Stagnation des Absatzes in den OPEC-Staaten (+1,1%).

Wie schon in den Vorjahren spiegelt sich die Bedeutung der Oststaaten auch in der österreichischen Exportrangliste. Der Gruppe der 20 wichtigsten Exportdestinationen gehören als einzige außereuropäische Handelspartner die USA (4. Rang), Japan (14. Rang) und Hongkong (19. Rang) an sowie 9 EU-Länder und 7 Oststaaten. Darunter sind besonders Ungarn (5. Rang), Tschechien (8. Rang), Slowenien (11. Rang) und Polen (12. Rang) zu nennen.

HANDELSBILANZ WEITER VERSCHLECHTERT

Die kräftige Zunahme der Inlandsnachfrage zusammen mit dem Anstieg der Importpreise (+5,6%) aufgrund des Dollarkursgewinns und der Erdölverteuerung kam in einer Steigerung der österreichischen Importe um 13,7% zum Ausdruck. Der Extra-EU-Import wuchs mit +24% mehr als doppelt so rasch wie der Import aus den EU-

Ländern (+9,1%, Deutschland +10,1%). Aufgrund des relativ niedrigen Preisniveaus gewann Osteuropa im österreichischen Import deutlich zulasten der EU an Gewicht. Die Bedeutung der EU 15 als Herkunftsregion hatte 1995 mit 72,2% der Gesamtimporte ihren Höchstwert erreicht. Im Jahr 2000 lag der Anteil bei nur noch 66%, während die Oststaaten mit 13,2% den bisher größten Beitrag zu Österreichs Gesamtimporten leisteten (MOEL 10: 10,1%). Ihr Anteil hat sich damit seit Ende der achtziger Jahre mehr als verdoppelt.

Eine regionale Aufgliederung des Handelsbilanzdefizits von 70,4 Mrd. S liefert folgende Informationen: Die Handelsbilanz mit Deutschland verschlechterte sich im Jahr um 12 Mrd. S auf 99 Mrd. S. Mit anderen Ländern des EU-Raumes wird insgesamt ein Exportüberschuss erzielt, mit Italien z. B. von 9,6 Mrd. S. Die Bilanz mit den Oststaaten verschlechterte sich um 6 Mrd. S, jene mit Asien um 9 Mrd. S und mit den Entwicklungsländern um 8 Mrd. S.

WARENZAHLUNGS- UND AUSSENHANDELS-STATISTIK

Die Analyse des Außenhandels wird weiterhin durch erhebliche Unsicherheiten im Bereich der Statistik erschwert. Die veröffentlichten Daten werden wiederholt und in beträchtlichem Ausmaß – zumeist aufwärts – revidiert⁵⁾. Überdies bestehen Diskrepanzen zwischen den Daten von Statistik Austria und jenen der OeNB über Warenzahlungen im Außenhandel. Detaillierte Gliederungen liegen nur von ST.AT vor, doch gehen in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung letztlich die Statistiken der OeNB ein⁶⁾.

⁵⁾ So wurde die Vorjahresveränderung der Exporte vom Jänner 2000 von +3,8% auf +15,6% korrigiert, jene der Importe von +3,4% auf +11,3%.

⁶⁾ Die Differenz zwischen den Werten der Exporte bzw. Importe laut Statistik Austria und laut OeNB wird als „Nichtaufteilbare Leistungen“ (NAL) in der Zahlungsbilanz verbucht und geht so in die VGR ein.

Österreichs Energieimporte

	1981	1994	1998	1999	2000
	Mrd. S				
Brennstoffe, Energie	62,4	27,7	35,3	39,6	66,5
Erdöl und -erzeugnisse	43,9	17,7	21,1	26,8	46,5
Erdöl	32,8	11,0	10,6	12,9	24,0
	Anteile am Gesamtimport in %				
Brennstoffe, Energie	18,7	4,4	4,2	4,4	6,5
Erdöl und -erzeugnisse	13,1	2,8	2,5	3,0	4,6
Erdöl	9,8	1,8	1,3	1,4	2,3
	In % des BIP				
Brennstoffe, Energie	5,7	1,2	1,3	1,5	2,3
Erdöl und -erzeugnisse	4,0	0,8	0,8	1,0	1,6
Erdöl	3,0	0,5	0,4	0,5	0,8
	Erdölpreise				
Importpreis					
\$ je t	4.351,2	1.416,8	1.261,8	1.674,0	3.282,3
\$ je Barrel	36,9	16,7	13,8	17,5	29,3

Q: Statistik Austria, WIFO.

Zwischen Daten von Statistik Austria und jenen der OeNB ergeben sich traditionell Abweichungen, die zum Teil durch die Unterschiede in der Erfassung zu erklären sind. Waren diese Differenzen 1999 relativ gering gewesen, so fielen sie im Jahr 2000 – vor allem für die Importe – groß aus: Laut Statistik Austria nahm die Einfuhr um 13,7% zu, laut OeNB um 17,8%. Das Handelsbilanzdefizit hat sich demnach laut Statistik Austria um nur 1 Mrd. S verschlechtert, laut OeNB um 24 Mrd. S. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Inlandsnachfrage und der Energiepreise sind die OeNB-Werte plausibler. Eine Revision der Statistik-Austria-Daten könnte eine Annäherung bewirken.

GROSSE ZUWÄCHSE IM EXPORT VON MASCHINEN UND FAHRZEUGEN

Aufgrund der Energiepreisentwicklung waren im österreichischen Außenhandel sowohl export- als auch importseitig große Zuwächse in der Warengruppe Brennstoffe sowie für die energieintensiven Waren chemische Erzeugnisse, Eisen und Stahl usw. zu verzeichnen. Dank der günstigen Weltkonjunktur konnten die Lieferungen von Maschinen und Fahrzeugen (+16,7%) überdurchschnittlich ausgeweitet werden. Das gilt besonders für Büro- und EDV-Maschinen (+34,0%), Nachrichtengeräte (+21,2%), elektrische Geräte (+24,4%) und andere Transportmittel (+38,9%; hier könnten Sondereffekte aufgetreten sein). Die Exporte an bearbeiteten Waren (+12,9%, Eisen- und Stahlwaren +16,2%) haben sich vom Einbruch des Jahres 1999 erholt. Die Einbußen im Gefolge der Asien- und Russlandkrise sowie der Konjunkturschwäche in einigen MOEL wurden damit wieder zu einem erheblichen Teil wettgemacht. Relativ schwach stiegen die Exporte an konsumnahen Fertigwaren (+7,7%), ein Hinweis auf die unzureichende Wettbewerbsposition Österreichs in diesem Bereich.

In einem noch höheren Ausmaß als 1999 war im Jahr 2000 die Verschlechterung des Handelsbilanzdefizits auf die Preissituation auf den Energiemärkten zurückzuführen. Trotz einer ständigen Verringerung der importierten Mengen einiger wichtiger Energieträger (Heizöl sowie Erdöl und Erdölprodukte) nahmen die Energieimporte aufgrund des starken Preisanstiegs auf den internationalen Märkten für Erdöl und Erdölprodukte erheblich zu. Wie schon in den Vorjahren wurde allein im Außenhandel mit bearbeiteten Waren ein Handelsbilanzüberschuss erwirtschaftet.

Peter Egger, Jan Stankovsky
Statistik: Gabriele Wellan

DEUTLICHER STRUKTURWANDEL IM ÖSTERREICHISCHEN TOURISMUS

Im Jahr 2000 wurden die Tourismusumsätze um 5¾% gesteigert; die Nachfrage der Inländer nach Österreich-Aufenthalten wuchs deutlich stärker (+8½%) als die der ausländischen Gäste (+5%). Insgesamt erwirtschaftete der Tourismus in Österreich ein Umsatzvolumen von rund 211 Mrd. S. Im Jahr 2001 wird diese steigende Tendenz anhalten, eine nominelle Wachstumsrate von 6% bis 7% wird als realistisch eingeschätzt.

Die Ausgaben der Österreicher für Auslandsreisen nahmen mit +8% ähnlich kräftig zu wie ihre Nachfrage nach Inlandsaufenthalten. Der Überschuss der Reiseverkehrsbilanz betrug 31,7 Mrd. S und war damit um knapp 2 Mrd. S niedriger als im Vorjahr.

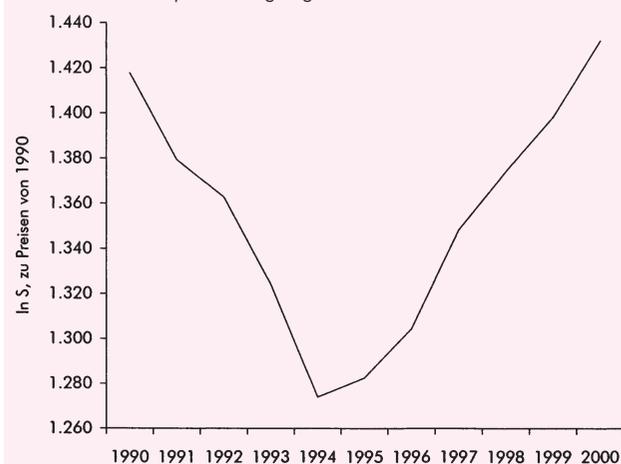
Ein guter Teil der nominellen Umsatzausweitung ist wegen der allgemeinen Inflationsbeschleunigung auf Preissteigerungen (+2½%) zurückzuführen. Real – nach Ausschaltung der Preissteigerungen – waren die Umsätze um 3% höher als im Vorjahr. Gegenüber den Jahren 1998 und 1999 hat sich das Wachstum demnach leicht verlangsamt.

Tourismusentwicklung in Österreich und Europa seit 1990
Zu konstanten Preisen und Wechselkursen



Q: IMF, OeNB, WIFO-Berechnungen.

Realer Aufwand je Nächtigung



Q: Statistik Austria, OeNB, WIFO. Ohne Kleines Walsertal.

Die Tourismusumsätze entwickelten sich in der Wintersaison 1999/2000 mit $+7\frac{1}{2}\%$ deutlich günstiger als in der Sommersaison 2000 ($+3\frac{1}{2}\%$). In der Wintersaison wurden Umsätze von rund 105,4 Mrd. S erzielt, bereits um gut 2 Mrd. S mehr als in der Sommersaison.

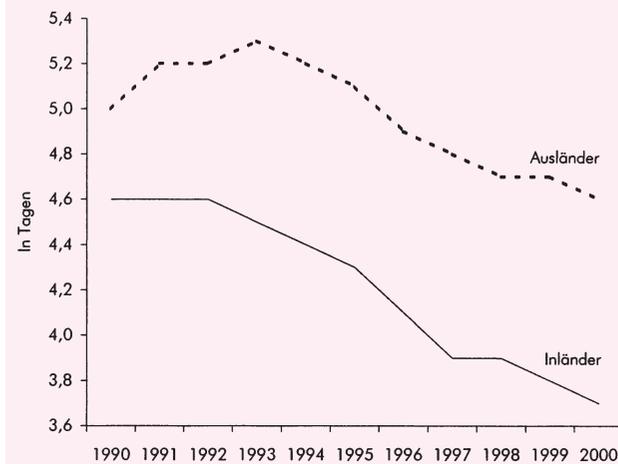
Obwohl sich der österreichische Tourismus seit 1997 erholt hat, darf nicht übersehen werden, dass sich die internationalen Tourismus- und Freizeitmärkte deutlich dynamischer entwickeln als die Nachfrage nach Österreich-Aufenthalten. So expandieren seit 1997 die internationalen Tourismusmärkte in Europa zu konstanten Preisen und Wechselkursen mit einer jährlichen Rate von rund 4%, während die internationale Nachfrage nach Österreich-Aufenthalten um nur 2% pro Jahr wächst.

Strategien, um diese Wachstumspotentiale auszuschöpfen, müssten bei den zentralen Schwächen der österreichischen Tourismuswirtschaft ansetzen und auf eine Erhöhung der Innovationsrate und eine Stärkung der Kooperationstätigkeit abzielen⁷⁾. Im Hinblick auf die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Tourismuswirtschaft ist wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf gegeben, zumal der bereits niedrige Marktanteil in Europa (gegenwärtig etwa $5\frac{1}{2}\%$, gegenüber rund 11% Mitte der siebziger Jahre) nur im günstigen Fall mittelfristig gehalten werden kann.

Die Qualitätsentwicklung des österreichischen Tourismusangebotes ist positiv einzuschätzen. Der Realaufwand je Nächtigung liefert für die Beurteilung der qualitativen Entwicklungstendenzen als wichtiger Indikator des Strukturwandels wertvolle Hinweise. Eine mittelfristige Trendwende der Qualitätsentwicklung ist etwa Mitte der neunziger Jahre sichtbar: Seit dem Tiefpunkt Mitte der neunziger Jahre steigt der Realaufwand je Nächtigung

⁷⁾ Smeral, E., „Strategische Aspekte der Tourismuspolitik unter globalen Wettbewerbsbedingungen. Ansatzpunkte zur Verbesserung der österreichischen Wettbewerbsposition“, WIFO-Monatsberichte, 2000, 73(7), S. 445-453.

Aufenthaltsdauer von in- und ausländischen Gästen



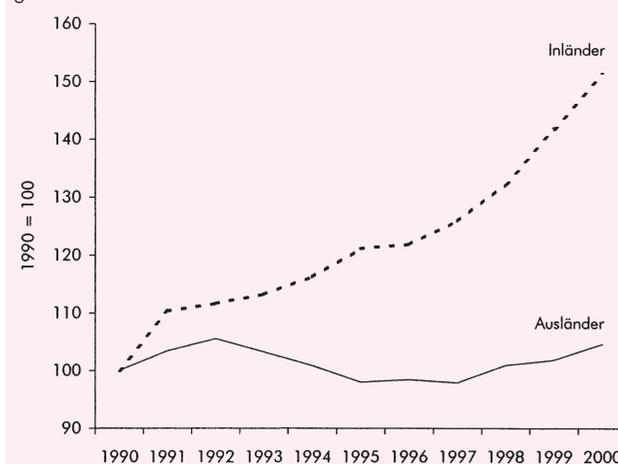
Q: Statistik Austria.

deutlich. Dieser Trend setzte sich im Jahr 2000 fort: Während die Zahl der Nächtigungen mit 113,4 Mio. um nur $\frac{3}{4}\%$ über dem Vorjahresniveau lag, stiegen die Umsätze um $5\frac{3}{4}\%$.

Aufgrund der sinkenden Tendenz der Aufenthaltsdauer bzw. des Trends zum Kurzurlaub entwickeln sich Touristenankünfte und Nächtigungen unterschiedlich: So stiegen im Jahr 2000 die Ankünfte gegenüber dem Vorjahr um $3\frac{1}{2}\%$ (Inländer $+5\%$, Ausländer $+3\%$), wogegen die Nächtigungen nur geringfügig zunahm – deutlich mehr Touristen kamen nach Österreich, blieben jedoch kürzer.

Gegenwärtig beträgt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Österreich rund 4,3 Nächte. Sie ist mit 3,7 für Inländer wesentlich kürzer als für Ausländer, die 4,6 Nächte in Österreich verbringen. Auch ist der Trend zum Kurzurlaub in der Nachfrage der Inländer deutlicher ausgeprägter als in jener der ausländischen Gäste.

Übernachtungen in- und ausländischer Gäste in der gehobenen Hotellerie



Q: Statistik Austria.

Nächtigungsentwicklung nach der Herkunft

	1995	1997	1998 In 1.000	1999	2000	1995	1997	1998 Anteile in %	1999	2000
<i>Insgesamt</i>	117.115	109.066	111.131	112.698	113.646	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
<i>Inländer insgesamt</i>	30.123	28.504	29.278	30.301	31.147	25,72	26,13	26,35	26,89	27,41
Wien	8.528	7.644	7.653	7.758	7.871	7,28	7,01	6,89	6,88	6,93
Andere Bundesländer	21.595	20.860	21.625	22.543	23.276	18,44	19,13	19,46	20,00	20,48
<i>Ausländer insgesamt</i>	86.991	80.562	81.853	82.396	82.499	74,28	73,87	73,65	73,11	72,59
Belgien, Luxemburg	2.615	2.427	2.254	2.270	2.216	2,23	2,23	2,03	2,01	1,95
Dänemark	803	781	822	872	879	0,69	0,72	0,74	0,77	0,77
Deutschland	58.430	52.822	52.783	53.074	52.302	49,89	48,43	47,50	47,09	46,02
Finnland	112	140	165	179	174	0,10	0,13	0,15	0,16	0,15
Frankreich	2.134	1.851	1.890	1.723	1.461	1,82	1,70	1,70	1,53	1,29
Griechenland	135	157	163	149	169	0,12	0,14	0,15	0,13	0,15
Großbritannien	2.716	2.478	2.673	2.782	3.066	2,32	2,27	2,41	2,47	2,70
Italien	2.211	2.378	2.606	2.676	2.534	1,89	2,18	2,34	2,37	2,23
Niederlanden	7.516	6.728	6.787	7.010	7.374	6,42	6,17	6,11	6,22	6,49
Norwegen	127	170	158	162	159	0,11	0,16	0,14	0,14	0,14
Schweden	710	613	625	636	678	0,61	0,56	0,56	0,56	0,60
Schweiz	2.903	2.783	2.803	2.782	2.892	2,48	2,55	2,52	2,47	2,54
Bulgarien	72	50	56	55	46	0,06	0,05	0,05	0,05	0,04
Polen	391	587	697	795	755	0,33	0,54	0,63	0,71	0,66
Rumänien	72	74	85	91	86	0,06	0,07	0,08	0,08	0,08
Tschechien, Slowakei	488	649	779	830	836	0,42	0,60	0,70	0,74	0,74
Ungarn	623	600	648	692	729	0,53	0,55	0,58	0,61	0,64
Australien, Neuseeland	180	204	255	247	279	0,15	0,19	0,23	0,22	0,25
Japan	498	558	563	575	584	0,43	0,51	0,51	0,51	0,51
Kanada	152	140	152	146	178	0,13	0,13	0,14	0,13	0,16
USA	1.328	1.411	1.595	1.566	1.876	1,13	1,29	1,44	1,39	1,65
Andere Länder	2.775	2.961	3.294	3.084	3.226	2,37	2,71	2,96	2,74	2,84

Q: Statistik Austria; Rundungen ergeben Rechendifferenzen.

Trotz rückläufiger Nächtigungszahlen nahmen im Jahr 2000 die Ankünfte der für Österreich wichtigen deutschen Gäste aufgrund des Trends zu Kurzreisen zu (+1½%). Das relativ kräftige Wachstum im deutschen Kurzreisesegment wird auch längerfristig anhalten: Gemäß der jüngsten Trendstudie der Forschungsgemeinschaft für Urlaub und Reisen (F.U.R) beträgt das durchschnittliche jährliche Wachstum im Bereich der Kurzreisen bis 2010 3½%, für längere Urlaubsreisen hingegen nur knapp über 2%.

Unter den wichtigen ausländischen Reisezielen der Deutschen steht Österreich nach Spanien (14,2%) und Italien (9,3%) mit 6,6% der gesamten Urlaubsreisen an dritter Stelle. Gegenüber 1999 erlitt der Österreich-Tourismus auf dem deutschen Reisemarkt deutlich Marktanteilsverluste (-11%). Zu den Gewinnern zählten hier im Vorjahr Ungarn, Kroatien, Slowenien, Skandinavien und die Türkei.

Der inländische Gast wird für die Qualitätsunterkünfte immer wichtiger: Im Jahr 2000 nahmen die Inländernächtigungen in der gehobenen Hotellerie (3-, 4- und 5-Stern-Betriebe) um 6,6% zu, während die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste um nur 2,7% höher war als 1999. Seit 1990 haben sich die Inländernächtigungen in der gehobenen Hotellerie von 9,7 Mio. auf 14,7 Mio. erhöht, die der ausländischen Gäste stiegen dagegen nur leicht.

Egon Smeral
Statistik: Sabine Fragner

KONSUMWACHSTUM VON STEUERREFORM UND „FAMILIENPAKET“ GESTÜTZT

Die Konsumententwicklung war im Jahr 2000 neben einer kräftigen Konjunktur von gegenläufigen fiskalischen Maßnahmen und der Energieverteuerung geprägt. Die Einkommen der privaten Haushalte profitierten von der zweiten Tranche des „Familienpakets“ und der Steuerreform: Aus der Erhöhung der Familienbeihilfe flossen dem Haushaltssektor 6 Mrd. S zusätzlich zu; durch eine grundlegende Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs und die Entlastung der unselbständig Beschäftigten als Kompensation für die Einkommensteuerprogression wurde die Liquidität der privaten Haushalte um 17 Mrd. S erhöht.

Steuersenkungen wie jene zum 1. Jänner 2000 stützen ebenso wie eine unerwartet kräftige Konjunktur die Konsumnachfrage, obwohl erfahrungsgemäß nicht die gesamte hinzugewonnene Liquidität kurzfristig nachfragewirksam und das Sparen noch stärker begünstigt wird. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die privaten Haushalte in der Regel auf Veränderungen der Rahmenbedingungen nicht sofort und hauptsächlich nur dann reagieren, wenn sie diese als dauerhaft ansehen.

Gedämpft wurde der Effekt der Steuerreform durch die Anhebung indirekter Steuern (motorbezogene Versicherungssteuer, Energiesteuer auf Strom, Tabaksteuer, Gebühren für Reisepässe usw.) im Juni 2000, durch die rund 7 Mrd. S zusätzlich an den Bundeshaushalt flossen.

Zumindest kurzfristig bilden die Energieausgaben einen „Zwangskonsum“. Da einerseits eine Mindestkonsummenge nicht unterschritten werden kann⁸⁾ und andererseits die Möglichkeit zur Substitution zwischen den einzelnen Energieträgern für Beheizung wegen hoher Umrüstungskosten deutlich eingeschränkt bzw. ein Umstieg oft gar nicht möglich ist, ist insbesondere die kurzfristige Preiselastizität der Nachfrage gering. Eine deutliche Energieverteuerung – die eine Dämpfung der Realeinkommen nach sich zieht – bewirkt daher in der Regel eine Verringerung der Sparquote, d. h. ein größerer Teil des Einkommens wird in solchen Zeiten für Zwecke des privaten Konsums verwendet, weil die Zunahme der Energieausgaben nicht ganz durch die Kaufzurückhaltung im Bereich anderer Verbrauchsgruppen (z. B. dauerhafte Konsumgüter) ausgeglichen wird.

Insgesamt war im Jahr 2000 mit einer Erhöhung der Sparquote zu rechnen; die erhebliche Energieverteuerung im Gefolge der Rohölpreishausse und die Erhöhung der indirekten Steuern sollten jedoch den durch die Steuerreform und den günstigen Konjunkturverlauf induzierten Anstieg der Sparquote dämpfen.

SPARNEIGUNG DER PRIVATEN HAUSHALTE STEIGT

Die privaten Haushalte gaben im Jahr 2000 1.606 Mrd. S für Zwecke des privaten Konsums aus, um 4,6% mehr als ein Jahr zuvor. Nach Ausschaltung der Inflation (gemessen am impliziten Deflator des privaten Konsums) betrug der reale Anstieg der Verbrauchsausgaben 2,7% und erreichte damit den Durchschnittswert der Jahre 1988 bis 1999 und den der EU 15 im Jahr 2000.

Die reale Konsumzunahme war in der ersten Jahreshälfte (+3,3%) etwas höher als in der zweiten (+2,2%). Saisonbereinigt verlangsamte sich das Wachstum nur unwesentlich (1. Halbjahr +1,2%, 2. Halbjahr +1,1%).

⁸⁾ Die Raumtemperatur oder Autofahrten können z. B. nicht beliebig gedrosselt werden.

Privater Konsum, Nettoeinkommen der Unselbständigen, Sparen des privaten Sektors und Konsumkredite

Nominell

	Privater Konsum ¹⁾	Nettoeinkommen der Unselbständigen	Nominelles Finanzvermögen ²⁾	Sparen ³⁾	Konsumkredite ⁴⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Veränderung gegen die Vorperiode in Mrd. S		
1996	+5,2	+0,7	+166,62	+ 45,75	+32,17
1997	+2,9	-0,3	+214,32	+ 44,09	+28,22
1998	+3,4	+3,3	+303,07	+114,45	+39,44
1999	+3,0	+3,7	+415,64	+140,87	+78,28
2000	+4,6	+4,1	+273,12 ⁵⁾	+ 38,15	+51,87

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. – ²⁾ Wirtschaftsunternehmen und Private; WIFO-Berechnung. – ³⁾ Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten. – ⁴⁾ Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkkredite an denselben Personenkreis. – ⁵⁾ I. bis III. Quartal.

Entwicklung des privaten Konsums einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck seit 1988

Real

	Ø 1988/1996	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+1,7	+ 0,5	- 0,1	- 0,2	+ 1,6
Tabak und alkoholische Getränke	-0,3	+ 3,4	+ 5,2	+ 4,1	- 0,9
Kleidung, Schuhe	-0,5	+ 1,2	+ 4,4	± 0,0	+ 5,3
Wohnen, Beheizung	+2,8	+ 1,9	+ 1,6	+ 0,6	+ 1,6
Einrichtung	+3,1	+ 0,5	+ 5,3	+ 1,8	- 0,8
Gesundheit	+3,7	+ 1,7	+ 4,2	+ 2,4	+ 4,2
Transport	+3,1	- 0,6	+ 3,1	+ 4,5	- 1,0
Kommunikation	+8,1	+19,2	+15,8	+15,4	+11,7
Erholung, Kultur	+4,1	+ 4,7	+ 7,2	+ 3,3	+ 6,1
Bildung	+2,3	- 1,7	- 0,6	+ 1,8	+ 0,2
Gaststätten, Beherbergung	+5,2	+ 3,8	+ 5,8	+ 6,1	+ 4,8
Übrige Waren	+3,5	+ 2,4	+ 1,4	+ 3,0	+ 2,1
Ausgaben im Ausland	+3,6	- 0,6	- 4,9	- 1,8	+ 5,6
Private Organisationen ohne Erwerbscharakter	+3,6	-11,9	+ 3,2	+ 4,8	+ 3,7
Privater Konsum insgesamt	+2,9	+ 1,4	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,7
Dauerhafte Konsumgüter	+4,9	- 1,2	+ 7,0	+ 8,4	- 0,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Reaktion auf die Verschlechterung der Rahmenbedingungen war also wenig ausgeprägt.

Das Konsumwachstum konnte wie erwartet trotz eines leichten Anstiegs der Sparneigung realisiert werden. Nach groben Berechnungen nahmen die Nettoeinkommen der Unselbständigen zwar etwas schwächer zu als die Konsumausgaben insgesamt. Da die übrigen Einkommensteile konjunkturbedingt stärker gewachsen sein dürften, ergibt sich eine Erhöhung der Sparneigung der privaten Haushalte im Jahr 2000 um rund ½ Prozentpunkt⁹⁾.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch im Bankensparen. Der Zuwachs der Spareinlagen der Wirtschaftsunternehmen und Privaten war im Jahr 2000 zwar deutlich gerin-

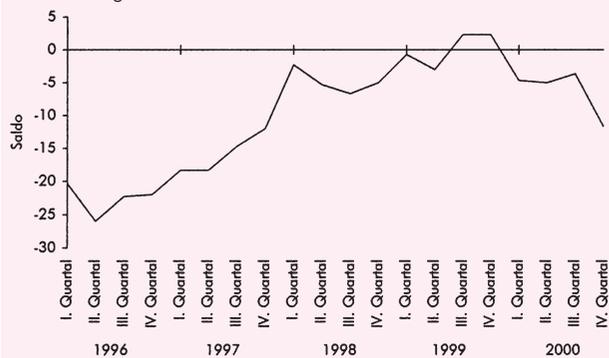
⁹⁾ Da zur Zeit keine Ergebnisse der Sektorrechnung von Statistik Austria vorliegen, die Aufschluss über das Einkommen der privaten Haushalte liefern würden, kann die Einkommensentwicklung nur grob über Indikatoren geschätzt werden, und zwar als Differenz zwischen dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) und einer Abzugsgröße. Das BIP wuchs in Österreich im Jahr 2000 mit real +3,2% etwas stärker als die Konsumausgaben (+2,7%). Da die Abzugsgröße wegen der Steuerreform relativ niedriger ausfiel als im Vorjahr, sollten die Realeinkommen stärker gewachsen sein als das BIP und damit auch stärker als die Konsumausgaben, woraus sich ein Anstieg der Sparquote ableitet.

Entwicklung des privaten Konsums einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

	Nominell		Real	
	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
2000	1.606,02	+4,6	1.505,45	+2,7
1. Halbjahr	769,37	+4,8	726,21	+3,3
2. Halbjahr	836,65	+4,4	779,23	+2,2
I. Quartal	369,84	+5,2	351,02	+4,1
II. Quartal	399,53	+4,4	375,19	+2,5
III. Quartal	404,76	+4,0	375,37	+1,7
IV. Quartal	431,89	+4,8	403,87	+2,6

Q: WIFO-Berechnungen.

Entwicklung des Vertrauensindex



Q: Fessel & GfK, WIFO. Saldo aus positiven und negativen Antworten (Definition siehe Text).

ger als 1999, doch ist diese Entwicklung nicht Ausdruck einer generellen Verringerung der Sparneigung, sondern Folge einer Verschiebung zu höherverzinsten Titeln. Dieser Trend, der schon in den letzten Jahren zu beobachten war, wurde im Jahr 2000 durch die Abschaffung der Anonymität noch verstärkt, sodass die Spareinlagen kein repräsentativer Indikator für die Entwicklung des Sparklimas sind. Als solcher kann nur das Finanzvermögen insgesamt angesehen werden: Das Finanzvermögen der Wirtschaftsunternehmen und Privaten nahm zwischen Jänner und September 2000 (Daten für das IV. Quartal liegen noch nicht vor) per Saldo um 273 Mrd. S zu, um 11,6% stärker als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Verschuldung (die ökonomisch das Sparen verringert) stieg im Jahr 2000 nur schwach. Die Konsumkredite (Kredite an unselbständig Erwerbstätige minus Bausparkkredite an denselben Personenkreis) nahmen per Saldo um 51,87 Mrd. S zu, um 33,7% weniger als ein Jahr zuvor.

Diese Tendenz steigender Sparneigung und abnehmender Bereitschaft zur Verschuldung dürfte auch mit der Entwicklung des Konsumklimas zusammenhängen, das ein Indikator der Konsumbereitschaft ist. Nach Erhebungen der GfK (Gesellschaft für Konsumforschung), die von der EU-Kommission gefördert werden, war der „Vertrauensindex“ (arithmetisches Mittel der Einschätzungen und Erwartungen zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Käufe von Konsumgütern) im Jahr 2000 niedriger (-1,9%) als ein Jahr zuvor. Pessimistischer wurde angesichts der Rohölverteuerung und der Erhöhung indirekter Steuern im Jahr 2000 die Preisentwicklung gesehen, optimistischer hingegen die Arbeitsplatzsicherheit, nicht zuletzt wegen der auch konjunkturbedingten günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes.

NACHFRAGE NACH DAUERHAFTEN KONSUMGÜTERN REAL UNVERÄNDERT

Die Eintrübung des Konsumklimas wirkt sich erfahrungsgemäß auch negativ auf die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern aus. Die Ausgaben für diese Güter, die einen investitionsähnlichen Charakter aufweisen, hängen nämlich neben der Entwicklung der Konsumfähigkeit, die in vorhandenen liquiden Mitteln (Einkommen, Ersparnes, Vermögen, Konsumkredite) zum Ausdruck kommt, auch von der Konsumwilligkeit ab, die sich in Stimmungen und Erwartungen spiegelt. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern unterschritt im Jahr 2000 das aufgrund von „Echoeffekten“¹⁰⁾ relativ hohe Vorjahresniveau leicht

¹⁰⁾ Im Zuge des „Sparpakets“ 1996 wurde die Normverbrauchsabgabe angehoben, was massive Vorkäufe an Pkw auslöste. Da Autos zu einem guten Teil nach drei Jahren ersetzt werden, nahmen die Pkw-Neuzulassungen für Zwecke des privaten Konsums 1999 deutlich zu (+11,4%). Diese Nachfrage fehlte im Jahr 2000.

Entwicklung der Umsätze im Handel

Ø 1995 = 100

	Nominell				Real			
	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
2000	+ 5,7	+ 0,2	+ 8,9	+ 2,6	+ 2,7	- 2,1	+ 4,6	+ 1,8
1. Halbjahr	+ 6,6	+ 1,5	+ 9,1	+ 4,9	+ 4,2	- 0,8	+ 5,8	+ 4,4
2. Halbjahr	+ 4,9	- 1,3	+ 8,7	+ 0,7	+ 1,4	- 3,6	+ 3,6	- 0,4
I. Quartal	+ 7,0	+ 2,5	+ 9,5	+ 5,0	+ 4,9	+ 0,3	+ 6,4	+ 4,9
II. Quartal	+ 6,2	+ 0,7	+ 8,8	+ 4,8	+ 3,6	- 1,7	+ 5,3	+ 4,0
III. Quartal	+ 3,9	- 3,1	+ 7,0	+ 1,6	± 0,0	- 5,5	+ 1,7	- 0,2
IV. Quartal	+ 5,9	+ 0,6	+10,4	- 0,1	+ 2,7	- 1,6	+ 5,3	- 0,5
Jänner	+ 7,1	+ 0,6	+11,0	+ 3,8	+ 5,5	- 1,2	+ 8,5	+ 4,3
Februar	+13,4	+13,7	+13,8	+12,1	+10,8	+10,9	+10,3	+12,0
März	+ 2,0	- 3,6	+ 5,0	+ 0,4	- 0,1	- 5,7	+ 1,8	- 0,2
April	+ 1,7	- 4,5	+ 3,3	+ 3,0	- 0,4	- 6,7	+ 0,6	+ 2,7
Mai	+17,4	+14,4	+21,4	+11,5	+14,8	+11,9	+17,6	+10,8
Juni	+ 0,2	- 6,8	+ 2,6	+ 0,1	- 2,9	- 9,4	- 1,5	- 1,3
Juli	+ 1,6	- 6,2	+ 5,1	- 0,8	- 1,9	- 8,9	+ 0,5	- 2,7
August	+ 6,3	+ 5,7	+ 9,4	+ 0,6	+ 2,9	+ 3,3	+ 4,5	- 1,0
September	+ 3,8	- 7,7	+ 6,5	+ 5,1	- 0,8	- 9,8	+ 0,2	+ 3,0
Oktober	+ 8,2	+ 2,3	+13,7	± 0,0	+ 4,2	+ 0,8	+ 7,5	- 1,1
November	+ 6,5	- 0,2	+10,9	+ 1,6	+ 2,9	- 3,2	+ 5,3	+ 1,1
Dezember	+ 3,1	- 0,3	+ 6,8	- 1,5	+ 1,1	- 2,4	+ 3,3	- 1,3

Q: Statistik Austria.

Preis- und Beschäftigungsentwicklung im Handel

	Preis \varnothing 1995 = 100				Beschäftigung			
	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
2000	+2,9	+2,4	+4,0	+0,8	+1,0	+1,1	+0,8	+1,2
1. Halbjahr	+2,2	+2,3	+3,1	+0,4	+1,1	+1,0	+0,4	+1,7
2. Halbjahr	+3,5	+2,4	+5,0	+1,2	+0,9	+1,1	+1,2	+0,6
I. Quartal	+2,0	+2,2	+2,9	$\pm 0,0$	+1,1	+1,1	+0,1	+1,8
II. Quartal	+2,5	+2,5	+3,3	+0,8	+1,2	+1,0	+0,6	+1,7
III. Quartal	+3,9	+2,5	+5,2	+1,9	+0,3	+0,7	+0,4	$\pm 0,0$
IV. Quartal	+3,2	+2,2	+4,8	+0,5	+1,6	+1,6	+2,0	+1,3
Jänner	+1,5	+1,8	+2,4	-0,5	+1,0	+1,3	-0,1	+1,8
Februar	+2,3	+2,5	+3,1	$\pm 0,0$	+1,2	+0,8	+0,2	+2,0
März	+2,1	+2,2	+3,1	+0,5	+1,0	+1,2	+0,3	+1,6
April	+2,1	+2,3	+2,7	+0,4	+1,3	+0,9	+0,3	+2,2
Mai	+2,3	+2,3	+3,2	+0,6	+1,5	+1,2	+0,9	+2,0
Juni	+3,2	+2,8	+4,1	+1,4	+0,7	+0,8	+0,6	+0,9
Juli	+3,6	+2,9	+4,5	+1,9	-1,3	-0,4	-1,4	-1,3
August	+3,4	+2,4	+4,7	+1,6	+0,7	+1,2	+0,8	+0,3
September	+4,6	+2,3	+6,3	+2,1	+1,4	+1,3	+1,7	+1,0
Oktober	+3,8	+1,5	+5,8	+1,1	+1,6	+1,7	+2,0	+1,3
November	+3,6	+3,0	+5,2	+0,5	+1,7	+1,5	+2,1	+1,4
Dezember	+2,1	+2,2	+3,4	-0,2	+1,6	+1,6	+1,9	+1,3

Q: Statistik Austria.

(-0,4%). Dabei entwickelten sich die Ausgaben für die einzelnen Güter unterschiedlich: Einem Rückgang der Nachfrage nach Pkw und Fotoausrüstungen standen z. B. Zuwächse im Bereich von Elektrogeräten und therapeutischen Erzeugnissen gegenüber.

In der Gliederung der Konsumausgaben nach Verbrauchsgruppen nahmen die Ausgaben für Kommunikation auch im Jahr 2000 wegen des anhaltenden Handybooms überdurchschnittlich zu. Die Ausgaben der Österreicher im Ausland sowie jene für Kleidung und Schuhe, die in den letzten Jahren zum Teil rückläufig gewesen waren, erhöhten sich deutlich. Auch die Ausgaben für Erholung und Kultur sowie Gesundheit stiegen kräftig, während jene für Tabak und alkoholische Getränke sowie Transport (Energieverteuerung) zurückgingen.

LEBHAFTER GESCHÄFTSGANG IM HANDEL BEI WIEDER STEIGENDEN PREISEN

Die günstige Entwicklung der Konsumnachfrage, der lebhaftere Außenhandel und die deutliche Ausweitung der Industrieproduktion ermöglichten im Jahr 2000 dem österreichischen Handel einen lebhaften Geschäftsgang. Seine realen Umsätze nahmen um 2,7% zu. Zuwächse im Einzelhandel (+1,8%) als Folge der guten Konsumentwicklung und insbesondere im Großhandel (+4,6%), der darüber hinaus von der lebhaften internationalen Konjunktur profitierte, standen einem Umsatzrückgang im Fahrzeughandel gegenüber (-2,1%), der in Zusammenhang mit den oben angesprochenen Echoeffekten zu sehen ist.

Die Umsätze entwickelten sich im Vorjahresvergleich in der zweiten Jahreshälfte (+1,4%) schwächer als in der ersten (+4,2%). Im Großhandel (ohne Kfz) war eine Wachstumsverlangsamung festzustellen (1. Halbjahr

+5,8%, 2. Halbjahr +3,6%), im Einzelhandel (ohne Kfz) ein leichter Rückgang (-0,4%) nach einem kräftigen Zuwachs in der ersten Jahreshälfte (+4,4%); im Fahrzeughandel verstärkten sich die Umsatzeinbußen (1. Halbjahr -0,8%, 2. Halbjahr -3,6%). Saisonbereinigt nahm die Nachfrage insgesamt in der zweiten Jahreshälfte nicht ab – im Großhandel (ohne Kfz) ergibt sich eine Steigerung, im Kfz-Handel eine Stagnation, im Einzelhandel ein Rückgang. Konjunkturell und trendmäßig hat sich also nur die Nachfrage im Einzelhandel abgeschwächt und reagierte damit auf die oben beleuchtete Verschlechterung der Rahmenbedingungen. Durch die Energieverteuerung wurde vor allem die einzelhandelsrelevante Liquidität der privaten Haushalte gedämpft.

Die Preise sind im österreichischen Handel seit dem EU-Beitritt in der Folge von Rationalisierungen nicht oder nur schwach gestiegen. Im Jahr 2000 zogen sie wieder deutlicher an (+2,9%), nicht zuletzt infolge der Erdölpreisentwicklung. Der Preisanstieg war im Groß- (+4,0%) und Fahrzeughandel (+2,4%) deutlich stärker als im Einzelhandel (+0,8%).

Die Zahl der Beschäftigten nahm im Handel im Jahr 2000 um 1% zu. In Teilbereichen dürfte dies auf eine Ausweitung der Teilzeitarbeit sowie der geringfügigen Beschäftigung zurückzuführen sein. Gemessen am Umsatz je Beschäftigten ergibt sich ein deutlicher Produktivitätsanstieg¹¹⁾. Auch dies entspricht einem Trend, der seit dem EU-Beitritt zu beobachten ist und u. a. das Beschäftigungswachstum im Handel seither dämpft.

Michael Wüger
Statistik: Martina Agwi

¹¹⁾ Da in der Beschäftigtenstatistik Personen und nicht Vollzeitäquivalente erhoben werden, wird die Produktivitätssteigerung noch unterschätzt.

INFLATION BESCHLEUNIGT SICH

Der anhaltende Anstieg der Rohölpreise erhöhte in fast allen Industrieländern die Teuerungsrate auf der Verbraucherpreisebene. Im Euro-Währungsgebiet beschleunigte sich die Inflation laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVPI) von 1,1% im Jahr 1999 auf 2,3% im Jahr 2000. In Österreich stieg die Inflationsrate laut diesem Index, der für alle EU-Länder vergleichbare Werte liefert, von 0,5% auf 2,0%. Damit rangierte Österreich in der Euro-Zone nach Frankreich (1,8%) an zweiter Stelle, knapp vor Deutschland (2,1%).

ANHALTENDE VERTEUERUNG DER ROHSTOFFE

Der Preisauftrieb der Rohstoffe, der Anfang 1999 eingesetzt hatte, hielt bis Herbst 2000 an. Im Jahresdurchschnitt 2000 ergab sich laut HWWA-Index auf Dollarbasis ein Anstieg um 31,4%, nach +11,9% im Jahr 1999. Der Gesamtindex verbirgt allerdings sehr divergierende Entwicklungen der einzelnen Rohstoffpreise. Während nichtenergetische Rohstoffe um nur 2,3% teurer wurden, zogen die Preise von Energierohstoffen um 50,9% an.

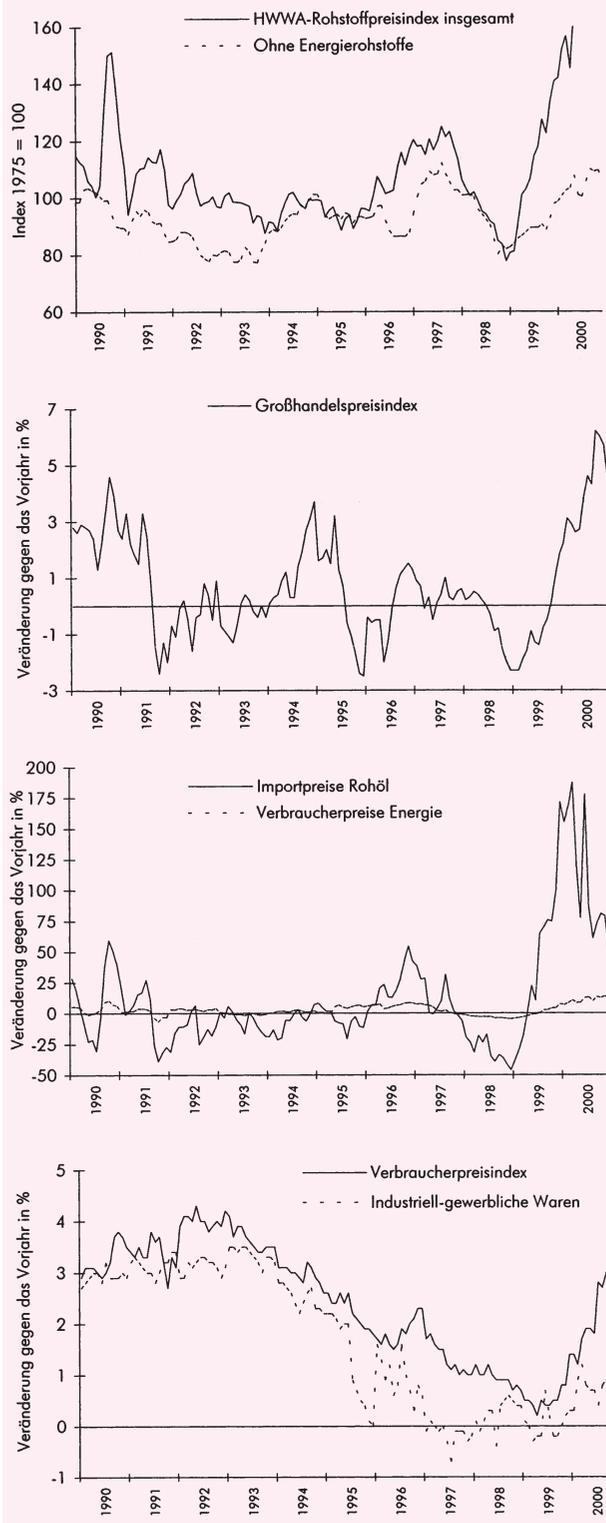
Für die heimischen Verarbeiter von Rohstoffen erhöhte auch der Wertverlust des Euro (und des Schillings) gegenüber dem Dollar die Kostenbelastung. Der Dollarkurs erreichte im Oktober mit 16,09 S einen langjährigen Höhepunkt. Im Jahresdurchschnitt gewann der Dollar 15,6% an Wert (IV. Quartal +19,4%). Auf Schillingbasis wurden nichtenergetische Rohstoffe somit um 18,1%, Energierohstoffe um 73,9% teurer.

Auf der Stufe der Großhandelspreise bewirkte der Anstieg der Rohstoffpreise eine Verteuerung der Intermediärgüter um 6,9% und der Konsumgüter (u. a. Treibstoffe und Heizöl) um 3,3%. Im Investitionsgüterbereich setzte sich dagegen der Preisverfall auch im Jahr 2000 fort (-1,6%).

Entwicklung der Preise

	Ø 1990/2000	1999	2000
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
<i>Weltmarktpreise insgesamt</i>			
Dollarbasis	+0,5	+11,9	+31,4
Schillingbasis	+3,3	+17,0	+51,7
<i>Ohne Energierohstoffe</i>			
Nahrungs- und Genussmittel	+0,7	-15,5	+ 3,4
Industrierohstoffe	+0,6	+ 1,9	+24,3
Agrarische Industrierohstoffe	-0,0	+ 3,3	+20,4
NE-Metalle	+0,8	+ 5,5	+33,1
Energierohstoffe	+5,0	+36,4	+73,9
Rohöl	+5,2	+42,3	+79,5
<i>Index der Großhandelspreise</i>			
Konsumgüter	+0,9	- 0,3	+ 3,3
Investitionsgüter	-0,4	- 1,9	- 1,6
Intermediärgüter	+0,3	- 1,1	+ 6,9

Überblick über die Preisentwicklung



RASCHE BESCHLEUNIGUNG DER INFLATION AUF DER VERBRAUCHEREBENE

Der anhaltende kräftige Anstieg der Rohstoffpreise bewirkte auch auf der Ebene der Konsumentenpreise eine Teuerungswelle. Die Inflationsrate laut dem nationalen Verbraucherpreisindex (VPI 96) erhöhte sich im Laufe des Jahres rasch, von 1,2% im Jänner auf 3,1% im November 2000. Im Jahresdurchschnitt betrug die Infla-

Entwicklung der Verbraucherpreise

	Ø 1990/2000 Jährliche Ver- änderung in %	1999 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2000 Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Weltmarktpreise insgesamt</i>			
Index der Verbraucherpreise	+2,3	+0,6	+ 2,3
Saisonwaren	+1,6	-1,5	+ 3,3
Verbraucherpreisindex ohne Saisonwaren	+2,3	+0,6	+ 2,3
Verbraucherpreisindex ohne Energie	+2,3	+0,6	+ 1,7
<i>Verbrauchsgruppen</i>			
Ernährung und Getränke	+1,7	-0,1	+ 1,0
Tabakwaren	+2,6	+2,2	+ 4,0
Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen	+4,0	+1,8	+ 2,0
Beleuchtung und Beheizung	+1,7	-0,2	+ 6,5
Hausrat und Wohnungseinrichtung	+1,7	+0,5	+ 0,9
Bekleidung und persönliche Ausstattung	+1,5	-0,4	+ 0,2
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	+2,1	+1,7	+ 1,2
Körper- und Gesundheitspflege	+3,2	+2,0	+ 2,2
Freizeit und Bildung	+2,2	+0,5	+ 1,9
Verkehr	+2,3	+0,2	+ 5,3
<i>Gliederung nach Warenart</i>			
Nahrungsmittel	+1,3	-0,6	+ 0,6
Tabakwaren	+2,6	+2,2	+ 4,0
Industrielle und gewerbliche Waren	+1,4	+0,0	+ 0,8
Dienstleistungen	+3,1	+1,2	+ 2,7
Energie	+2,4	+0,4	+10,7
Mieten	+4,7	+2,1	+ 1,7
Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung	+3,3	+1,6	+ 2,6
Abgaben	+5,2	+1,7	+ 1,4

tionsrate 2,3% (nach 0,6% im Jahr 1999). Die Beschleunigung der Teuerung betraf nahezu alle Untergruppen.

Den geringsten Preisanstieg wiesen *Nahrungsmittel* mit +0,6% auf. Fleisch, Geflügel und Fische kosteten um 1,7% mehr als im Vorjahr, Saisonwaren um 3,3%. Die Preise der anderen Nahrungsmittel gingen geringfügig zurück (-0,2%). *Tabakwaren* verteuerten sich mit 4,0% merklich stärker als 1999.

Der Preisaufrtrieb im Bereich des *Wohnungsaufwands* (Mieten einschließlich Betriebskosten) verlangsamte sich aufgrund des reichlichen Angebotes an Neuwohnungen weiterhin von 2,1% im Jahr 1999 auf 1,7% im Jahr 2000. Für *Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung* ergibt sich ein etwas höherer Preisanstieg als im Vorjahr (Baumaterialien +3,5%).

Die Preise von *industriellen und gewerblichen Waren*, die im Warenkorb des Verbraucherpreisindex ein Gewicht von rund einem Drittel haben, zogen erstmals seit einigen Jahren wieder stärker an. Die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr erreichte im IV. Quartal +1,0%. Im Jahresdurchschnitt betrug die Inflationsrate 0,8%.

Der Auftrieb der Dienstleistungspreise (einschließlich Tarife) fiel mit +2,7% erheblich stärker aus als im Vorjahr. Dazu trug die Anhebung der motorbezogenen Versicherungssteuer im Juni (+51% gegenüber Mai) ebenso bei wie die Verteuerung des öffentlichen Verkehrs. Dagegen dämpfte die Senkung der Telefentarife um rund 3% im Jahresdurchschnitt die Erhöhung der Dienstleistungspreise.

Der kräftige Anstieg der Rohölpreise spiegelt sich deutlich in der Entwicklung der Energiepreise. Die Teuerungsrate stieg von 5,2% im IV. Quartal 1999 auf 12,4% im IV. Quartal 2000. Im Durchschnitt des Jahres 2000 betrug die Inflationsrate 10,7%, nach 0,4% 1999. Dieser Steigerungssatz wird auch durch die Anhebung der Energiesteuer auf Strom im Juni bestimmt. Ohne diese Maßnahme hätte der Erhöhungssatz 9,6% betragen. Im Jahresdurchschnitt verteuerten sich Benzin um rund 17%, Dieseltreibstoff um 23%, Heizöl um 43% und Gas um 5%. Der direkte Beitrag der Erhöhung der Energiepreise (ohne Steuererhöhung) zur Inflationsrate beträgt 0,75 Prozentpunkte. Die indirekten Auswirkungen könnten ungefähr 0,4 Prozentpunkte ausmachen; davon geht die Hälfte auf die Verteuerung der Industriewaren zurück, die andere Hälfte resultiert aus der Verteuerung von Tourismusleistungen und von Baumaterial. Somit beträgt der Gesamtbeitrag der Rohölverteuerung zur Inflationsrate auf der Verbraucherebene rund 1,2 Prozentpunkte.

KONJUNKTURHOCH SPIEGELT SICH NUR
TEILWEISE IN LOHNABSCHLÜSSEN

Mit 3,2% erreichte das Wirtschaftswachstum 2000 einen Höhepunkt. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 1%, während die Arbeitslosenquote auf 5,8% zurückging. Die Industrie profitierte von der günstigen Nachfragesituation wichtiger Handelspartner und der Verbesserung der kostenbedingten Wettbewerbsfähigkeit. Die relativen Lohnstückkosten sanken gegenüber Deutschland um 1,8% und gegenüber den wichtigsten Handelspartnern sogar um 5,3%.

Die Rohölverteuerung wurde nur begrenzt auf die Löhne überwältigt. Dank der guten Exportkonjunktur stiegen die Löhne und Gehälter in der Metallindustrie kräftig, während die anderen Branchen die Orientierungsmarke des Abschlusses für die Metallarbeiter nicht erreichten.

In der Entwicklung der Gehälter im öffentlichen Dienst schlugen sich die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung nieder, sie stiegen weniger stark als im Vorjahr. Nach +2,5% im Jahr 1999 wurde für 2000 ein Steigerungsbetrag von 500 S festgelegt, was einer Anhebung der Tariflöhne um rund 1,6% entspricht. Darüber hinaus entfallen künftig bestimmte Zuschüsse für Besserverdienende. Die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle ist mit Anfang 2002 geplant. Für 2002 wurde die Erhöhung mit 0,8% angesetzt. Fällt die Inflationsrate 2002 höher aus¹²⁾, so sind Anpassungen mit 31. Dezember 2002 vorgesehen, die sich erst im Budget für das Jahr 2003 niederschlagen werden.

¹²⁾ Das WIFO prognostiziert für 2002 eine Inflationsrate von 1,3% (Marterbauer, M., „Merkliche Wachstumsabschwächung aufgrund ungünstiger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Prognose für 2001 und 2002“, in diesem Heft).

Die Zunahme der Löhne und Gehälter eines Kalenderjahres lässt sich nicht „periodenrein“ darstellen, da die Lohnrunden der einzelnen Branchen überwiegend nicht auf das Kalenderjahr abstellen. Im Folgenden wird daher sowohl die Herbstlohnrunde 1999 als auch 2000 betrachtet, um die Entwicklungen innerhalb der einzelnen Branchen aufzuzeigen.

HOHE ABSCHLÜSSE DER METALLARBEITER IN ANDEREN BRANCHEN NICHT ERREICHT

Die günstigen makroökonomischen Rahmenbedingungen wurden in der Metallbranche in den Herbstlohnrunden 1999 und vor allem 2000 für hohe Lohn- und Gehaltsabschlüsse genutzt. In der eisen- und metallherstellenden und -verarbeitenden Industrie stiegen die Kollektivvertragslöhne ab 1. November 1999 um 2,4% und die Ist-Löhne (ohne Verteilungsoption) um 1,9%. Bei Anwendung der Optionsklausel durch eine Betriebsvereinbarung war die Lohnsumme um 2,2% zu erhöhen, wobei die individuellen Ist-Lohnerhöhungen mindestens 1,7% betragen mussten. Die Mindestlöhne der Arbeiter des eisen- und metallverarbeitenden Gewerbes wurden per 1. Jänner 2000 um 2,4% und die Ist-Löhne um 1,5% angehoben. Die Herbstlohnrunde 2000 der Metallindustrie brachte eine Steigerung der Kollektivvertragslöhne um 3,7%, mindestens aber 650 S. Die Ist-Löhne stiegen ohne Verteilungsoption um 3,4%, mit der

Verteilungsoption konnte die individuelle Lohnerhöhung zwischen 3,2% und 3,7% betragen. Der Mindestlohn für vor dem 1. November 2000 eingetretene Arbeiter liegt nun bei 15.934 S. Für die rund 50.000 Angestellten im Metallgewerbe erhöhten sich aufgrund des Abschlusses vom November 2000 die Mindestlöhne per 1. Jänner 2001 um 3,7% und die Ist-Löhne um 2,7%.

Die Gehaltsrunden der rund 123.000 Industrieangestellten orientieren sich jeweils am Abschluss der Metallindustrie. Die Ist-Gehälter wurden im September 1999 in der Papierindustrie um 2,2% angehoben (mit Verteilungsoption), in der chemischen Industrie um 1,8% (November). Etwas stärker stiegen in beiden Branchen die Mindestgehälter (+2,4%). Die Herbstlohnrunde 2000 brachte für Angestellte der Papierindustrie eine Kollektivvertragserhöhung von 2,5%, während die Mindestgehälter in der chemischen Industrie im November 2000 um 3,4% angehoben wurden. Für die Ist-Gehälter der chemischen Industrie wurde die Optionsklausel verlängert. Insgesamt können über 0,5% der Gehaltssumme innerbetrieblich disponiert werden, wenn die Ist-Gehälter um zumindest 2,6% erhöht wurden; ohne Verteilungsoption wurden die Ist-Gehälter um 2,8% gesteigert.

Die Mindestgehälter der Angestellten der Glasindustrie sowie der Papierverarbeitung wurden im Herbst 1999 um jeweils 2% und im Herbst 2000 um 2,7% hinaufgesetzt. Auch die Ist-Gehälter entwickelten sich mit +2,1% (Herbstlohnrunde) in beiden Branchen parallel. Für die Kollektivgehälter in der Stein- und keramischen Industrie übertraf der Zuwachs im Jahr 2000 (+2,8%) jenen von 1999 ebenfalls um 0,6 Prozentpunkte. Gemeinsam mit den Metallarbeitern wurde der Abschluss für die Angestellten der Energiewirtschaft vereinbart. Nach einer Erhöhung um 2,3% im Herbst 1999 stiegen die Mindestgehälter im Herbst 2000 um 3,3%. Waren die Erhöhungssätze für Mindestlöhne und -gehälter im Herbst 1999 gleich hoch gewesen, so überstieg der Kollektivvertragsabschluss der Arbeiter 2000 mit 3,7% jenen der Angestellten um 0,4 Prozentpunkte.

Die Abschlüsse der Arbeiter in der chemischen Industrie werden jeweils im Mai festgelegt. Sowohl 1999 als auch 2000 wurden die Mindestlöhne der Arbeiter um 2,8% angehoben; für die Ist-Löhne wurde im Mai 2000 eine Anhebung um 2,1% vereinbart (wieder mit einer Verteilungsoption im Ausmaß von 0,5% der Lohnsumme).

Der erstmalige Zweijahresabschluss in der Bauwirtschaft legte 1999 die Steigerung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne in Stufen bis 1. Mai 2000 fest (per 1. Mai 1999 +2,1%, per 1. Jänner 2000 +0,5%, per 1. Mai 2000 +2%).

Die Mindestlöhne für die etwa 100.000 Arbeiter im Einzel- und Großhandel wurden im Jänner 2000 um 1,75% erhöht. Der Kollektivvertrag folgte damit dem Abschluss der rund 350.000 Handelsangestellten, der ebenfalls eine Anhebung um 1,75% vorsah.

Lohnrunde 2000

	Zeitpunkt	Kollektivvertragsabschluss	
		Mindestlöhne ¹⁾ Erhöhung in %	Ist-Löhne
<i>Bedienstete</i>			
Öffentlicher Dienst	Jänner	+1,6	
<i>Arbeiter</i>			
Metallgewerbe	Jänner	+2,4	+1,5
Erdölverarbeitung	Februar	+2,2	+1,9
Druck und Grafik	April	+2,1	²⁾
Textilindustrie	April	+1,9	+1,6
Stein- und keramische Industrie	Mai	+2,2	
Bauwirtschaft	Mai	+2,5 ³⁾	
Bauneben- und Bauhilfsgewerbe	Mai	+1,9	
Holzverarbeitung	Mai	+2,0	
Chemische Industrie	Mai	+2,8	+2,1 ⁴⁾
Hotel- und Gastgewerbe	Mai	+2,1	
Glasindustrie	Juni	+1,8 ⁵⁾	
Metallindustrie	November	+3,7	+3,4 ⁴⁾
Energiewirtschaft	November	+3,7	
<i>Angestellte</i>			
Handel	Jänner	+1,8	
Banken	Februar	+1,2	
Holzverarbeitung	April	+2,0	+1,8
Versicherungen	April	+1,9	
Textilindustrie	April	+1,9	+1,6
Papierindustrie	November	+2,5	
Glasindustrie	November	+2,7	+2,1 ⁴⁾
Chemische Industrie	November	+3,4	+2,6 ⁴⁾
Metallindustrie	November	+3,7	+3,2 ⁴⁾
Stein- und keramische Industrie	November	+2,8	+2,2
Papierverarbeitung	November	+2,7	+2,1
Energiewirtschaft	November	+3,3	

¹⁾ Laut Tariflohnindex. – ²⁾ Ist-Löhne werden um denselben Schillingbetrag wie Kollektivvertragslöhne erhöht. – ³⁾ In 2 Etappen: Jänner +0,5%, Mai +2,0%. – ⁴⁾ Verteilungsoption von 0,5% der Lohn- und Gehaltssumme. – ⁵⁾ Jänner +0,2%. – ⁶⁾ Verteilungsoption mit einer Bandbreite der Erhöhung von 3,2% bis 3,7%.

Die Abschlüsse für das Hotel- und Gastgewerbe – hier sind rund 127.000 Arbeiter und knapp 20.000 Angestellte beschäftigt – brachte eine Erhöhung der Mindestlöhne und -gehälter um 2,1%. Der Mindestlohn beträgt derzeit 12.350 S; die Verhandlungen zu seiner Anhebung auf 1.000 € (13.760 S) mit der Einführung des Euro werden im Mai 2001 stattfinden. Unterdurchschnittliche Mindestlohnsteigerungen verzeichneten im vergangenen Jahr die Bankangestellten mit +1,2% sowie die Arbeiter und Angestellten in der Textilindustrie mit +1,9%.

HERBSTLOHNRUNDE 2000 VON INFLATIONS-BESCHLEUNIGUNG GEPRÄGT

Die im September 2000 beginnende Herbstlohnrunde stand trotz der ausgezeichneten Konjunktur im Zeichen der steigenden Inflationsrate. Die Arbeitgeber argumentierten für eine Bereinigung der Inflationsrate um den Energiepreisanstieg („Kerninflation“), während sich die Arbeitnehmerseite für hohe, die Kaufkraft und damit die Konjunktur stützende Lohn- und Gehaltsabschlüsse aussprach. Neben den Kollektivvertrags- und Ist-Lohnverhandlungen standen auch Arbeitszeitregelungen zur Diskussion: Der Handel strebte eine Ausweitung der Öffnungszeiten ohne Gehaltszuschläge an, eine Saisonverlängerung im Tourismus von durchschnittlich sieben auf acht Monate wurde beschlossen. Fester Bestandteil der Verhandlungen waren wieder Verteilungsoptionen – die Arbeitgeber strebten in der Metallbranche eine Ausweitung der innerbetrieblich disponiblen Lohnsumme (derzeit 0,5% der Lohn- und Gehaltssumme) an, dies wurde aber nicht verwirklicht. Generell wird die Verteilungsoption nur von einer kleinen Zahl von Unternehmen angewandt, in der Metallbranche 1999 etwa von nur knapp 8% der Betriebe.

WEITERHIN RASCH STEIGENDE MINDEST-LÖHNE

Wie schon 1999 erhöhten sich die Tariflöhne 2000 im privaten und im öffentlichen Sektor beinahe im Gleichklang: Im Jahresdurchschnitt 2000 stieg der Tariflohn in der Gesamtwirtschaft um 2,5%, im öffentlichen Dienst um 2,6%. Das Tariflohnwachstum verstärkte sich damit gegenüber 1999 um 0,3 Prozentpunkte.

Die vertraglichen Mindestlöhne und -gehälter wurden in der Industrie am stärksten angehoben (+3%). Ebenfalls überdurchschnittlich war die Zunahme im öffentlichen Dienst (2,6%). Schwächer als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt stiegen die Tariflöhne im Gewerbe (+2,2%), im Handel und Tourismus (jeweils +2,1%), in den freien Berufen und in der Landwirtschaft (jeweils +2,0%). Die geringste Tariflohnenerhöhung verzeichnete mit +1,9% das Geld-, Kredit- und Versicherungswesen.

Tariflohnindex 86

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	1999	2000	1999	2000	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tariflohnindex insgesamt	+2,3	+2,5	+2,2 ¹⁾	+2,5 ¹⁾	+2,2	+2,5
Ohne öffentlichen Dienst	+2,3	+2,5	+2,2 ¹⁾	+2,4 ¹⁾	+2,2	+2,5
Gewerbe	+2,2	+2,3	+2,0	+2,1	+2,1	+2,2
Baugewerbe	+2,3	+2,1	+2,0	+2,8	+2,2	+2,3
Industrie	+2,6	+2,9	+3,1	+3,2	+2,8	+3,0
Handel	+1,7	+2,2	+1,7	+2,1	+1,7	+2,1
Verkehr	+1,5	+1,6	+2,3 ¹⁾	+2,6 ¹⁾	+2,1	+2,4
Fremdenverkehr	+2,5	+2,3	+1,7	+1,5	+2,3	+2,1
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen	.	.	+1,7	+1,9	+1,7	+1,9
Freie Berufe	.	.	+1,9	+2,0	+1,9	+2,0
Land- und Forstwirtschaft	+1,8	+2,0	+1,7	+2,1	+1,8	+2,0
Öffentlicher Dienst	.	.	+2,2 ²⁾	+2,6 ²⁾	+2,2	+2,6

¹⁾ Angestellte und Bedienstete. – ²⁾ Bedienstete.

Während sich die Tariflöhne der Arbeiter und Angestellten auf gesamtwirtschaftlicher Ebene mit +2,5% gleichmäßig entwickelten, blieben die Abschlüsse für die Arbeiter im Verkehr um 1 Prozentpunkt, im Baugewerbe um 0,7 Prozentpunkte und in der Industrie um 0,3 Prozentpunkte hinter jenen für die Angestellten zurück. Einzig im Tourismus stiegen die Tarifgehälter der Angestellten (+1,5%) schwächer als die Tariflöhne der Arbeiter (+2,3%).

Die Effektivverdienste erhöhten sich auch 2000 langsamer als die Mindestlöhne. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten wird auf Basis eines Ist-Lohns bzw. -gehalts entlohnt.

Insgesamt erhöhten sich im Jahr 2000 die gesamtwirtschaftlichen Effektivverdienste einerseits schwächer als 1999 und andererseits schwächer als die Mindestlöhne des Jahres 2000. Die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltssumme stieg gegenüber 1999 nur mehr mit 3,5%. Die Lohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer war um 2,2% höher als im Vorjahr. Bei einer gesamtwirtschaftlichen Tariflohnsteigerung von 2,5% ergibt sich damit für 2000 eine negative Lohndrift von 0,3%.

Effektivverdienste

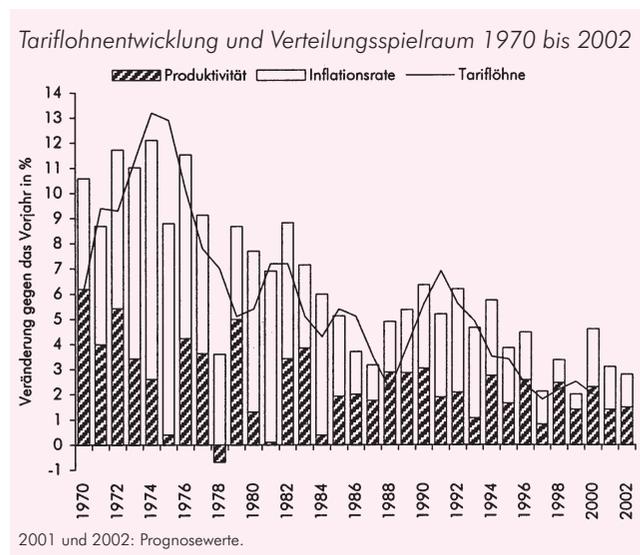
	1998	1999	2000
	In S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
ÖNACE			
Produzierender Bereich			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	32.525	+2,7	+2,2
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	194	+3,0	+2,3
Sachgüterproduktion			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	32.731	+2,7	+2,3
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	195	+3,1	+2,4
Bauwesen			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	29.346	+2,7	+2,1
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	176	+2,7	+2,1
Fachverbandsgliederung			
Industrie			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	35.057	+2,6	+2,4
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	207	+3,2	+2,5

Q: Statistik Austria, Konjunkturstatistik.

Die ÖNACE-Gliederung zeigt für 2000 geringere Steigerungsraten der Effektivverdienste als im Vorjahr: Im produzierenden Bereich erhöhte sich der Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten um nur 2,2%, in der Sachgüterproduktion errechnet sich eine Rate von +2,3% und im Bauwesen von +2,1%. Die Monatsverdienste der Industrie laut Fachverbandsgliederung entwickelten sich mit +2,4% ein wenig dynamischer als im produzierenden Bereich. Der Tariflohnanstieg der Industrie bewirkte 2000 – wie auch in den Jahren zuvor – eine negative Lohndrift von 0,6%. Da sich auch die Bruttostundenverdienste je Beschäftigten dynamisch entwickelten, war die Lohndrift der Industrie im Jahr 2000 hier ebenfalls negativ.

Die Steigerung der Tariflöhne berücksichtigt bis zu einem bestimmten Ausmaß die strukturelle und konjunkturelle Arbeitsmarktsituation in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. So umfassten die Tariflohnsteigerungen 2000 eine sehr große Bandbreite von +1,5% für die Arbeiter in der Landwirtschaft bis +3,7% für die Beschäftigten der Metallindustrie und Energiewirtschaft. In einer stabilitätsorientierten Lohnpolitik nehmen die Kollektivverträge eine wichtige ordnungspolitische Funktion wahr, da sie innerhalb einer Branche gleiche Wettbewerbsbedingungen herstellen.

In der Vergangenheit galten die gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung und die Abgeltung der Preissteigerungen der österreichischen Lohnpolitik nur als ungefähre Richtschnur für das Lohnwachstum, sie berücksichtigte daneben auch die Beschäftigungsentwicklung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Daher wurde in den letzten 30 Jahren der Verteilungsspielraum, definiert als Spanne zwischen Inflationsrate und Produktivitätsanstieg, kaum ausgeschöpft. Insbesondere in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre stiegen die Tariflöhne markant schwächer als die gesamtwirtschaftliche Produktivität.



Löhne und Einkommen

	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer			
Brutto nominell	+3,0	+2,0	+2,2
Brutto real ¹⁾	+2,5	+1,2	+0,4
Löhne und Gehälter insgesamt, brutto	+4,1	+3,7	+3,5
Masseneinkommen, netto ²⁾			
Nominell	+3,3	+3,7	+4,1
Real ¹⁾	+2,7	+2,9	+2,3

¹⁾ Deflationiert mit dem Deflator der Konsumausgaben der privaten Haushalte. – ²⁾ Vorläufige Berechnung.

ERSTE ABSCHLÜSSE FÜR 2001 ZEIGEN AUFWÄRTSTREND

Bei einer deutlich höheren Inflationsrate fiel die Herbstlohnrunde 2000 nominell höher aus als jene von 1999. Auch die bereits 2000 wirksamen Abschlüsse entsprachen diesem Trend. So wurden die Kollektivvertragsgehälter der rund 75.000 Bankangestellten im Februar 2001 um 4,6%, jene der Handelsangestellten um 3,0% erhöht.

Für die etwa 20.000 Angestellten der Informations- und Telekommunikationswirtschaft trat am 1. Jänner 2001 ein neuer Kollektivvertrag in Kraft. Die Normalarbeitszeit wurde von 40 auf 38,5 Stunden verringert. Weitere Arbeitszeitregelungen ermöglichen eine 4-Tage-Arbeitswoche mit täglich 10 Arbeitsstunden. Vorgesehen ist ein neues Entlohnungsschema, das höhere Einstiegsgehälter für jüngere Angestellte bringt und in größerem Ausmaß Erfahrungszuwachs berücksichtigt.

REALE MASSENEINKOMMEN WENIG DYNAMISCH

Die Beschäftigung wuchs 2000 mit +1% nicht mehr so kräftig wie 1999 (+1,8%). Zugleich fiel der Anstieg der realen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer mit +0,4% geringer aus als 1999 (+1,2%). Das Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme verminderte sich daher von 3,7% (1999) auf 3,5%.

Die realen Nettomasseneinkommen, wie sie sich aus den Aktivbezügen der unselbständig Beschäftigten nach Abgaben und den Transferleistungen ergeben, erhöhten sich 2000 um 2,3% und damit deutlich schwächer als in den zwei Jahren zuvor. Die zweite Etappe der Steuerreform bedeutete im Jahr 2000 – neben den etwas höheren Lohnabschlüssen im Herbst 2000 – kräftige Impulse für das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Auf der anderen Seite dämpfte die Anhebung von direkten und indirekten Steuern im Rahmen der Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung die verfügbaren Einkommen. Auch im Jänner 2001 trat ein umfangreiches Paket an Erhöhungen im Bereich der Lohn- und Unternehmenssteuern in Kraft. Der Anstieg der Nettomasseneinkommen wird deshalb auch 2001 gebremst.

Christine Mayrhuber, Wolfgang Pollan
Statistik: Eva Latschka, Annamaria Rammel

UNGEBROCHENER RÜCKGANG DER ARBEITSLOSIGKEIT TROTZ VERLANGSAMUNG DER BESCHÄFTIGUNGS-AUSWEITUNG

Der Boom im Export und eine dynamische Inlandsnachfrage erlaubten im Jahr 2000 eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Dennoch verlangsamte sich die Beschäftigungsexpansion im Jahr 2000. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten erhöhte sich um 28.900 (+1%, ohne Karenzgeldbezieher und Präsenzdiener), nach +37.200 (+1,2%) im Vorjahr. Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich jedoch stärker als im Vorjahr, zum Teil als Folge verstärkter Früh-pensionierungen. Das Arbeitskräfteangebot an Unselbständigen war demzufolge um 1.600 geringer als im Jahr 1999. Die Arbeitslosenquote der Unselbständigen schrumpfte auf 5,8%, nach 6,7% 1999.

Im Jahr 2000 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 27.700 oder 0,8% auf 3,506.500. Dabei stieg besonders die Zahl der unselbständig Beschäftigten (+25.800, +0,8% gegenüber dem Vorjahr, einschließlich Bezieher von Karenzgeld und Präsenzdiener), die der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen wuchs nur geringfügig (+1.900, +0,5%). Dies ist

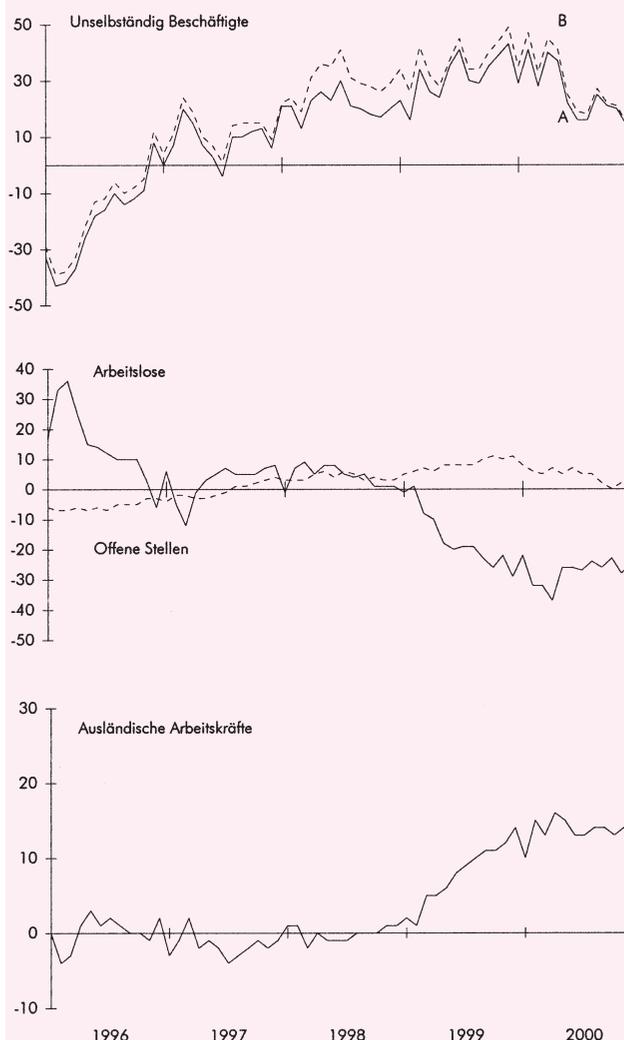
Der Arbeitsmarkt im Überblick

	1996	1997	1998	1999	2000
Erwerbstätige	3,415.700	3,424.500	3,446.600	3,478.800	3,506.500
Frauen	1,445.300	1,454.200	1,472.600	1,493.600	1,518.400
Unselbständig Beschäftigte ¹⁾	3,047.300	3,055.600	3,076.700	3,107.900	3,133.700
Frauen	1,308.500	1,316.000	1,332.300	1,353.100	1,376.700
Selbständige und Mithelfende ²⁾	368.400	368.900	369.900	370.900	372.800
Frauen	136.800	138.200	140.300	140.500	141.700
Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾	230.500	233.300	237.800	221.700	194.300
Frauen	102.500	104.800	108.400	100.200	86.800
Erwerbspersonen	3,646.200	3,657.800	3,684.400	3,700.500	3,700.900
Frauen	1,547.800	1,559.000	1,580.900	1,593.800	1,605.200
In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre)					
Erwerbsquote ⁴⁾	67,2	67,2	67,6	67,6	67,4
Männer	76,6	76,5	76,6	76,5	75,8
Frauen	57,6	57,8	58,5	58,7	58,8
Beschäftigungsquote ⁵⁾	62,9	62,9	63,2	63,6	63,8
Männer	71,9	71,8	71,9	72,0	71,9
Frauen	53,8	54,0	54,5	55,0	55,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen					
Arbeitslosenquote ³⁾	7,0	7,1	7,2	6,7	5,8
Männer	6,9	6,9	6,9	6,5	5,8
Frauen	7,3	7,4	7,5	6,9	5,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁴⁾ Erwerbspersonen. – ⁵⁾ Erwerbstätige.

Der Arbeitsmarkt seit 1996

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



A . . . offizielle Daten (einschließlich Karenzgeldbezieher), B . . . ohne Karenzgeldbezieher. – Die Entwicklung der Zahl der unselbständig Beschäftigten wurde durch die Neuregelung der Bezugsdauer von Karenzgeld stark beeinflusst; die tatsächliche Beschäftigungsentwicklung ist nur aus B ersichtlich.

auf die Abnahme der Zahl der Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft zurückzuführen, die von der Expansion der Selbständigenzahl im gewerblichen Bereich allerdings mehr als ausgeglichen wird.

Die Belegung der Nachfrage nach Arbeitskräften schlug sich vor allem in der Frauenbeschäftigung nieder: Rund 90% des Anstiegs der Erwerbstätigkeit betraf Frauen (+24.900, großteils unselbständig Beschäftigte: +23.700).

Dank der günstigen Konjunktur wurde nun schon das zweite Jahr in Folge die Ausländerbeschäftigung markant ausgeweitet. Die Zahl der unselbständig beschäftigten Ausländer erhöhte sich um 13.400 oder 4,4% auf 319.900. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbeschäftigung stieg von 9,9% im Jahre 1999 auf 10,2% im Jahr 2000. Mehr als die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungssteigerung entfiel demnach auf ausländische Arbeitskräfte. Eine Verringerung der regis-

Die Arbeitslosigkeit in der administrativen Statistik und laut Mikrozensus

Jahresdurchschnitt

	1996	1996	1997	1997	1998	1998	1999	1999	2000	2000
	Administrative Statistik	Mikrozensus								
Bestände										
Arbeitslose										
Lebensunterhaltskonzept	230.500	192.800	233.300	195.200	237.800	201.000	221.700	184.600	194.300	.
– Geringfügig Beschäftigte	– 16.000	– 32.400	– 19.900	– 30.500	– 18.100	– 36.000	– 11.700	– 37.900	– 18.100	.
– Mit Einstellungszusage	– 51.300	–	– 51.100	–	– 52.500	–	– 51.800	–	– 49.000	.
= Labour-Force-Konzept	163.200	160.400	162.300	164.700	167.200	165.000	158.200	146.700	127.200	.
Unselbständig Beschäftigte										
Lebensunterhaltskonzept	3,047.300	3,143.700	3,055.600	3,155.500	3,076.700	3,147.500	3,107.900	3,181.600	3,133.700	.
+ Geringfügig Beschäftigte	+101.100	+ 51.800	+111.700	+ 61.700	+117.500	+ 71.200	+129.900	+ 81.600	+136.600	.
= Labour-Force-Konzept	3,148.400	3,195.500	3,167.300	3,217.200	3,194.200	3,218.700	3,237.800	3,263.200	3,270.300	.
Selbständig Beschäftigte										
Lebensunterhaltskonzept	368.400	479.600	368.900	472.200	369.900	475.700	370.900	471.400	372.800	.
+ Geringfügig Beschäftigte ¹⁾	+ 34.600	+ 34.600	+ 30.000	+ 30.000	+ 28.900	+ 28.900	+ 27.700	+ 27.700	+ 27.000	.
= Labour-Force-Konzept	403.000	514.200	398.900	502.200	398.800	504.600	398.600	499.100	399.800	.
Arbeitslosenquote (in % der Erwerbspersonen)										
Lebensunterhaltskonzept	6,3	5,1	6,4	5,1	6,5	5,3	6,0	4,8	5,3	.
Labour-Force-Konzept	4,4	4,1	4,4	4,2	4,4	4,2	4,2	3,8	3,3	.
Eurostat ²⁾		4,3		4,4		4,5		4,0		3,7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung für das Jahr 2000. – ²⁾ Basiert auf der Mikrozensus-Sondererhebung im Frühjahr (Arbeitskräfteerhebung) für die EU.

trierten Arbeitslosigkeit der Ausländer war die Folge (–1.500, –5,3% gegenüber dem Vorjahr). Der Beschäftigungsanstieg betrifft EU-Staatsbürger ebenso wie Drittstaatsangehörige.

Da das Arbeitskräfteangebot im Jahr 2000 zum Teil aus demographischen Gründen nicht mehr wuchs, war ein markanter Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit zu verzeichnen (–27.400, –12,4%). In Absolutzahlen profitierten Männer und Frauen gleichermaßen vom Rückgang.

Die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 5,8% der Unselbständigen (nach 6,7% 1999) und 5,3% des gesamten Arbeitskräfteangebotes (nach 6% 1999). Damit wurde die Quote des Jahres 1991 wieder erreicht. Die Berechnung gemäß EU-Standards, die einen internationalen Vergleich zulässt¹³⁾, ergibt einen etwas schwächeren Rückgang gegenüber dem Vorjahr, nämlich von 4% 1999 auf 3,7% 2000.

Der Unterschied zwischen der in Österreich üblichen Berechnung der Arbeitslosenquote und der Eurostat-Quote beruht auf einer Kombination von Faktoren:

- Die Statistik der registrierten Arbeitslosen zählt abweichend von der internationalen Abmachung geringfügig beschäftigte Arbeitslose (2000 18.100) und Arbeitslose, die eine Einstellungszusage haben (2000 49.000, im Wesentlichen Saisonarbeitslose), nicht zur Arbeitslosigkeit. Im Vorjahresvergleich stieg die Zahl der geringfügig beschäftigten registrierten Arbeitslosen um 6.400, die der Arbeitslosen mit Einstellungszusage schrumpfte um 2.800.

¹³⁾ Zur Berechnung der international vergleichbaren EU-Arbeitslosenquote siehe Biffel, G., „Erfassung der ‘wahren’ Arbeitslosigkeit in Österreich“, WIFO-Monatsberichte, 1997, 70(1).

- Die Eurostat-Quote zählt geringfügig Beschäftigte zu den Erwerbstätigen. Die Zahl der Erwerbstätigen wäre nach dieser Methode im Jahr 2000 auf 3,670.100 gestiegen (+33.700, +0,9% gegenüber dem Vorjahr).
- Das Arbeitskräfteangebot einschließlich der geringfügig Beschäftigten (Labour-Force-Konzept) lag den administrativen Daten zufolge im Jahr 2000 bei etwa 3,797.300, d. h. um 96.500 über der Zahl der Erwerbspersonen nach dem Lebensunterhaltskonzept, der traditionellen österreichischen Bezugsgröße.

Die Erwerbsquote der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) verringerte sich im Jahr 2000 geringfügig gegenüber dem Vorjahr – eine Folge des Rückgangs der Erwerbsbeteiligung der Männer, während die Erwerbsbeteiligung der Frauen weitgehend stagnierte. Die Erwerbsquote der Männer erreichte im Jahr 2000 ihren bisher niedrigsten Wert. Dies und die verringerte Dynamik der Erwerbsbeteiligung der Frauen können relativ rasch Arbeitskräfteknappheit in bestimmten Qualifikationen auslösen.

DIENSTLEISTUNGSSEKTOR ALS BESCHÄFTIGUNGSMOTOR

Die Verlangsamung der Beschäftigungssteigerung im Jahr 2000 trotz Beschleunigung des Wirtschaftswachstums impliziert eine Steigerung der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen um 2½% (nach knapp +2% 1999). Die überdurchschnittliche Beschäftigungsausweitung des Jahres 1999, in hohem Maße Teilzeitbeschäftigung, eröffnete Auslastungsreserven, die im Jahre 2000 genutzt wurden. Einerseits dürfte ein gewisses Ausmaß an Teilzeitbeschäftigung in Vollzeitbeschäftigung umgewandelt

Der Arbeitsmarkt der Unselbständigen 2000

	Unselbständig Beschäftigte			Arbeitslose		Offene Stellen	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Karenzgeldbezieher	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1996	3,047.300	-20.900	78.800	230.500	+14.800	19.400	-5.600
Ø 1997	3,055.600	+ 8.300	75.000	233.300	+ 2.800	19.000	- 400
Ø 1998	3,076.700	+21.100	66.800	237.800	+ 4.400	23.100	+4.100
Ø 1999	3,107.900	+31.200	61.000	221.700	-16.100	31.200	+8.100
Ø 2000	3,133.700	+25.800	58.000	194.300	-27.400	35.500	+4.300
2000, Ø I. Quartal	3,068.500	+32.700	58.000	254.800	-28.700	32.600	+6.700
Ø II. Quartal	3,135.400	+33.100	57.600	174.800	-29.800	38.600	+6.100
Ø III. Quartal	3,202.000	+19.300	57.900	153.800	-25.900	37.900	+3.900
Ø IV. Quartal	3,129.000	+18.200	58.600	193.800	-25.300	32.900	+ 500

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. Unselbständig Beschäftigte einschließlich Karenzgeldbezieher.

worden sein, andererseits zeigte sich vereinzelt Arbeitskräfteknappheit, die einen Anreiz zur Umstellung der Produktionstechnologie lieferte und damit die Arbeitsproduktivität anhub. Gegen Jahresmitte setzte im Gefolge der Konjunkturverlangsamung eine merkliche Abschwächung der Beschäftigungsexpansion ein.

Der Zuwachs der unselbständigen Beschäftigung konzentrierte sich im Jahr 2000 auf – insbesondere unternehmensbezogene – Dienstleistungen: Die Zahl der aktiven unselbständig Beschäftigten erhöhte sich in diesem Sektor mit +28.900 oder +1% im Ausmaß des gesamten Anstiegs nach Wirtschaftsklassen. Auch der Handel einschließlich Reparaturwesen wies eine merkliche Expansion auf. Im öffentlichen Bereich i. w. S. war die Arbeitskräftenachfrage zurückhaltend, die öffentliche Verwaltung baute sogar Arbeitskräfte ab (-2.500, -0,5%), insbesondere über verstärkte Pensionierung. Nur der Gesundheits- und Sozialbereich sowie sonstige öffentliche und private Dienste benötigten weiterhin zusätzliche Arbeitskräfte – letztere im Wesentlichen im Gefolge der Auslagerung bestimmter Tätigkeiten vom öffentlichen Sektor in die Privatwirtschaft. Im Tourismus, im Verkehrs- und Nachrichtenwesen sowie dem Kredit- und Versicherungswesen entwickelte sich die Beschäftigung mäßig.

Die unselbständige Beschäftigung stagnierte in der Land- und Forstwirtschaft 2000 (-200, -0,8%) und schrumpfte in der Sachgütererzeugung (-6.200, -0,7%) sowie der Bauwirtschaft merklich (-5.200, -2,0%). Die institutionellen Reformen in der Energie- und Wasserversorgung lösten in dieser Branche erhebliche Arbeitsplatzverluste aus (-1.000, -3,4%).

Innerhalb der Sachgüterproduktion brach die Beschäftigung in der Produktion traditioneller Konsumgüter und der Grundstoffindustrie ein. Maschinenbau, Gerätebau und Fahrzeugzulieferung stellten zusätzliche Arbeitskräfte ein. Im (qualifikationsintensiven) Technologiesektor expandierte die Beschäftigung; diese Entwicklung geht in ihrer Bedeutung weit über den unmittelbaren Beschäftigungseffekt in der Sachgüterproduktion hinaus, weil jeder Arbeitsplatz in diesem Bereich weitere Arbeitsplätze unter Dienstleistern generiert. Der positive Impuls spiegelt sich vor allem in der Entwicklung der unternehmensorientierten Dienste.

Ein Teil der Beschäftigungsexpansion dieser Branche betrifft den Arbeitskräfteverleih. Seit der Ausgliederung des AMS aus der Hoheitsverwaltung im Jahre 1994 werden zunehmend Verleihfirmen etabliert. Laufende Daten über die Entwicklung dieses Sektors stehen nur für den privatwirtschaftlichen Bereich zur Verfügung, nicht jedoch für den gemeinnützigen Sektor. Die Zahl der privaten Arbeitskräfteverleiher hat sich seit 1989, dem Jahr der Genehmigung des Arbeitskräfteverleihs, von 367 auf 999 im Jahre 2000 erhöht; die Zahl der Betriebe, die Arbeitskräfte über Verleiher beschäftigen, stieg von rund 2.300 auf etwa 9.700. Die Zahl der bei Verleihfirmen Angestellten nahm von etwa 7.900 im Jahre 1989 bis 2000 auf 30.100 zu; ihr Anteil an allen unselbständig Beschäftigten vergrößerte sich demzufolge von 0,3% im Juli 1989 auf etwa 0,9% im Juli 2000.

Seit Beginn arbeiten insbesondere Männer als Leihbeschäftigte (2000 84,5%). Vor allem für ältere Arbeitskräfte dürfte dies ein Weg aus der Arbeitslosigkeit zurück in die Beschäftigung sein. Der Arbeitskräfteverleih konzentriert sich auf den industriell-gewerblichen Bereich (83%), wird aber in der Statistik des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger dem Dienstleistungssektor zugezählt; daraus resultiert eine gewisse Verzerrung der Dynamik der Beschäftigung nach Branchen in der amtlichen Statistik.

Die Zahl der geringfügig Beschäftigten erreichte im Jahr 2000 mit 181.500 den bisher höchsten Wert. Das kann als Indiz für die Zunahme auch anderer unkonventioneller Beschäftigungsverhältnisse gesehen werden. Die Zahl jener geringfügig Beschäftigten, die über kein zusätzliches Sozialversicherungsverhältnis verfügen, war 1999 deutlich gestiegen und verharrte 2000 auf diesem hohen Niveau: Sie lag zum Stichtag 1. Juli 2000 bei 92.100 und war damit um 16.100 (+21%) höher als zwei Jahre zuvor. Auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten mit sozialversicherungsrechtlicher Absicherung expandierte leicht (+2.900, +3,4%). Der Großteil von ihnen geht einer pensionsversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit nach (43.300 oder 48%). Ihre Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verringert. Im Gegensatz dazu stieg die Zahl der Arbeitslosen, die mangels eines traditionellen Arbeitsplatzes einer gering-

Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen

	1999		2000	
	Stand	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	In %
	Absolut	Absolut	Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	25.832	25.629	- 203	-0,8
Bergbau, Industrie und Gewerbe	919.263	913.077	- 6.186	-0,7
Bergbau, Steine und Erden	13.922	13.738	- 184	-1,3
Nahrung, Getränke, Tabak	76.398	75.457	- 941	-1,2
Textilien, Bekleidung, Leder	42.049	39.725	- 2.324	-5,5
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	82.271	81.372	- 899	-1,1
Chemie, Recycling	59.217	59.909	+ 692	+1,2
Stein- und Glaswaren	29.553	29.638	+ 85	+0,3
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	277.624	282.006	+ 4.382	+1,6
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportwaren, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	45.026	44.216	- 810	-1,8
Energie- und Wasserversorgung	30.466	29.440	- 1.026	-3,4
Bauwesen	262.737	257.576	- 5.161	-2,0
Dienstleistungen	2,090.442	2,125.756	+35.314	+1,7
Handel, Reparatur	485.730	492.184	+ 6.454	+1,3
Gaststättenwesen	147.458	148.949	+ 1.491	+1,0
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	227.693	228.841	+ 1.148	+0,5
Kredit- und Versicherungswesen	109.670	110.194	+ 524	+0,5
Unternehmensnahe Dienstleistungen	232.812	250.974	+18.162	+7,8
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	478.520	476.044	- 2.476	-0,5
Unterrichtswesen	122.464	124.334	+ 1.870	+1,5
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	143.131	147.949	+ 4.818	+3,4
Sonstige öffentliche und private Dienste, extraterritoriale Organisationen	138.710	142.283	+ 3.573	+2,6
Private Haushalte	4.254	4.004	- 250	-5,9
Präsenzdiener	11.387	11.272	- 115	-1,0
Bezieher von Karenzgeld	60.976	58.008	- 2.968	-4,9
Insgesamt	3,107.898	3,133.738	+25.840	+0,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

fügigen Beschäftigung nachgehen, im Vorjahresvergleich. Sie stellen mit 18.100 rund 20% aller sozialversicherungsrechtlich abgesicherten geringfügig Beschäftigten. 26.400 geringfügig Beschäftigte bezogen gleichzeitig eine Eigenpension, um 3.100 oder 13% mehr als vor 2 Jahren (30% aller sozialversicherungsrechtlich abgesicherten geringfügig Beschäftigten).

Etwa 72% der geringfügig Beschäftigten sind Frauen; dieser Anteil ist längerfristig weitgehend stabil. Geringfügig Beschäftigte sind in fast allen Branchen tätig. Deutliche Schwerpunkte sind der Handel, die unternehmensorientierten Dienstleistungen und der Tourismussektor. Auch der öffentliche Sektor bietet geringfügige

Geringfügig Beschäftigte

Stichtag: 1. Juli

	1998	1999	2000	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Insgesamt	162.452	176.373	181.487	+ 2,7	+ 8,6	+ 2,9
Nur geringfügig beschäftigt	76.056	93.383	92.142	+10,8	+22,8	- 1,3
Eine geringfügige Beschäftigung	72.375	89.053	88.056	+11,0	+23,0	- 1,1
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	3.681	4.330	4.086	+ 6,2	+17,6	- 5,6
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	86.396	82.990	89.345	- 3,4	- 3,9	+ 7,7
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	43.732	45.041	43.300	- 3,4	+ 3,0	- 3,9
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	18.140	11.683	18.104	- 8,7	-35,6	+55,0
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	642	850	900	+17,4	+32,4	+ 5,9
Eigenpension	23.306	24.851	26.362	+ 0,7	+ 6,6	+ 6,1
Mehrere Versicherungsverhältnisse	576	565	679	- 5,9	- 1,9	+20,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Beschäftigung an, vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich sowie der Hoheitsverwaltung.

AUSLÄNDER PROFITIEREN VON DER BESCHÄFTIGUNGSDYNAMIK

Die leicht rückläufige Entwicklung des Angebotes an inländischen Arbeitskräften – eine Folge des Abgangs geburtenstarker Jahrgänge in die Pension und der Abwanderung von gut qualifizierten Männern zwischen 25 und 40 Jahren ins Ausland – und die Dynamik der Nachfrage nach Arbeitskräften ließen 2000 einen merklichen Anstieg der Ausländerbeschäftigung zu. Die im Regierungsübereinkommen vorgesehene Erleichterung des Eintritts in den Arbeitsmarkt für in Österreich ansässige Ausländer beseitigte auch Hindernisse für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte aus Drittstaaten. Den Daten des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger zufolge stieg die Ausländerbeschäftigung um 13.400 auf 319.900. Rund 32.000 oder 10% der ausländischen unselbständig Beschäftigten sind Bürger des EWR, die nicht der Aufenthaltsquote bzw. der Quotenregelung der Ausländerbeschäftigung unterliegen. Ihre Zahl hat sich seit Einführung der Freizügigkeit im Jahre 1994 (EWR-Abkommen) von ursprünglich 19.100 auf 32.500 (+13.400 oder 70%), d. h. um jährlich etwas mehr als 2.200 erhöht. Der Anteil der Ausländer an der unselbständigen Beschäftigung stieg im Jahr 2000 auf 10,2% (1999 9,9%), der EWR-Bürger auf 1%.

Die Steigerung der Beschäftigung von Ausländern war mit einer merklichen Senkung der registrierten Arbeitslosigkeit der Ausländer verbunden. Die Arbeitslosenquote der Ausländer verringerte sich um 0,7 Prozentpunkte (von 8,2% auf 7,5%) und damit beinahe im selben Ausmaß wie jene der Inländer (-0,8 Prozentpunkte von 6,5% auf 5,7%).

ARBEITSLOSIGKEIT SINKT DANK AKTIVER ARBEITSMARKTPOLITIK UND RÜCKGANG DES ARBEITSKRÄFTEANGEBOTES

Die Arbeitslosigkeit verringerte sich für Frauen und Männer etwa gleichmäßig um rund 14.000. Zugleich stieg

Ausländische Arbeitskräfte

	Stand	Insgesamt		Anteile an der Gesamtbeschäftigung in %	Vorgemerkte arbeitslose Ausländer		
		Veränderung gegen das Vorjahr			Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	
		Absolut	In %			Absolut	In %
Ø 1996	300.400	+ 100	+0,0	9,9	27.600	+2.700	+10,9
Ø 1997	298.800	- 1.600	-0,5	9,8	27.500	- 100	- 0,3
Ø 1998	298.600	- 200	-0,1	9,7	28.500	+ 900	+ 3,4
Ø 1999	306.400	+ 7.800	+2,6	9,9	27.200	-1.300	- 4,4
Ø 2000	319.900	+13.400	+4,4	10,2	25.800	-1.500	- 5,3
2000, Ø I. Quartal	303.500	+12.700	+4,4	9,9	36.800	-2.000	- 5,0
Ø II. Quartal	321.800	+14.600	+4,8	10,3	21.500	-2.600	-10,8
Ø III. Quartal	333.100	+13.600	+4,3	10,4	16.400	- 900	- 5,2
Ø IV. Quartal	321.000	+12.800	+4,2	10,3	28.300	- 400	- 1,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.

die Beschäftigung der Männer um nur 2.200, die der Frauen hingegen um 23.700. Damit verringerte sich das Arbeitskräfteangebot der Männer im Hochkonjunkturjahr 2000 um 11.100. Dieser Rückgang entsprach etwa dem Anstieg des Angebotes an Frauen. Die Arbeitslosenquote der Frauen (in Prozent des Angebotes an Unselbständigen) verringerte sich somit stärker als die der Männer (-1 Prozentpunkt gegenüber -0,7 Prozentpunkte) und war mit 5,9% nur noch geringfügig höher als die der Männer (5,8%).

Die vorgemerkte Arbeitslosigkeit sank sowohl unter Inländern als auch unter Ausländern in allen Altersgruppen unter 60 Jahren und in allen Ausbildungsstufen. Den größten Beitrag zur Reduktion der Arbeitslosigkeit lieferte der markante Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit.

Wesentliche Faktoren für die Senkung der Arbeitslosenzahlen waren, abgesehen von der günstigen Konjunkturlage, die anhaltend hohe Arbeitsmarktförderung (Schulungen und Eingliederungsbeihilfen) sowie der Rückgang des Arbeitskräfteangebotes an Unselbständigen. Insbesondere für 20- bis 25-Jährige, Männer im Haupterwerbssalter (25 bis 35 Jahre) sowie über 55-jährige Männer war ein Rückgang der Erwerbsquote zu verzeichnen.

Im Gegensatz zum Jahr 1999, als ein erheblicher Anteil der Reduktion der Arbeitslosenzahlen auf eine verstärkte Förderung von Arbeitslosen durch Schulungen zurückzuführen war, wurde die Schulungstätigkeit 2000 nur mehr wenig ausgeweitet (im Jahresdurchschnitt rund +2.000, Männer +900, Frauen +1.100). Die anhaltend hohe Zahl an Eingliederungsbeihilfen erleichterte den auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten Arbeitssuchenden den Zugang zur Beschäftigung.

Während man im Fall der männlichen Jugendlichen (15 bis 19 Jahre) angesichts einer Arbeitslosenquote von 2,5% von Vollbeschäftigung sprechen kann, gilt das weder für weibliche Jugendliche (4,3%) noch für Ältere. Für sie ist die Integration in den Arbeitsmarkt nach wie vor sehr schwierig: Die Arbeitslosenquote der Männer ab 60 Jahren stieg von 13,7% auf 15,7% und erreichte da-

mit einen neuen Höchststand. Der Anteil der Arbeitslosen an der gleichaltrigen Bevölkerung blieb gegenüber 1999 unverändert. Das Angebot an Unselbständigen verringerte sich aber merklich infolge eines starken Rückgangs der unselbständig Beschäftigten dieser Altersgruppe (Frühpensionierung vor allem von Beamten). Die Arbeitslosenquote der Männer zwischen 55 und 59 Jahren sank von 12,7% auf 10,7%, das Niveau des Jahres 1996. Zugleich verringerte sich die Erwerbsquote, die (in der Frühpension) versteckte Arbeitslosigkeit nahm somit zu. Der Rückgang der Erwerbsquote dürfte im Wesentlichen die Folge von Frühpensionierungen im öffentlichen Dienst gewesen sein, da der Anteil der Bezieher einer vorzeitigen Alterspension aus privatwirtschaftlichen Arbeitsverhältnissen gegenüber dem Vorjahr beinahe unverändert blieb. Die Arbeitslosenquote der Frauen zwischen 55 und 59 Jahren sank etwas weniger stark als die der gleichaltrigen Männer (von 12,4% auf 11,5%).

Neben den Älteren sind vor allem die 20- bis 24-Jährigen bei der Integration in das Beschäftigungssystem mit größeren Schwierigkeiten konfrontiert. Die Arbeitslosenquote der Männer zwischen 20 und 24 Jahren ist mit 6,8% nach wie vor höher als in allen anderen Altersgruppen der Männer unter 55 Jahren. Die Arbeitslosenquote der 20- bis 24-jährigen Frauen entspricht mit 5,9% dem Durchschnitt der Frauen, ist jedoch gegenüber 1999 weniger stark gesunken als jene der anderen Altersgruppen.

Da die betroffenen Geburtenjahrgänge vergleichsweise gering besetzt sind, gewinnt die relativ hohe Jugendarbeitslosigkeit, die überdies mit einem Rückgang der Erwerbsbeteiligung verbunden ist, eine kritische Dimension. Die Abnahme der Erwerbsquote kann ja die Folge einer verstärkten Weiterbildung sein. Die hohe Arbeitslosenquote derer, die sich am Arbeitsmarkt beteiligen, ist allerdings erklärungsbedürftig. Die schlechte Beschäftigungslage der Jugendlichen zwischen 20 und 24 Jahren kann die Folge einer unzureichenden Ausbildung der Jugendlichen sein, d. h. die Qualifikationen der Jugendlichen entsprechen nicht der Nachfrage; möglicherweise ist das Beschäftigungswachstum in jenen

Branchen, in denen Jugendliche üblicherweise ihre Berufslaufbahn beginnen, unterdurchschnittlich. Zu untersuchen wäre auch, welche Rolle die Aufnahmesperrn des öffentlichen Sektors für den Jugendarbeitsmarkt spielen.

DEUTLICHE ZUNAHME DES STELLEN- ANGEBOTES

Die beim AMS gemeldete Zahl der offenen Stellen stieg im Jahre 2000 weniger stark als im Jahr zuvor. Das ist ein Indikator für die beginnende Abschwächung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigungsausweitung. Der Durchschnittsbestand an offenen Stellen betrug 35.500, er war um 4.300 oder 13,7% höher als im Vorjahr. Der Stellenandrang (Arbeitslose je offene Stelle) verringerte sich von 7,1 1999 auf 5,5 im Jahr 2000.

Die Qualifikationsanforderungen der Arbeitsplätze, die über das AMS angeboten werden, sind gering. Zu etwa 50% werden Hilfsarbeiter gesucht, 41% der Stellen erfordern eine Lehrausbildung. Dieses Qualifikationsmuster ist weniger differenziert als das der beim AMS registrierten Arbeitslosen. Im Jahr 2000 hatten 45% der Arbeitslosen höchstens einen Pflichtschulabschluss, 38% einen Lehrabschluss.

Die Arbeitslosen suchen daher vermehrt über eine private Arbeitsvermittlung. Im Jahr 2000 waren im Durchschnitt 34.800 Arbeitssuchende bei einem privaten Vermittler registriert, um rund 5.000 mehr als ein Jahr zuvor; 54% von ihnen waren Frauen. Der Großteil der Arbeitssuchenden wünscht sich eine Beschäftigung in Rechts-, Verwaltungs- und Büroberufen (41%), gefolgt von Handels- und Verkehrsberufen (16%). Der durchschnittliche Bestand der bei den privaten Vermittlern gemeldeten offenen Stellen war mit rund 2.000 relativ gering.

AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK IM RAHMEN DES NATIONALEN AKTIONSPANS FÜR BESCHÄFTIGUNG (NAP)

In Phasen guter Konjunktur verlagert sich die Priorität der Arbeitsmarktpolitik weg von passiven Leistungen (Lohnersatzleistungen) hin zu aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen: Sie erhöhen die Vermittelbarkeit von Arbeitslosen, die ohne Hilfe des AMS nur schwer eine Beschäftigung finden (Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittelbarkeit – Säule I des NAP). Österreich hat sich im Rahmen der EU-Beschäftigungspolitik, die in den beschäftigungspolitischen Leitlinien spezifiziert ist, zu einem Bündel von Aktivitäten für die Periode 1998 bis 2002 verpflichtet. Aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Die quantitativen Zielvorgaben, die im NAP bis zum Jahr 2002 vorgegeben wurden, lauten:

- Senkung der Arbeitslosenquote auf 3,5% (nach Eurostat),

Nationaler Aktionsplan für Beschäftigung: Indikatoren für die Arbeitsmarktpolitik

	Übertrittsquoten Jugendlicher (15 bis 24 Jahre) in die Langzeitarbeitslosigkeit (über 6 Monate)					Zielwert 2002
	1996	1997	1998	1999	2000	
	Anteile in %					
Insgesamt	9,0	8,7	7,9	4,6	3,5	4,5
Männer	7,9	7,7	6,9	4,1	3,2	4,3
Frauen	10,5	10,0	9,2	5,2	3,9	4,7
	Übertrittsquoten Erwachsener (ab 25 Jahre) in die Langzeitarbeitslosigkeit (über 1 Jahr)					
	1996	1997	1998	1999	2000	Zielwert 2002
	Anteile in %					
Insgesamt	6,9	7,4	6,6	4,7	3,8	3,4
Männer	5,9	6,5	5,9	4,4	3,6	3,2
Frauen	8,3	8,6	7,6	5,1	4,1	3,7
	Maßnahmenquoten					
	1996	1997	1998	1999	2000	Zielwert 2002
	Anteile in %					
<i>Maßnahmenindikator</i>						
Leitlinie 3 Insgesamt	10,1	13,6	13,7	17,7	19,8	20,0
Leitlinie 3 Männer	9,0	12,0	12,0	15,1	16,9	18,0
Leitlinie 3 Frauen	11,8	15,6	15,6	20,6	23,2	22,8

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

- Halbierung der Übertrittsquoten¹⁴⁾ von jugendlichen Arbeitslosen in die Langzeitarbeitslosigkeit (über 6 Monate) und jener von erwachsenen Arbeitslosen in die Langzeitarbeitslosigkeit (über 1 Jahr) sowie
- Steigerung der Zahl der in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Integrierten auf durchschnittlich 20% der Arbeitslosen (einschließlich Maßnahmenteilnehmer).
- Als Beschäftigungsziel ist die Schaffung von 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen von 1998 bis 2002 im NAP festgehalten.

Im NAP für das Jahr 1999 wurden (mit Wirksamkeit im Mai 1999) deutliche, auch in der Mittelausstattung erkennbare Akzente zum Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik gesetzt. Die angestrebte „Aktivierung“ der Arbeitsmarktpolitik schlägt sich in den Resultaten der Zielindikatoren nieder:

Die Übertrittsquoten jugendlicher Arbeitsloser in die Langzeitarbeitslosigkeit über 6 Monate liegen bereits nahe den Zielwerten für 2002, wobei die Situation für männliche Jugendliche bedeutend günstiger ist als für weibliche. Auch die Übertrittsquoten Erwachsener sind seit 1997 und besonders deutlich im Jahr 1999 zurückgegangen. Die Ziele, die der NAP für das Jahr 2002 definiert, dürften daher erreichbar sein.

Die Maßnahmenquote erreichte 2000 mit 19,8% beinahe den Zielwert für 2002. Dabei mündete die im Rahmen des „Gender Mainstreaming“ festgelegte Zielsetzung, Frauen verstärkt in arbeitsmarktpolitische Maß-

¹⁴⁾ Die Übertrittsquote in die Langzeitarbeitslosigkeit weist den Anteil jener Arbeitslosen aus, die 6 Monate bzw. 1 Jahr nach Eintritt der Arbeitslosigkeit immer noch arbeitslos vorgemerkt sind.

Die Arbeitslosigkeit 2000

	Männer		Vorgemerkte Arbeitslose		Frauen		Insgesamt	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1996	128.000	+ 8.000	102.500	+ 6.800	230.500	+14.800		
Ø 1997	128.600	+ 600	104.800	+ 2.300	233.300	+ 2.800		
Ø 1998	129.400	+ 900	108.400	+ 3.600	237.800	+ 4.400		
Ø 1999	121.500	- 7.900	100.200	- 8.100	221.700	-16.100		
Ø 2000	107.500	-14.000	86.800	-13.400	194.300	-27.400		
2000, Ø I. Quartal	162.100	-13.900	92.800	-14.800	254.800	-28.700		
Ø II. Quartal	90.500	-14.100	84.300	-15.800	174.800	-29.800		
Ø III. Quartal	75.500	-12.700	78.200	-13.200	153.800	-25.900		
Ø IV. Quartal	101.900	-15.400	92.000	- 9.900	193.800	-25.300		

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

nahmen einzubeziehen, in einer deutlich höheren Frauen-Maßnahmenquote. Die Reduktion der Langzeitarbeitslosigkeit in den letzten zwei Jahren war wesentlich auf die Zunahme der Schulungsmaßnahmen und die dadurch erreichte Reduktion der Übertritte in die Langzeitarbeitslosigkeit zurückzuführen. Der Durchschnittsbestand an Personen in solchen Maßnahmen wuchs bis April 2000 erheblich, sodass sich für das gesamte Jahr 2000 eine Steigerung um durchschnittlich knapp 2.000 ergab. Die erhöhte Maßnahmenintegration von Arbeitslosen vor Erreichung einer Vormerkdauer von einem Jahr reduziert jedoch – durch die damit verbundene Unterbrechung der Arbeitslosigkeitsepisoden – die Übertrittsquote in die Langzeitarbeitslosigkeit, auch wenn die Maßnahmen nicht zu einer Integration in den Arbeitsmarkt führen. Dieser Umstand ist bei der Interpretation von Übertrittsquoten zu berücksichtigen und müsste begleitend zur Umsetzung des NAP anhand einer Evaluierung von Qualität und Integrationswirkungen der Schulungen im Detail beurteilt werden.

Das Ziel, von 1998 bis 2002 100.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, wurde im Jahr 2000 dank der guten Konjunkturlage beinahe erreicht (unselbständige Beschäftigung ohne Karenzgeldbezieher und Präsenzdienner 2000 +96.000 gegenüber 1997). Die Arbeitslosenquote (nach Eurostat) sank im Jahr 2000 auf 3,7% (Ziel 2002: 3,5%) und sollte unter günstigen Rahmenbedingungen weiter verringert werden können.

Autoren: Gudrun Biffli, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer
Statistik: Christine Braun

KONJUNKTURHOCH IN DER SACHGÜTERERZEUGUNG

Im Jahr 2000 waren in der österreichischen Sachgütererzeugung 532.143 Erwerbstätige beschäftigt, die eine Wertschöpfung von 555,2 Mrd. S erwirtschafteten. Das entspricht 20,7% des österreichischen BIP.

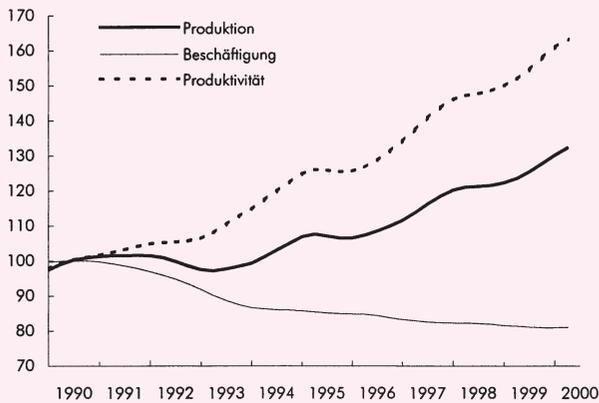
Kennzahlen zur Konjunkturlage der Sachgüterproduktion nach ÖNACE 2000

	Produktion je Arbeitstag		Beschäftigung		Produktivität ¹⁾		Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme		Arbeitskosten ²⁾	
	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Nahrungs- und Genussmittel und Getränke	120,3	+ 3,3	60.955	+ 0,4	124,0	+ 2,9	21.323	+ 2,0	85,1	- 1,2
Tabakverarbeitung	147,9	+ 5,6	1.072	- 1,3	157,3	+ 7,0	709	+ 3,5	76,5	- 2,1
Textilien und Textilwaren	99,9	- 0,3	17.599	- 3,0	117,5	+ 2,8	6.166	- 0,9	95,7	- 0,6
Bekleidung	60,3	-10,8	9.570	- 9,4	88,5	- 1,5	2.451	- 6,5	124,0	+ 4,8
Ledererzeugung und -verarbeitung	99,5	+ 0,3	5.913	- 3,1	116,1	+ 3,5	1.559	- 1,2	95,0	- 1,5
Be- und Verarbeitung von Holz	148,6	+14,0	29.859	+ 0,8	157,8	+13,0	10.120	+ 4,2	73,2	- 8,6
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe	117,5	+ 6,1	17.163	- 0,5	123,1	+ 6,6	8.192	+ 1,0	95,0	- 4,8
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	141,3	+ 4,6	20.714	- 1,1	145,7	+ 5,8	10.049	+ 0,5	77,1	- 3,9
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt- und Brutstoffe	111,1	+10,9	2.412	- 2,9	145,5	+14,1	2.355	+ 4,6	87,3	- 5,6
Chemikalien und chemische Erzeugnisse	134,4	+ 8,5	22.267	- 5,2	148,1	+14,4	11.822	- 1,0	78,0	- 8,7
Gummi- und Kunststoffwaren	126,5	+ 9,8	25.814	+ 3,3	117,5	+ 6,3	10.252	+ 5,5	94,7	- 3,9
Glas, Waren aus Steinen und Erden	104,3	+ 3,4	31.916	+ 2,0	108,4	+ 1,3	13.892	+ 1,7	97,1	- 1,6
Metallerzeugung und -bearbeitung	128,4	+12,7	31.683	+ 1,3	133,0	+11,3	15.688	+ 4,7	87,4	- 7,2
Metallerzeugnisse	134,6	+ 4,4	54.182	- 0,3	123,9	+ 4,8	21.671	+ 1,7	91,4	- 2,6
Maschinenbau	138,8	+11,2	66.394	+ 1,6	133,9	+ 9,4	30.734	+ 4,4	87,1	- 6,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	430,9	+40,0	697	+15,2	245,5	+21,5	252	+24,4	35,0	-11,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	271,0	+25,6	26.878	+ 2,7	287,5	+22,3	11.750	+ 2,3	40,2	-18,5
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	139,7	+19,3	28.641	+ 2,1	147,6	+16,9	16.363	+ 1,1	78,4	-15,2
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	170,2	+ 8,9	10.574	+ 1,6	195,9	+ 7,1	4.410	+ 1,4	60,5	- 6,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile	201,3	+22,3	27.421	+ 1,7	169,6	+20,3	12.407	+ 2,5	68,5	-16,2
Sonstiger Fahrzeugbau	120,5	- 4,5	4.852	+ 3,7	116,9	- 7,9	2.626	+ 4,1	92,6	+ 9,0
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente und sonstige Erzeugnisse	127,1	+12,5	35.570	- 1,7	150,2	+14,4	11.462	+ 1,4	77,5	- 9,8
Sachgütererzeugung	137,9	+10,4	532.143	+ 0,3	142,3	+10,1	226.253	+ 2,3	80,1	- 7,4

Vorläufige Ergebnisse. – ¹⁾ Produktion je Beschäftigten. – ²⁾ Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme je Produktionseinheit.

Produktion, Beschäftigung und Produktivität in der österreichischen Industrie

Gleitender Vierquartalsdurchschnitt, 1980 = 100



Die österreichische Sachgütererzeugung profitierte im Einklang mit der vorteilhaften Entwicklung in Europa im Jahr 2000 von der außerordentlich guten Konjunktur. Der Produktionsindex von Statistik Austria weist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 10,4% aus. Damit rangiert Österreich im EU-Vergleich, nur übertroffen von Finnland, an zweiter Stelle. Nach WIFO-Berechnungen wurde die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung im Jahr 2000 real um 8,2% ausgeweitet; dies war der höchste Anstieg der letzten drei Jahrzehnte.

Die österreichische Sachgütererzeugung profitierte im Einklang mit der vorteilhaften Entwicklung in Europa im Jahr 2000 von der außerordentlich guten Konjunktur. Der Produktionsindex von Statistik Austria weist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 10,4% aus. Damit rangiert Österreich im EU-Vergleich, nur übertroffen von Finnland, an zweiter Stelle. Nach WIFO-Berechnungen wurde die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung im Jahr 2000 real um 8,2% ausgeweitet; dies war der höchste Anstieg der letzten drei Jahrzehnte.

Ihren Höhepunkt erreichte die österreichische Konjunktur im II. Quartal 2000. Trotz tendenziell nachlassenden Wachstums haben sich die Konjunkturindikatoren in der

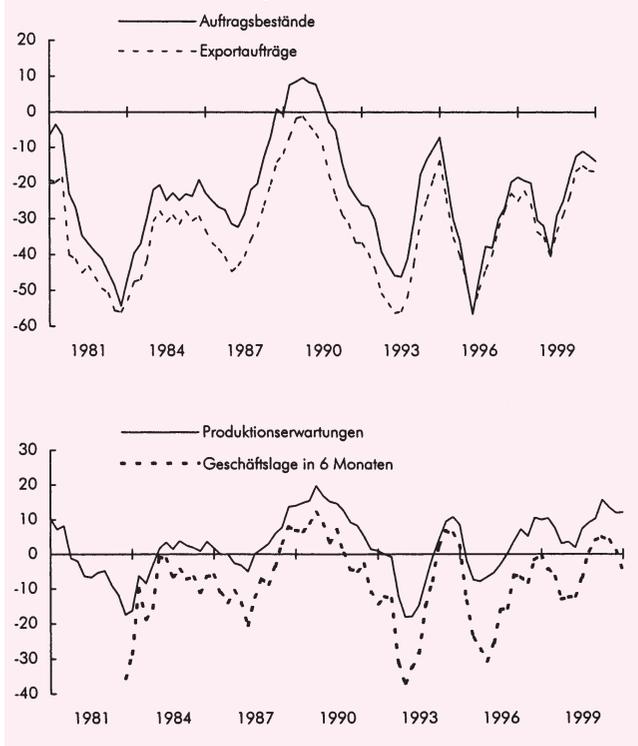
Indikatoren für die Sachgütererzeugung

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Produktion real ¹⁾	+ 5,8	+ 1,6	+ 4,3	+ 4,5	+ 2,4	+ 8,2
Beschäftigte ²⁾	.	- 3,0	- 1,4	+ 0,1	- 0,7	+ 0,0
Stundenproduktivität ³⁾	.	+ 4,7	+ 5,9	+ 4,3	+ 3,8	+ 8,0
Relative Lohnstückkosten ⁴⁾	+ 2,2	- 1,2	- 3,9	- 0,6	- 1,5	- 5,3
Warexporte (SITC 5 bis 8)	+13,2	+ 5,2	+16,9	+ 8,8	+ 6,3	+14,0

Q: WIFO-Berechnungen. WIFO-Prognose, März 2001; WIFO-Datenbank. – ¹⁾ Nettoproduktionswert, real. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁴⁾ In einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Konjunkturbeurteilung der Unternehmen

Saisonbereinigte Salden zwischen den Prozentanteilen optimistischer und pessimistischer Meldungen



zweiten Jahreshälfte auf hohem Niveau stabilisiert. Aufgrund der Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist aber mit einer Abschwächung zu rechnen. Das WIFO erwartet im Jahr 2001 eine Zunahme der Wertschöpfung in der Sachgüterproduktion von nur noch 3,8%.

Das außerordentliche Wachstum wurde im Jahr 2000 wesentlich durch die lebhafte Nachfrage auf den Exportmärkten getragen. Die Warenexporte (SITC 5 bis 8) stiegen mit +14% deutlich stärker als in den Vorjahren. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch eine merkliche Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exporteure. So verbesserte sich die relative Lohnstückkostenposition gegenüber den Handelspartnern im Jahr 2000 um 5,3%, die Arbeitskosten je Produktionseinheit gingen um 7,4% zurück. Auch die subjektive Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit in der Sachgütererzeugung erhöhte sich sowohl für den EU-Markt als auch für Märkte außerhalb der EU deutlich.

Die Produktivität der österreichischen Sachgütererzeugung steigt weiterhin kräftig. Seit 1995 erhöhte sich die reale Wertschöpfung je Beschäftigten um 42,3%, während die Beschäftigung um 3,1% zurückging. Im Jahr 2000 stieg die Produktivität um 10,1%, der Beschäftigtenstand blieb annähernd unverändert. Im europäischen Vergleich weist Österreich nach Irland und Belgien die höchste Produktivität auf.

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hat sich die Selbstfinanzierungskraft der österreichischen Industrie

Subjektive Wettbewerbsfähigkeit der Sachgütererzeugung

Nach ÖNACE-Obergruppen, Jahresdurchschnitt, mittelwertbereinigt

	Saldo aus optimistischen und pessimistischen Antworten in Prozentpunkten				
	1996	1997	1998	1999	2000
	Auf Märkten außerhalb der EU				
Sachgütererzeugung insgesamt	- 7,2	+ 3,4	- 0,8	- 3,2	+ 7,7
Vorprodukte	- 7,9	+ 4,6	- 2,0	- 3,0	+ 8,3
Kraftfahrzeuge	- 0,7	+ 1,4	+ 5,4	- 8,2	+ 2,1
Investitionsgüter	- 5,1	+ 1,8	+ 0,6	- 4,2	+ 7,0
Dauerhafte Konsumgüter	-13,4	+ 5,6	- 0,1	- 1,5	+ 9,3
Nahrungs- und Genussmittel	- 7,1	+ 0,5	+ 2,5	- 1,4	+ 5,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter	- 5,5	+ 0,5	+ 0,6	- 3,2	+ 7,6
	Auf dem EU-Markt				
Sachgütererzeugung insgesamt	- 9,3	+ 1,5	+ 2,9	- 2,0	+ 6,9
Vorprodukte	-10,3	+ 3,5	+ 2,3	- 2,7	+ 7,2
Kraftfahrzeuge	-19,8	+ 0,4	+10,4	- 1,7	+10,7
Investitionsgüter	- 9,6	- 3,0	+ 3,8	- 0,6	+ 9,3
Dauerhafte Konsumgüter	-13,6	+ 2,4	+ 3,2	+ 1,6	+ 6,4
Nahrungs- und Genussmittel	- 3,1	- 1,6	- 0,6	+ 0,4	+ 5,8
Nichtdauerhafte Konsumgüter	- 3,5	+ 0,0	+ 4,6	- 3,3	+ 2,2

deutlich verbessert. Die Cash-Flow-Quote¹⁵⁾ betrug im Jahr 2000 10,2% und war damit beinahe so hoch wie im Vorjahr (1999 10,7%). Damit liegt die Ertragskraft der österreichischen Sachgüterproduzenten im europäischen Mittelfeld – unter jener von Dänemark, Schweden und den Niederlanden, aber über jener von Deutschland, Italien und Spanien.

Seit dem EU-Beitritt Österreichs entwickeln sich die Industriezweige Büromaschinen und EDV, Elektrizitätserzeugungsgeräte, Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie medizinische Geräte besonders dynamisch. Den größten Produktionsrückgang verzeichnete die Bekleidungsindustrie, sie ist seit 1995 um fast 40% geschrumpft. Diese Trends setzten sich im Jahr 2000 fort. Österreichs Defizite in technologieintensiven Branchen konnten damit – wenn auch teilweise von niedrigem Produktionsniveau aus – weiter verringert werden.

Michael Böheim
Statistik: Sonja Patsios

SCHWACHE BAUKONJUNKTUR

Die österreichische Bauwirtschaft entwickelte sich im Jahr 2000 vor dem Hintergrund einer sehr guten gesamtwirtschaftlichen Konjunktur relativ schwach (Bruttoinlandsprodukt real +3,2%, Bauproduktion +1,9%). Während die Nachfrage nach Bürobauten und sonstigen Hochbauten sowie im Renovierungs- und Sanierungsbereich rege war, erlitten der Wohnungsneubau und der Tiefbau aufgrund der verzögerten Vergabe öffentlicher Aufträge Produktionseinbußen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist ungünstig, der Abbau von Baubeschäftigten verstärkt sich. Die Auftragslage wird von den

¹⁵⁾ Peneder, M., Pfaffermayr, M., „Weiterhin günstige Entwicklung von Cash-Flow und Eigenkapital. Die Selbstfinanzierungskraft der österreichischen Sachgütererzeugung im Jahr 2000“, WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(3), S. 169-177.

Produktionswert des Bauwesens

	1999	2000	2000			
			I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bauwesen insgesamt, laut ÖNACE ¹⁾	+ 1,7	+ 3,5	+10,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 4,8
Hoch- und Tiefbau Baunebengewerbe ²⁾	+ 1,8	+ 3,1	+11,0	+ 1,0	- 0,8	+ 4,9
Laut GNACE ³⁾	+ 1,3	+ 3,5	+10,9	+ 1,4	+ 0,3	+ 5,2
Hochbau	+ 0,1	+ 4,6	+12,7	+ 3,7	+ 0,8	+ 4,5
Wohnhaus- und Siedlungsbau	- 8,5	- 1,0	+13,5	- 2,5	- 7,7	- 1,0
Nichtwohnbau ⁴⁾	+11,8	+12,1	+15,2	+10,8	+ 9,7	+13,8
Adaptierungen im Hochbau	- 1,1	+ 1,0	+ 5,9	+ 2,9	+ 0,4	- 2,7
Tiefbau	+ 3,1	+ 1,3	+ 7,2	- 3,1	- 0,8	+ 5,6
Straßen-, Brücken- und Tunnelbau	+ 6,7	- 4,5	- 2,2	- 4,4	- 7,3	- 2,0
Spezialbau und sonstiger Tiefbau	+ 4,0	+16,1	+29,7	+10,1	+14,0	+17,6
Übriger Tiefbau	+ 0,8	+ 6,4	+11,1	± 0,0	+ 4,9	+11,6

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Klassifikation laut EU. Wert der abgesetzten Produktion. – ²⁾ Baustation, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe. – ³⁾ Güterklassifikation, Wert der technischen Produktion (reine Bauleistung nach Spartengliederung, ähnlich der früheren Baustatistik). – ⁴⁾ Industrie- und Ingenieurbau, sonstiger Hochbau.

Bauunternehmen pessimistisch eingeschätzt. Vor allem Unternehmen der Bauindustrie, die im Wohnbau tätig waren, melden eine ungünstige Geschäftslage. Die reale Baustoffproduktion stieg im Durchschnitt 2000 nur geringfügig. Die pessimistische Konjunktureinschätzung verstärkt sich auch in der wohnbauabhängigen Baustoffindustrie sowie der Steine- und keramischen Industrie.

KRÄFTIGE ZUWÄCHSE IM BÜROBAU – UNGÜNSTIGE ENTWICKLUNG IN DEN ANDEREN SPARTEN

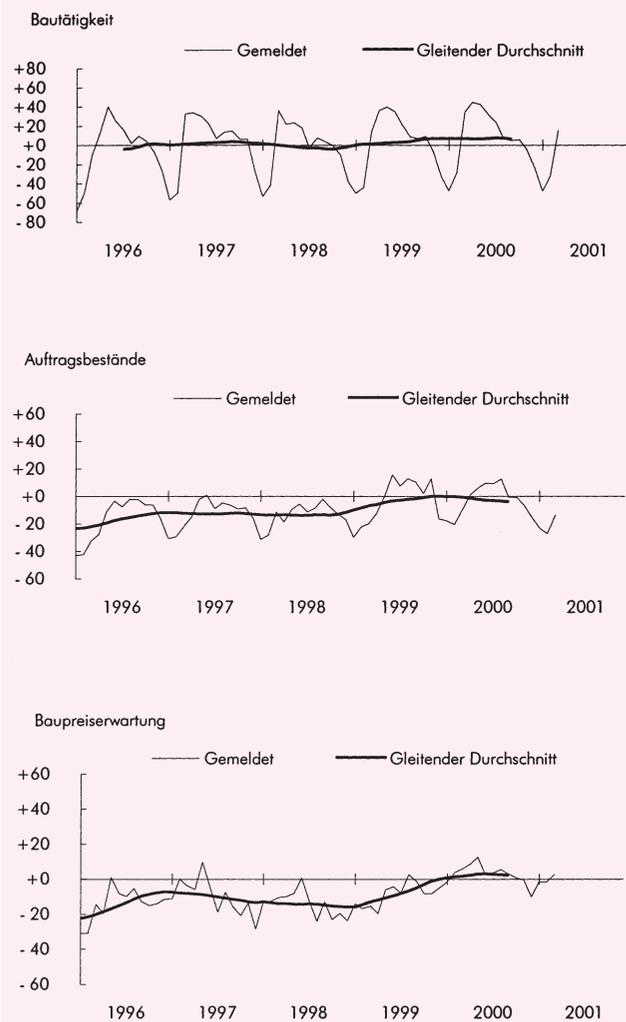
Die Bauwirtschaft verzeichnete im Jahr 2000 einen nominellen Produktionszuwachs von 3,5% (laut Konjunkturstatistik ÖNACE, Statistik Austria). Der Hoch- und Tiefbau insgesamt entwickelte sich mit +3,1% etwas schwächer als das Bauhilfs- und Baunebengewerbe (+4,1%). Die Statistik der technischen Produktion (GNACE) spiegelt das Konjunkturbild auf den Baustellen wider. Demnach realisierte der Hochbau (+4,6%) einen stärkeren Produktionszuwachs als der Tiefbau (+1,3%), der unter der wiederholten Verschiebung von Infrastrukturprojekten litt und erst gegen Jahresende kräftigere Umsatzzuwächse verzeichnete. Der Wohnungsneubau ging im Jahresdurchschnitt um 1% zurück, die Wohnbaukonjunktur verschlechterte sich im Jahresverlauf zusehends: Im I. Quartal stiegen die Umsätze dank der

Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Bruttoinlandsprodukt
Zu Preisen von 1995

	Bauwesen	Bruttoinlandsprodukt
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1997	+0,2	+1,3
1998	+2,4	+3,3
1999	+2,2	+2,8
2000	+1,9	+3,2
2001	+1,5	+2,2
2002	+1,5	+2,1

Q: WIFO-Prognose vom März 2001.

Konjunktoreinschätzung in der Bauwirtschaft



Q: WIFO-Konjunkturtest in Kooperation mit der EU (DG II/4). Saisonbereinigte Salden zwischen den Prozentanteilen optimistischer und pessimistischer Meldungen der Unternehmen. Gleitender Durchschnitt . . . Monatsdurchschnitt.

Auftragslage im Hoch- und Tiefbau

	Auftragsbestände	Auftragseingänge
	Mio. S	
1999	72.865	211.912
1999, I. Quartal	71.190	42.021
II. Quartal	76.632	54.726
III. Quartal	74.786	58.149
IV. Quartal	68.851	57.016
2000	72.819	221.336
2000, I. Quartal	70.530	43.989
II. Quartal	75.781	59.147
III. Quartal	76.528	58.183
IV. Quartal	68.437	60.017
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1999	+1,7	+ 8,9
1999, I. Quartal	+0,7	- 6,2
II. Quartal	+0,2	+11,2
III. Quartal	+1,5	+14,2
IV. Quartal	+4,6	+14,7
2000	-0,1	+ 4,4
2000, I. Quartal	-0,9	+ 4,4
II. Quartal	-1,1	+ 8,1
III. Quartal	+2,3	+ 0,1
IV. Quartal	-0,6	+ 5,3

Q: Statistik Austria, ÖNACE, monatliche Erhebungen. Bauintallation, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe.

Preisindex des Hoch- und Tiefbaus

1986 = 100

	1997	1998	1999	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Hochbau	+1,5	+1,3	+1,1	+1,3	+1,1	+1,4
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+1,4	+1,1	+0,9	+1,1	+0,9	+1,5
Baumeisterarbeiten	+0,8	+0,9	+0,6	+0,9	+0,6	+1,6
Sonstige Bauarbeiten	+2,0	+1,6	+0,7	+1,6	+1,1	+1,5
Tiefbau	+2,4	+0,2	-1,2	+0,1	-1,1	+0,2
Straßenbau	+2,8	-0,9	-1,2	-0,9	-1,2	+0,8
Brückenbau	+1,5	±0,0	-0,9	±0,0	-0,9	+0,4
Hoch- und Tiefbau	+1,8	+0,9	+0,2	+0,9	+0,2	+0,9

Q: Statistik Austria. - ¹⁾ Revidierung Baupreisindex: neue Gewichtung der Bauparten, neue Basis (1996 = 100).

günstigen Witterung im Vorjahresvergleich um 13,5%, im II. Quartal blieben sie jedoch um 2,5%, im III. Quartal um 7,7% und im IV. Quartal um 1% unter dem Vorjahresniveau. Aufgrund des hohen Angebotes und der Zunahme der Leerstellungen in Geschossbauten dürfte der Wohnungsneubau 2001 weiter schrumpfen.

Obschon die Tiefbautätigkeit im Jahr 2000 insgesamt sehr schwach war, erzielten einige Tiefbauparten kräftigere Umsatzzuwächse: So stieg die Produktion im Spezialbau um 16,1%, im Brücken- und Hochstraßenbau um 15,3% und im sonstigen Tiefbau um 6,4%. Hingegen sanken die Umsätze im Wasserbau (-24,3%), im Tunnelbau (-9,1%) und im Straßenbau (-6,3%) sowie im Eisenbahnoberbau (-5,1%) deutlich.

Diese sehr unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Bauparten spiegelt die Einschätzung von Produktion und künftiger Entwicklung durch die Bauunternehmer im WIFO-Konjunkturtest wider. Insgesamt lagen die Auftragsbestände in der Bauwirtschaft etwas unter dem Vorjahresniveau (-0,1%), die Auftragseingänge stiegen vor allem gegen Jahresende dank der regen Nachfrage im Baunebengewerbe und im Bürobaubau. Die Wohnbauunternehmer erwarten im WIFO-Konjunkturtest eine weitere Verschlechterung der Auftragsbestände, während sich die Auftragslage im sonstigen Hochbau und

Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitsuchende in der Bauwirtschaft

	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitskräfte insgesamt¹⁾		
Ø 1997	266.708	+ 0,7
Ø 1998	264.567	- 0,8
Ø 1999	262.737	- 0,7
Ø 2000	257.576	- 2,0
Arbeitsuchende²⁾		
Ø 1998	40.088	+ 4,2
Ø 1999	39.079	- 2,5
Ø 2000	36.084	- 7,7
Offene Stellen		
Ø 1997	2.116	-17,6
Ø 1998	2.087	- 1,4
Ø 1999	2.603	+24,7
Ø 2000	2.938	+12,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. - ¹⁾ Einschließlich Baunebengewerbe. - ²⁾ Nach Wirtschaftsklassen, zuletzt in einem Baubetrieb beschäftigte Arbeitslose.

vor allem im Tiefbau verbessern könnte. Das Baunebengewerbe ist besser ausgelastet, der Bauindustrie fehlen längerfristige Großaufträge. Der Wettbewerb ist aufgrund der Konjunkturschwäche heftig, bisher im Geschossbau engagierte Unternehmen verlagern ihre Produktionsschwerpunkte auf andere Sparten, etwa großvolumige Sanierungsarbeiten.

Die Befragungsergebnisse lassen für das laufende Jahr eine weiterhin gespaltene Baukonjunktur erwarten: Die Nachfrage wird im Wohnungsneubau neuerlich sinken, der sonstige Hochbau expandiert weiter, und im Tiefbau wird eine leichte Erholung erwartet.

NACHFRAGE NACH BAUSTOFFEN KAUM GESTEIGERT

Die wichtigste Zulieferbranche der Bauwirtschaft, die Steine- und keramische Industrie, verzeichnete im 2000 einen nur geringen realen Produktionszuwachs von 1,9% verzeichnet; ab dem 2. Halbjahr schwächte sich die Konjunktur merklich ab. Die Ziegelindustrie leidet vor allem unter dem Rückgang im Wohnungsneubau.

DEUTLICHER RÜCKGANG DER BAUBESCHÄFTIGUNG

Die Schwäche der Baukonjunktur spiegelt sich deutlich in der Entwicklung der Arbeitsplätze. Insgesamt beschäftigte die Bauwirtschaft im Jahresdurchschnitt 2000 257.600 Arbeitskräfte, um 5.100 weniger als im Jahr 1999. Der Abbau der Beschäftigung beschleunigte sich im 2. Halbjahr aufgrund der weiteren Verflachung der Baukonjunktur. Dennoch nahm die Zahl der Arbeitslosen im Bausektor leicht ab: Im Jahr 2000 waren etwa 36.000 Baubeschäftigte arbeitslos, um 3.000 weniger als im vorangegangenen Jahr. Aufgrund des milden Winterwetters war die Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft Anfang 2001 weiter rückläufig – im Jänner wurden 81.200 arbeitslose Bauarbeiter registriert, um etwa 4,1% weniger als ein Jahr zuvor. Wegen der schwachen Nachfrage verzögert sich trotz milden Bauwetters der Beginn der Bausaison. Die Zahl der offenen Stellen war im Jahr 2000 um 13% höher als 1999 und wies Anfang 2001 weiter steigende Tendenz auf.

Produktionswert der Zulieferbranchen für die Bauwirtschaft

	Stein- und keramische Industrie	Glasindustrie	Holzverarbeitende Industrie
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
2000	+1,9	+15,4	+ 5,2
I. Quartal	+6,8	+12,4	+12,8
II. Quartal	+0,1	+13,2	+ 7,0
III. Quartal	-0,2	+18,5	+ 1,9
IV. Quartal	+2,9	+17,3	+ 2,0

Q: Statistik Austria; ÖNACE: Produktionswert der Eigenproduktion und durchgeführte Lohnarbeit nach Güterliste 1.

PREISSTEIGERUNGEN IN DER BAUWIRTSCHAFT GEDÄMPFT

Die Preise stiegen im Jahr 2000 (laut Baupreisindex von Statistik Austria) im Hoch- und Tiefbau im Durchschnitt um 0,9%. Leistungen des sonstigen Hochbaus und des Baunebengewerbes verteuerten sich stärker (+1,3% bzw. +1,5%), während die Tiefbaupreise im Vorjahresvergleich insgesamt stagnierten (+0,2%). Laut WIFO-Konjunkturtest erwarten die Bauunternehmer heuer wieder ein stärkeres Anziehen der Baupreise.

Margarete Czerny
Statistik: Monika Dusek

ENERGIEVERBRAUCH SPIEGELT ROHÖLVERTEUERUNG UND LIBERALISIERUNG DES ELEKTRIZITÄTSMARKTES WIDER

Der hohe Rohölpreis ließ im Jahr 2000 vor allem die Heizölpreise massiv steigen, in geringerem Ausmaß auch die Treibstoffpreise. Der Verbrauch von Erdölprodukten zeigt einen ausgeprägten Rückgang, der allerdings auch witterungsbedingt ist (Zahl der Heizgradtage -8,2%). Der ökonomisch geschätzte Zusammenhang zwischen Heizgradtagen und energetischem Endverbrauch würde im Jahr 2000 einen Rückgang des Energieverbrauchs um 2,3% erwarten lassen. Stromexporte und -importe expandierten kräftig, der Nettoexportsaldo an elektrischer Energie verschlechterte sich leicht auf 2,2% des Verbrauchs. Dieser Effekt entspricht vor dem Hintergrund einer steigenden Wasserkrafterzeugung nicht den Erwartungen und möglicherweise Folge der Marktöffnung.

Der Einfluss der Witterungsverhältnisse auf die kurzfristige Entwicklung des Energieverbrauchs ist in Österreich wie in den anderen westeuropäischen Ländern stark ausgeprägt. Die Zahl der Heizgradtage ist seit 1996, als sie über dem langfristigen Durchschnitt gelegen war, ständig gesunken (1999 -1,6%, 2000 -8,2%). Für die Entwicklung des energetischen Endverbrauchs der privaten Haushalte erhält man mit österreichischen Daten einen kurzfristigen Reaktionsparameter auf die Veränderung der Heizgradtage von 0,68, für den energetischen Endverbrauch der Unternehmen außerhalb der Sachgütererzeugung (Landwirtschaft, Dienstleistungen, öffentlicher Sektor) beträgt dieser Reaktionsparameter 0,62. In der Sachgütererzeugung ist kein statistisch signifikanter Einfluss der Heizgradtage auf den Energieverbrauch festzustellen. Bei einem Rückgang der Zahl der Heiz-

gradtage um 8,2% wie im Jahr 2000 würde somit der energetische Endverbrauch der Haushalte ceteris paribus um 5,6%, jener der Unternehmen außerhalb der Sachgütererzeugung um 5,1% sinken. Auf Basis eines für 2000 geschätzten Verbrauchsanteils der Haushalte von rund 26% und der Unternehmen von 16% hätte sich der energetische Endverbrauch im Jahr 2000 insgesamt um 2,3% verringern müssen. Daten über die tatsächliche Entwicklung des Endverbrauchs liegen nicht vor.

ROHÖLVERTEUERUNG

Der Erdölpreis unterlag in den letzten zwei Jahren erheblichen Schwankungen zwischen 11 \$ und beinahe 40 \$ pro Barrel. Der Anstieg im Jahr 2000 auf Rekordwerte über 30 \$ je Barrel rückte die Entwicklung der Rohölnotierungen wieder ins Interesse der Wirtschaftspolitik. Die Befassung mit den Erdölpreisen ist nicht symmetrisch – der massive Rückgang bis auf knapp über 11 \$ Mitte 1998 hatte keine nachhaltige ökonomische Diskussion ausgelöst. Der Erdölpreisschock wurde für die europäische Wirtschaft dadurch verstärkt, dass der Euro gegenüber dem Dollar an Wert verlor, sodass sich die Rohölimporte in Europa zusätzlich verteuerten. Die Entwicklung von 1998 bis heute ist durch die „Monthly Oil Market Reports“ der IEA dokumentiert; sie konstatieren ab Februar 2000 einen Abbau der Rohöl- und Produktenlager bei gleichzeitig steigender Nachfrage in den OECD-Ländern.

Die zentralen Faktoren für die Entwicklung der Rohölpreise (Spekulation auf den Rohölmärkten, Marktmacht der OPEC, Reaktionsmuster des Nicht-OPEC-Angebotes) wirken durchwegs auf der Angebotsseite, was darin begründet ist, dass die Nachfrage kurzfristig relativ unelastisch reagiert. Die spekulativen Bewegungen der letzten Jahre erfolgten hauptsächlich im Bereich der Lagerhaltungspolitik der Erdölverarbeiter und hatten – unter den Bedingungen der OPEC-Politik einer Angebotsknappheit – große kurzfristige Schwankungen der Kapazitätsauslastung und der Margen für Raffinerien zur Folge. Insofern kann die Beurteilung eines Teiles der Marktbeobachter, dass die Entwicklungen auf den Produktenmärkten den Erdölpreis determinierten, geteilt werden.

Der Rohölpreis für Brent (Österreich) lag im Jahresdurchschnitt 2000 bei 28,4 \$ je Barrel (gegenüber 17,9 \$ je Barrel 1999). In Euro stieg er von 13,8 € auf 24,9 € je Barrel. Da Entwicklungen auf einzelnen Produktenmärkten zur Rohölpreisentwicklung beitrugen, war auch die Übertragung der Rohölverteuerung auf die Produktpreise uneinheitlich. Die stärksten Preiserhöhungen sind für Heizöle mit über +40% zu verzeichnen. Viel schwächer verteuerten sich Treibstoffe mit rund +20% (Super plus +18,2%, Dieseltreibstoff +23,3%). Für Kohle und Gas ergeben sich wesentlich geringere Preis-

Energiepreise im Jahr 2000

Stand Mitte Jänner

	1. Halbjahr	2. Halbjahr	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Heizöl, extra leicht	+38,2	+43,2	+40,9
Heizöl, leicht	+39,0	+45,9	+42,7
Strom	- 4,1	+ 2,9	- 0,6
Gas	+ 1,0	+ 8,5	+ 4,8
Steinkohle	+ 1,8	+ 3,9	+ 2,9
<i>Treibstoffe</i>			
Super plus	+19,0	+17,6	+18,2
Diesel	+23,8	+22,9	+23,3

Q: Heizöl, Strom, Gas, Steinkohle: VPI; Heizöl extra leicht, Super plus, Diesel: OMV.

erhöhungen als für Erdölprodukte. Das kann jedoch gerade daran liegen, dass die Preise dieser beiden Energieträger im Jahr 2000 nur die kurzfristigen Effekte widerspiegeln – für Erdgas ist diese Vermutung aufgrund der Preisbindung in den Bezugsverträgen begründet. Jüngste Untersuchungen der Weltbank zeigen, dass die durch Substitutionsmöglichkeiten in der Industrie begründete Parallelentwicklung von Erdöl- und Kohlepreis an Relevanz verliert. Einen Sonderfall bildet elektrische Energie: Sowohl 1999 als auch 2000 haben die einzelnen Landesgesellschaften parallel zur gesetzlichen Öffnung der Märkte für zugelassene Kunden die Endverbraucherpreise gesenkt. Der Strompreis (VPI) sank daher 2000 um 0,6%, die Verteuerung von Rohöl hätte hingegen einen Preisanstieg erwarten lassen.

Die massiven Preiseffekte im Bereich der Erdölprodukte werfen unmittelbar die Frage nach den entsprechenden (kurzfristigen) Verbrauchsreaktionen auf. Da für das Jahr 2000 noch keine offiziellen Verbrauchsdaten des Wirtschaftsministeriums vorliegen, musste hier auf Angaben des „Statistischen Ausschusses des Fachverbandes der Mineralölindustrie Österreichs“ zurückgegriffen werden. Daraus errechnet sich über alle Erdölprodukte im Jahr 2000 ein Verbrauchsrückgang von etwa 4,6%. Tendenziell sind davon vor allem Brennstoffe betroffen, während die Treibstoffpreise weiter dem Muster der mittelfristigen Entwicklung folgten (Verbilligung von Benzin, Verteuerung von Dieseltreibstoff). Der Verbrauch an Heizölen sank 2000 um rund 25%, jener von Gasöl für Heizzwecke um etwa 15%. Diese Entwicklung ist jedoch

Mineralölprodukte

	1999	2000	2000
	1.000 t		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Verbrauch	10.718	10.223	- 4,6
Flüssiggas	149	128	-13,6
Normalbenzin	636	600	- 5,6
Superbenzin	1.412	1.361	- 3,6
Leuchtpetroleum	1	1	± 0,0
Flugpetroleum	525	574	+ 9,3
Dieseltreibstoff	3.892	4.169	+ 7,1
Gasöl für Heizzwecke	1.852	1.580	-14,7
Heizöle	1.546	1.167	-24,5
Sonstige Produkte der Erdölverarbeitung	707	643	- 9,1

Q: Statistischer Ausschuss des Fachverbandes der Mineralölindustrie Österreichs.

Elektrischer Strom

	1999	2000	2000
	GWh		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erzeugung	60.350	61.806	+ 2,4
Wasserkraft	41.729	43.549	+ 4,4
Wärmekraft	18.622	18.257	- 2,0
Einfuhr	11.607	13.797	+18,9
Ausfuhr	13.508	15.116	+11,9
Verbrauch	56.968	58.500	+ 2,7

Q: Bundeslastverteiler.

nicht ausschließlich durch den Preiseffekt, sondern im Jahr 2000 auch massiv durch den neuerlichen Rückgang der Zahl der Heizgradtage um 8,2% bestimmt. Gestiegen ist im Jahr 2000 der Verbrauch von Dieseltreibstoff (+7,1%) und von Flugpetroleum (+9,3%), der Verbrauch von Benzin insgesamt (Super und Normal) ging um rund 4,2% zurück. Trotz der Verteuerung erhöhte sich der Verbrauch von Treibstoffen insgesamt um 3,2%.

SCHWUNGHAFTER STROMAUSSENHANDEL

Die Produktion elektrischer Energie war im Jahr 2000 durch eine weitere Steigerung der Wasserkrafterzeugung (+4,4%) gegenüber dem bereits hohen Niveau 1999 aufgrund noch günstigerer Wasserführung gekennzeichnet. Die Wärmekrafterzeugung war nicht zuletzt bedingt durch die Witterungsverhältnisse (Heizgradtage -8,2%) rückläufig (-2,0%). Der Außenhandel entwickelte sich im Jahr 2000 dynamisch, mit einer Zunahme der Importe um 18,9% und der Ausfuhr um 11,9%. Die Nettoexporte blieben daher trotz vermehrter Wasserkrafterzeugung etwas unter dem Vorjahresniveau, sie verringerten sich von 3,3% des Verbrauchs im Jahr 1999 auf 2,2% im Jahr 2000. Das weist möglicherweise bereits auf eine Zunahme der Importkonkurrenz infolge der Marktöffnung im Elektrizitätssektor hin. Der Verbrauch an elektrischer Energie stieg im Jahr 2000 mit +1.500 GWh oder +2,7% etwas stärker als die Erzeugung (+2,4%). Das entspricht dem Bild einer Verschlechterung des Nettoexportaldos.

Für den Kohleverbrauch im Jahr 2000 liegen derzeit noch keine offiziellen Daten des Wirtschaftsministeriums vor. Aufschluss über die Entwicklung liefert die Darstellung der Wärmekrafterzeugung 2000 nach Energieträgern, die massive Verschiebungen zwischen der Erzeu-

Wärmekrafterzeugung

	1999	2000	2000
	GWh		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Steinkohle	2.891	4.431	+53,3
Braunkohle	1.499	1.292	-13,8
Heizöl	2.477	1.587	-35,9
Naturgas	8.717	7.843	-10,0
Sonstige Brennstoffe	3.040	3.105	+ 2,1

Q: Bundeslastverteiler.

Erdgas

	1999	2000	2000
	Mio. m ³		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderung	1.741	1.805	+ 3,7
Einfuhr	6.124	6.218	+ 1,5
Ausfuhr	-	-	-
Lager und Statistische Differenz	- 351	- 925	-
Verbrauch ¹⁾	7.514	7.098	- 5,5

 Q: Austria Ferngas Ges.m.b.H., Erdgasjahresbericht 2000. - ¹⁾ Ohne Raffinerie Schwchat.

gung aus Steinkohle (+53,3%) und aus Braunkohle (rund -14%) zeigt. Da rund 70% des Braunkohleverbrauchs in der Strom- und Wärmeenergieerzeugung anfallen, lässt dieser Indikator auf die Entwicklung des Gesamtverbrauchs schließen. Der Steinkohleverbrauch wird auch durch den Verbrauch der Industrie bestimmt, für den noch keine Daten verfügbar sind. Die Stromerzeugung aus Heizöl (-36%) und Erdgas (-10%) ging im Jahr 2000 massiv zurück, die Erzeugung aus sonstigen Brennstoffen (darunter Biomasse) entsprach etwa dem Vorjahresniveau (+2,1%). Insgesamt ist somit von einer Verschiebung zur Steinkohle auszugehen.

WITTERUNGSBEDINGTER RÜCKGANG DES ERDGASVERBRAUCHS

Die Nachfrage nach Erdgas wurde 2000 durch die Witterungsbedingungen und die Entwicklung der Wärmekrafterzeugung bestimmt. Der Rückgang der Zahl der Heizgradtage um 8,2% wirkte sich dämpfend auf den Erdgasverbrauch aus, ebenso die Verringerung der Wärmekrafterzeugung aus Gas um 10%. Während die Förderung und die Einfuhr stiegen, blieb der Erdgasverbrauch um 5,5% unter dem Vorjahresniveau. Dabei sank der Verbrauch der Haushalte und des Gewerbes mit -7,3% stärker als jener der Industrie (+0,6%).

Kurt Kratena

Statistik: Susanne Kopal

LEBHAFTER GÜTERVERKEHR

Die Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen nahm im Jahr 2000 kräftig zu. Starke Impulse gingen vor allem von der anhaltend guten Grundstoffkonjunktur aus (reale Produktion der Metallherzeugung +13% gegenüber 1999, Papierherzeugung +7%). Auch die sonstigen transportintensiven Branchen meldeten durchwegs hohe reale Produktionszuwächse (Holzbe- und -verarbeitung +12,5%, Mineralölindustrie +9,5%, Chemieindustrie +9,6%). Weniger stark wuchsen der Bereich Steine, Erden (+3%), die Glasindustrie (+3%), die Bauwirtschaft (+1,9%) und die Nahrungsmittelindustrie (+4%). Insgesamt produzierte die Industrie real um 10,5% mehr als 1999. Relativ schwach entwickelten sich die Einzelhan-

Güterverkehr

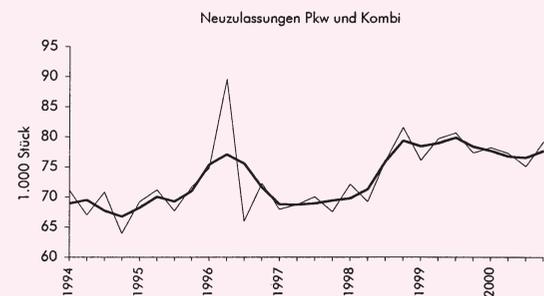
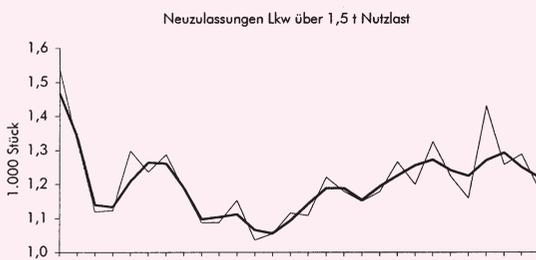
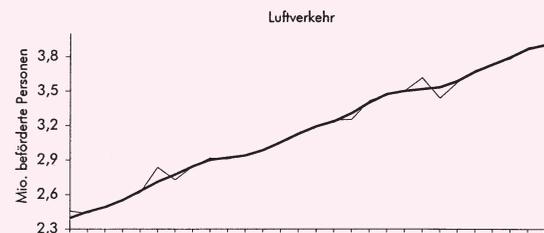
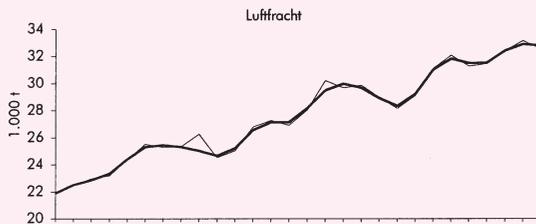
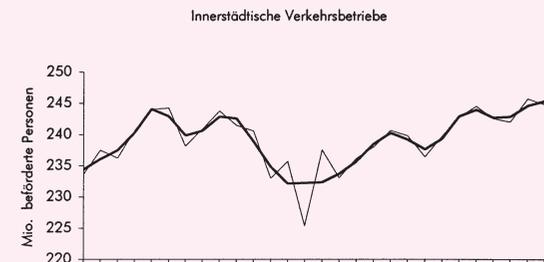
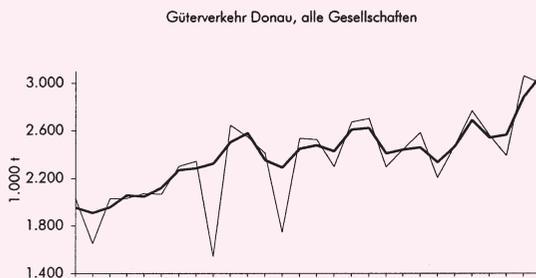
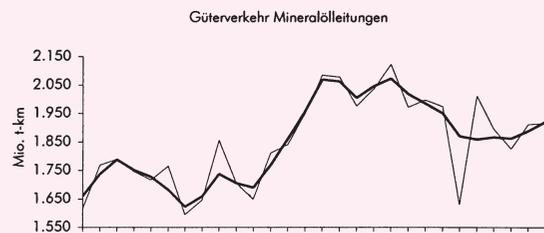
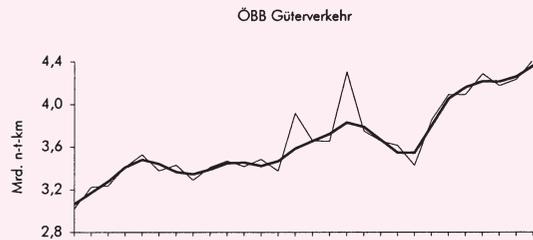
		2000	2000	Ø 1994/1999
		Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
ÖBB ¹⁾	Mio. n-t-km	17.110	+10,0	+ 3,8
Inland	Mio. n-t-km	4.079	+10,3	+ 2,4
Einfuhr	Mio. n-t-km	5.661	+17,1	+ 6,2
Ausfuhr	Mio. n-t-km	3.608	+ 5,6	+ 1,6
Transit	Mio. n-t-km	3.761	+ 4,3	+ 4,3
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	102.614	+ 0,1	+ 5,9
Fuhrgewerbe	in t	30.567	+ 0,3	+11,7
Werkverkehr	in t	72.047	± 0,0	+ 4,0
Schifffahrt ²⁾	1.000 t	11.035	+10,5	+ 5,2
Rohrleitungen, Mineralöl	Mio. n-t-km	7.546	- 0,6	+ 3,3
Einfuhr und Inland	Mio. n-t-km	3.305	- 4,9	+ 0,8
Transit	Mio. n-t-km	4.241	+ 3,0	+ 5,6
Luftfahrt ⁴⁾	1.000 t	130	+ 4,8	+ 6,0

¹⁾ Vorläufige Werte, ohne Stückgut. - ²⁾ Güterverkehr auf der Donau, insgesamt. - ³⁾ Schätzung. - ⁴⁾ Fracht, An- und Abflug.

delsumsätze (einschließlich Kfz-Handel +0,3%), der Außenhandel wuchs kräftig. Die Tonnage war im Export um 5,9% und im Import um 14,7% höher als 1999. Das gesamte Außenhandelsvolumen nahm um 11,3% zu.

Die Bahn profitierte in hohem Maße von der Belegung der Güterverkehrsnachfrage. Die Verkehrsleistungen erreichten 17,1 Mrd. n-t-km und waren damit um 10% höher als 1999. Die Bahn steigerte im Einfuhrverkehr mit einem Zuwachs von 17,1% ihren Marktanteil deutlich; im Ausfuhrverkehr (+5,6%) blieb er unverändert. Der Transitverkehr wuchs um nur 4,3%. Im Inlandverkehr (+10,3%) erzielte die Bahn ein besonders gutes Ergebnis. Der Höhepunkt wurde saisonbereinigt bereits im II. Quartal erreicht. Von den gesamten Verkehrsleistungen der Bahn entfielen im Jahr 2000 ein Drittel auf den

Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs 2000



— Glatte Komponente

— Saisonbereinigt

Q: Statistik Austria, ÖBB, Adria-Wien Pipeline GmbH, OMV, Transalpine Ölleitungen in Österreich Ges.m.b.H., Verkehrsbetriebe der Landeshauptstädte.

Einfuhrverkehr, 24% auf den Inlandverkehr; der Anteil des Ausfuhr- und des Transitverkehrs war mit jeweils rund 21% ungefähr gleich groß. Die ÖBB erhöhten ihre Tarifeinnahmen aus dem Güterverkehr auf 10,96 Mrd. S (+2,2% gegenüber 1999). Der Einnahmewachstum war geringer als der Leistungszuwachs, die durchschnittlichen Tarifeinnahmen je t-km sanken von 0,69 S im Jahr 1999 auf 0,64 S. Die Bahn investierte im Jahr 2000 schwerpunktmäßig in die Infrastruktur (Westbahn und im Raum Wien – Lainzer Tunnel). Im Oktober 2000 wurden 36 km Hochleistungsstrecke zwischen St. Pölten und Pöchlarn in Betrieb genommen.

Dank der guten Konjunkturlage der Eisenhütten und der Holzwirtschaft war die Nachfrage nach Schifftransporten auf der Donau im Jahr 2000 sehr rege. Das Transportaufkommen erreichte 11 Mio. t (+10,5% gegenüber 1999). Besonders kräftig wuchs der Inlandverkehr (+53%), die Zuwachsrate im Transitverkehr betrug 16%, im Einfuhrverkehr 5%. Im Ausfuhrverkehr wurde das sehr gute Ergebnis von 1999 nicht ganz erreicht. Der Süd-Ost-Verkehr litt weiterhin unter der Unterbrechung der Schifffahrt bei Novisad.

Die Durchsatzleistung der Rohrleitungen stieg im Jahr 2000 auf 7,5 Mrd. n-t-km (-0,6% gegenüber 1999). Der Einfuhr- und Binnenverkehr ging um 4,9% zurück, der Transitverkehr war um 3% stärker. Die Luftfracht setzte ihr Wachstum fort (+4,8% gegen 1999), im 2. Halbjahr zeigen die saisonbereinigten Daten eine leichte Abschwächung an.

Über die Entwicklung des Straßengüterverkehrs liegen zur Zeit keine Daten vor. Der Transitverkehr mit Fahrzeugen aus der EU stieß an die Grenzen der Ökopunktekontingente. Die Nachfrage nach neuen Lkw nahm zu (+8,2%), jene nach Anhängern sank (-3,0%). Die Nutzlast der neuzugelassenen Fahrzeuge stagnierte (+0,1%). Stärker nachgefragt waren vor allem Klein-Lkw (+8,9%), die Neuzulassungen von schweren Anhängern blieben deutlich unter dem Vorjahresniveau. Auch Sattelfahrzeuge waren weniger gefragt als 1999. Die Diskussion um die Lkw-Maut wurde neu angefacht; die Maut soll nunmehr allein mit einem vollelektronischen System eingehoben werden. Als Termin für die Einführung ist das 2. Halbjahr 2002 vorgesehen.

Das Auslaufen des Transitabkommens mit der EU Ende 2003 und die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs mit den östlichen Nachbarländern nach deren EU-Beitritt werden den internationalen Straßengüterverkehr in Österreich stark zunehmen lassen. Einen Ansatzpunkt für die Lösung der damit verbundenen Umweltprobleme in sensiblen Räumen bietet das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention: Österreich, die Schweiz, Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Monaco und Slowenien einigten sich am 31. Oktober 2000 auf eine nachhaltige Verkehrspolitik zum Schutz der Alpen. Die unterzeichnenden Länder verzichteten auf den Bau

Personenverkehr

		2000	2000	Ø 1994/1999
		Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
Wiener Verkehrsbetriebe	Mio. Personen	725	+ 1,9	+ 1,1
Luftfahrt ¹⁾	1.000 Personen	15.312	+ 7,2	+ 7,2
AUA ¹⁾²⁾	1.000 Personen	3.827	+ 1,0	+ 5,9

¹⁾ Linien- und Charterverkehr, An- und Abflug. – ²⁾ Schätzung.

neuer alpenquerender Straßen. Die Genehmigung hochrangiger Straßenprojekte für den inneralpinen Verkehr ist an restriktive Bedingungen geknüpft (Umweltverträglichkeits-, Zweckmäßigkeit- und Bedarfsprüfung, nachhaltige Raumplanung). Die EU-Kommission schlug vor, dass auch die EU dieses Verkehrsprotokoll unterzeichnen sollte. Allerdings dürfen die Maßnahmen den transalpinen Güterausaustausch nicht beeinträchtigen.

PERSONENVERKEHR LEICHT GEWACHSEN

Im Berichtsjahr entwickelte sich der Reiseverkehr etwas besser als im Jahr zuvor (Nächtigungen +1,6% gegenüber 1999). Auch das Wachstum des Berufsverkehrs (+1%) beschleunigte sich. Die Meldungen über Personenverkehrsleistungen beschränken sich derzeit auf städtische Verkehrsbetriebe und die Luftfahrt. Die Wiener Verkehrsbetriebe beförderten 725 Mio. Fahrgäste, um 1,9% mehr als 1999. In der Luftfahrt setzte sich das starke Wachstum fort (+7,2%). Die AUA verzeichneten einen geringen Zuwachs (+1,0%). Austrian Airlines, Tyrolean Airways und Lauda Air sind seit Ende Jänner 2001 in der Austrian Airlines Group zusammengeschlossen. Im Jahr 2000 beförderte diese Gruppe 8,4 Mio. Passagiere (davon AUA 53%, Lauda Air 22%, Tyrolean Airways 25%). Der Linienfluganteil der AUA betrug 89%, jener der Lauda Air 58% und der Tyrolean Airways 94%, in der gesamten Gruppe 82%. Im Februar 2001 übernahm die AUA-Gruppe die Rheintal Fluggesellschaft.

Die Tariferträge der ÖBB aus dem Personenverkehr erreichten im Jahr 2000 7,28 Mrd. S (+5,3% gegenüber

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

	2000	2000	Ø 1994/1999
	Stück	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
<i>PKW (nach Hubraum)</i>	309.427	- 1,5	+ 2,1
Bis 1.500 cm ³	71.807	+ 2,7	- 3,6
1.501 cm ³ und mehr	237.620	- 2,7	+ 4,1
<i>Lkw (nach höchstzulässiger Nutzlast)</i>	31.502	+ 8,2	+ 3,5
Bis 1.999 kg	27.204	+ 8,9	+ 4,0
2.000 bis 6.999 kg	1.244	+ 6,3	- 7,7
7.000 kg und mehr	3.127	+ 5,3	+ 5,2
<i>Anhänger (nach höchstzulässiger Nutzlast)</i>	21.303	- 3,0	+ 1,1
Bis 2.999 kg	19.805	- 1,7	+ 0,7
3.000 bis 6.999 kg	299	-28,3	+ 7,5
7.000 kg und mehr	1.588	- 7,2	+ 6,8
<i>Sattelfahrzeuge</i>	4.194	- 2,1	+18,2

1999). Mit 1. Jänner 2000 wurden die Tarife auf Nah- und Mittelstrecken um durchschnittlich 2% angehoben. Bahnfahrten auf langen Strecken wurden etwas billiger. Daraus ließe sich schließen, dass die Personenverkehrsleistungen der ÖBB um rund 3,5% zunahmen.

Nach zwei Jahren kräftigen Wachstums der Pkw-Neuzulassungen wurden im Jahr 2000 309.427 fabriksneue Fahrzeuge zugelassen (-1,5%). Die Kraftstoffverteuerung wirkte sich insofern aus, als die Nachfrage nach kleineren (Hubraum bis 1.000 cm³ +2,8%) und mittleren Pkw (1.001 bis 1.500 cm³ +2,7%) stieg, größere Pkw wurden um 2,7% weniger zugelassen als 1999. Die saisonbereinigten Werte zeigen im letzten Quartal 2000 eine Belebung der Pkw-Nachfrage an.

Wilfried Puwein
Statistik: Martina Agwi

AGRARSEKTOR 2000: AGRAR-EINKOMMEN LEICHT ERHOLT

Im Jahr 2000 ging die Agrarproduktion dem Volumen nach als Folge zum Teil schwerer Ernteausfälle durch Dürre zurück. Die Agrarpreise stiegen, konnten aber mit der kräftigen Teuerung auf den Betriebsmittelmärkten nicht mithalten; die Austauschrelationen der Land- und Forstwirtschaft verschlechterten sich. Beide Entwicklungen drückten gemeinsam das auf dem Markt erwirtschaftete Agrareinkommen. Diese Einbußen wurden aber durch höhere Direktzahlungen sowie eine reduzierte Belastung der pauschalierten Betriebe mit Umsatzsteuer übertroffen. Die gesamten Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft erholten sich – nach großen Verlusten in den vier vorangegangenen Jahren – etwas. Die Abwanderung aus der Landarbeit steigt wieder. Nach Produktgruppen war die Entwicklung wie üblich unterschiedlich.

HÖHERE DIREKTZAHLUNGEN UND NIEDRIGERE BELASTUNG MIT UMSATZSTEUER STÄRKEN ERTRÄGE

PRODUKTION DURCH DÜRRESCHÄDEN GEDRÜCKT

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Land- und Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LFGR) des WIFO¹⁶⁾ von Ende März sank die agrarische Endproduktion im Jahr 2000 real um etwa 3,6% und blieb damit knapp unter dem längerfristigen Trend. Eine lang anhaltende Trockenheit hatte teils schwere Einbußen im Pflanzenbau zur Folge. Der Ackerbau im Nordosten Österreichs war besonders betroffen. Holz dürfte weniger geschlägert

¹⁶⁾ Die Land- und Forstwirtschaftliche Gesamtrechnung des WIFO basiert auf dem Eurostat-Handbuch zur LFGR 1989.

Reale Wertschöpfung, Beschäftigung und partielle Produktivitäten der Land- und Forstwirtschaft

	1998	1999	2000 ¹⁾	1998	1999	2000 ¹⁾
	Ø 1982/1984 = 100			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Endproduktion (Rohertrag)						
Pflanzenbau	107,3	116,3	101,8	+7,7	+8,4	-12,5
Tierhaltung	99,6	98,9	99,5	+3,4	-0,7	+ 0,6
Landwirtschaft	102,0	104,3	100,2	+4,8	+2,3	- 3,9
Forstwirtschaft	110,7	111,6	109,0	-4,2	+0,7	- 2,3
Land- und Forstwirtschaft	103,5	105,5	101,7	+3,0	+2,0	- 3,6
Minus Vorleistungen	102,9	103,8	101,4	+0,4	+0,8	- 2,3
Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)	103,8	106,5	101,9	+4,5	+2,7	- 4,3
Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft (Arbeitsproduktivität ¹⁾)	54,2	52,9	51,1	-2,6	-2,3	- 3,6
Land- und Forstwirtschaft	191,4	201,2	199,6	+7,3	+5,1	- 0,8
Flächenproduktivität netto ²⁾)	105,8	108,2	104,0	+4,5	+2,3	- 3,9

Q: WIFO-Berechnungen. 2000: vorläufige Werte. – ¹⁾ Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum BIP zu Faktorkosten (real) je Beschäftigten. – ²⁾ Importbereinigte reale Endproduktion der Landwirtschaft je Hektar.

worden sein als im Vorjahr, weil ausländisches Schadholz die Märkte belastete. Die Tierproduktion expandierte dem Volumen nach leicht.

Nach WIFO-Schätzungen kauften die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Jahr 2000 real um etwa 2,3% weniger Vorleistungen zu als im Vorjahr. Es wurde neuerlich mehr Eiweißfutter importiert; der Absatz von Handelsdünger blieb hingegen rückläufig. Damit sanken die Bezüge an Betriebsmitteln insgesamt etwas weniger als die Agrarproduktion. Dies ergab eine Abnahme der realen Bruttowertschöpfung des Agrarsektors (Beitrag zum BIP) um etwa 4,3%. Auch die Arbeitsproduktivität der Land- und Forstwirtschaft ist leicht gesunken.

AGRARPREISE STEIGEN LANGSAMER ALS BETRIEBSMITTELPREISE

Nach Einbußen in den zwei Jahren zuvor stiegen die agrarischen Erzeugerpreise (einschließlich Holz) im Jahr 2000 um durchschnittlich etwa 2,2%. Im Pflanzenbau (+1,0%) zogen die Preise wegen der schwachen Ernten auf allen wichtigen Märkten (ausgenommen Obst) an. Tiere und tierische Erzeugnisse waren um 6,3% teurer als im Vorjahr. Der ungewöhnlich kräftige Anstieg ist überwiegend der zügigen Erholung des Schweinemarktes zu danken. Im Jahresdurchschnitt kosteten Schlachtschweine um rund 26% mehr als im Vorjahr. Gegen Ende 2000 war der schwere Einbruch 1998/99 auf dem europäischen Schweinemarkt überwunden. Schlachtrinder waren 2000 nach Angaben der AMA um 2,0% (Stiere) bis 7,9% (Kühe) teurer als im Vorjahr. Seit November 2000 belastet jedoch die neuerliche BSE-Krise die europäischen Rindermärkte schwer. Der durchschnittliche Milcherlös war mit 3,82 S je kg um rund 2% niedriger als im Vorjahr (höhere „Zusatzabgabe“). Der Holzmarkt wurde seit Anfang 2000 durch Schadholzimporte belastet. Im Jahresdurchschnitt war deshalb Nutz-

holz um etwa 7% billiger als im Vorjahr. Die Notierungen für Brennholz stagnierten, weil steigende Energiepreise die Nachfrage stützten.

Zugekaufte Vorleistungen waren im Jahr 2000 um durchschnittlich 7,1% teurer als im Vorjahr. Hauptverantwortlich für den Preissprung waren der rasche Anstieg der Preise von Erdöl (andere Energieträger zogen nach) und Eiweißfutter sowie der scharfe Kursgewinn des Dollars, der viele Importe verteuerte. Die Preise von Investitionsgütern (Maschinen und Wirtschaftsgebäude) stiegen um 1,6%. Die sprunghafte Verteuerung wichtiger Betriebsmittel verschob im Jahre 2000 die Austauschrelationen zwischen Agrarwaren und von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zugekauften Vorleistungen und Investitionsgütern neuerlich zulasten der Agrarwirtschaft.

ROHERTRAG STAGNIERT, HÖHERE AUSGABEN FÜR VORLEISTUNGEN

Der diskutierte Anstieg der Erzeugerpreise übertraf den Rückgang der realen Erträge (Mengen) knapp. Der Wert der Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft war mit rund 62,9 Mrd. S (+0,4%) geringfügig höher als im Vorjahr. Einbußen im Pflanzenbau und in der Forstwirtschaft stand ein kräftiger Zuwachs in der Tierhaltung gegenüber.

Im Pflanzenbau (-6,1%) glichen sehr gute Erträge aus dem Gemüsebau und leichte Zunahmen im Obst- und Kartoffelbau die schweren Verluste in den Sparten Getreide, Ölsaaten, Zuckerrüben und Wein bei weitem nicht aus. Die kräftige Zunahme des Rohertrags in der Tierhaltung (+8,1%) ist vor allem der zügigen Erholung des Schweinemarktes zuzuschreiben: Mit rund 8,9 Mrd. S war der Rohertrag aus der Schweinehaltung um etwa 1,9 Mrd. S oder 28% höher als im Vorjahr. Das Ergebnis der guten Jahre vor dem schweren Einbruch 1998/99 wurde damit allerdings noch nicht erreicht. Aus der Milcherzeugung, der Rindermast und der Eierproduktion wurden höhere Erträge erwirtschaftet; die Geflügelmäster erlitten leichte Einbußen. In der Forstwirtschaft (-7,8%) drückten die Verringerung des Einschlags und der Preisrückgang den Rohertrag.

Für den Ankauf von Vorleistungen gaben die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Jahr 2000 nach WIFO-Schätzungen rund 28,6 Mrd. S aus, um 3,5% mehr als im Vorjahr. Diese Mehrausgaben übertrafen den leichten Rohertragszuwachs im Agrarsektor; die Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft (Beitrag zum BIP) blieb mit rund 34,3 Mrd. S um etwa 2,0% hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

DIREKTZAHLUNGEN STEIGEN WIEDER

Die Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe wurden im Zuge des EU-Beitritts auf rund 24,8 Mrd. S

Nominelle Endproduktion und Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft

	1998	1999	2000	1998	1999	2000
	Zu laufenden Preisen ohne Mehrwertsteuer in Mio. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Endproduktion (Rohertrag)						
Pflanzenbau	18.337	18.685	17.546	+ 7,1	+1,9	- 6,1
Tierhaltung	31.213	30.329	32.793	- 5,4	-2,8	+ 8,1
Landwirtschaft	49.550	49.014	50.339	- 1,1	-1,1	+ 2,7
Forstwirtschaft	13.517	13.586	12.531	+ 0,4	+0,5	- 7,8
Land- und Forstwirtschaft	63.067	62.600	62.870	- 0,8	-0,7	+ 0,4
Minus Vorleistungen	27.564	27.580	28.550	- 2,1	+0,1	+ 3,5
Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)	35.503	35.020	34.320	+ 0,2	-1,4	- 2,0
Plus Subventionen	18.579	17.309	17.847	- 8,5	-6,8	+ 3,1
Minus indirekte Steuern ¹⁾	1.727	1.561	827	-17,5	-9,6	-47,0
Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (zu Faktorkosten)	52.355	50.768	51.340	- 2,4	-3,0	+ 1,1
Minus Abschreibungen	20.237	20.204	20.277	+ 0,3	-0,2	+ 0,4
Beitrag zum Volkseinkommen	32.118	30.564	31.063	- 4,0	-4,8	+ 1,6
Beitrag der Land- und Forstwirtschaft in %						
Zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)	1,4	1,4	1,3			
Zum Volkseinkommen (zu Faktorkosten)	1,7	1,6	.			

Q: WIFO-Berechnungen. 2000: vorläufige Werte. - ¹⁾ Einschließlich Nettoszallast bzw. Nettogewinn der Land- und Forstwirtschaft an Umsatzsteuer aufgrund der Pauschalierung.

kräftig erhöht. Seither sanken diese Transfers kontinuierlich; 1999 erreichten sie mit rund 17,3 Mrd. S den Tiefstwert. Der Rückgang war primär auf die planmäßige Kürzung der auf vier Jahre befristeten „degressiven Ausgleichszahlungen“ zurückzuführen. Die vom Europäischen Rat im Frühjahr 1999 in Berlin beschlossene GAP-Reform 1999 schuf neuen Spielraum für höhere Direktzahlungen an die Bauern.

Für das Jahr 2000 erhielt die Landwirtschaft rund 17,8 Mrd. S an Direktzahlungen aus öffentlichen Mitteln, um 0,5 Mrd. S mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs resultiert aus der Aufstockung der Marktordnungsbeihilfen um rund 1 Mrd. S auf 7,4 Mrd. S. Die Ausgaben für Umweltprogramme waren mit rund 7,6 Mrd. S etwas niedriger als im Vorjahr, weil im Zuge des Strukturwandels weniger Betriebe daran teilnehmen.

Die jährliche Verringerung der Direktzahlungen zwischen 1995 und 1999 um insgesamt rund 7,5 Mrd. S belastete die Einkommensbildung in der Landwirtschaft in dieser Zeitspanne erheblich. Die Zunahme der Subventionen im Jahr 2000 und deren für die nächsten Jahre erwartete weitere Aufstockung setzen nunmehr wichtige positive Impulse.

Die Belastung der Agrarwirtschaft mit indirekten Steuern nahm im Jahr 2000 erheblich ab (1999 1,6 Mrd. S, 2000 0,8 Mrd. S). Diese Entwicklung resultierte aus einer Verringerung der Belastung der pauschalierten land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit Umsatzsteuer durch die Umsatzsteuergesetz-Novelle 1999, die am 1. Jänner 2000 in Kraft trat. Die Berechnungen des WIFO für das Kalenderjahr 2000 ergaben eine Nettoszallast der Land- und Forstwirtschaft an Umsatzsteuer

von rund 500 Mio. S (1999 1,2 Mrd. S). Diese Korrektur der Steuersätze hat die seit dem EU-Beitritt bestehende systemwidrige Belastung der pauschalierten Agrarbetriebe mit Umsatzsteuer deutlich reduziert. Der von der Landwirtschaft angestrebte vollständige Ausgleich ist aber nicht gelungen.

Der reale Kapitalstock der Agrarwirtschaft sinkt seit Mitte der achtziger Jahre langsam. Dies trifft insbesondere für den Maschinenbestand zu. Die Investitionsgüterpreise zogen im Jahr 2000 leicht an (+1,6%), die für Ausrüstungen und Wirtschaftsgebäude erforderlichen Abschreibungen (20,3 Mrd. S, +0,4%) waren nur geringfügig höher als im Vorjahr.

LEICHTE ERHOLUNG DER AGRAREINKOMMEN

Trotz Einbußen durch die zitierten Sondereinflüsse (Dürreschäden sowie eine weite Öffnung der „Preisschere“ zulasten der Land- und Forstwirtschaft) sind die Agrareinkommen im Jahr 2000 – erstmals seit 1995 – gestiegen. Die diskutierten Entwicklungen auf den Agrar- und Betriebsmittelmärkten sowie im Bereich der Förderung und Besteuerung der Land- und Forstwirtschaft ergaben per Saldo einen Beitrag des Agrarsektors zum Volkseinkommen von rund 31,1 Mrd. S, um etwa 0,5 Mrd. S oder 1,6% mehr als im Vorjahr. Dieser Betrag entspricht den aus der Land- und Forstwirtschaft insgesamt erwirtschafteten Einkommen, einschließlich aller öffentlichen Beihilfen an die Betriebe. Er steht zur Entlohnung aller im Agrarsektor eingesetzten Ressourcen zur Verfügung.

Der für das Jahr 2000 ermittelte leichte Zuwachs der Summe der Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft ist das Resultat sehr unterschiedlicher Entwicklungen in wichtigen Teilbereichen. Die auf dem Markt erwirtschafteten Agrareinkommen blieben infolge des Produktionsrückgangs (Dürreschäden, geringerer Holzeinschlag) und einer Verschlechterung der Austauschverhältnisse um etwa 0,8 Mrd. S unter dem Vorjahresergebnis. Diese Einbußen wurden jedoch durch eine Zunahme der Direktzahlungen und die verringerte Belastung der pauschalierten Agrarbetriebe mit Umsatzsteuer (mit einem Einkommensbeitrag von insgesamt etwa +1,3 Mrd. S) übertroffen.

INVESTITIONEN STAGNIEREN, ABWANDERUNG AUS DER LANDARBEIT NIMMT WIEDER ZU

Die Investitionsbereitschaft der agrarischen Unternehmer schwankte in den letzten zehn Jahren ungewöhnlich stark. Einem Tief in der ersten Hälfte der neunziger Jahre folgte der Boom 1996/97. Anfang 1998 trübte sich die Stimmung wieder ein. Im Jahr 2000 stagnierten nach den verfügbaren Informationen die Investitionen der Agrarwirtschaft auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres.

Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft

Jahresdurchschnitt

	Selbständige und mithelfende Familienangehörige	Unselbständig Beschäftigte ¹⁾	Beschäftigte ²⁾ insgesamt	Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamt- wirtschaft
	In 1.000 Personen			In %
1996	132,0	25,9	157,9	4,6
1997	127,5	25,9	153,4	4,5
1998	123,8	25,6	149,4	4,3
1999	120,1	25,8	145,9	4,2
2000	115,1	25,6	140,7	4,0
Veränderung gegen das Vorjahr in % ³⁾				
1996	-5,5	-0,6	-4,7	
1997	-3,4	+0,1	-2,8	
1998	-2,9	-1,1	-2,6	
1999	-3,0	+0,8	-2,3	
2000	-4,2	-0,8	-3,6	

Q: WIFO-Berechnungen; ab 1992 vorläufige Werte. Es gelten die Definitionen der jeweils letzten Volkszählung. Die Fortschreibung ab 1992 stützt sich auf Daten der Sozialversicherung der Bauern (für Selbständige und mithelfende Familienangehörige) sowie auf Angaben des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. – ¹⁾ Ab 1987 ohne Präsenziener, Karenzgeldbezieher usw. – ²⁾ Selbständige und unselbständig Beschäftigte. – ³⁾ Berechnung der Veränderungsdaten mit ungerundeten Werten.

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre verlor die Land- und Forstwirtschaft mit rund $-5\frac{1}{2}\%$ bis -6% jährlich viel mehr Arbeitskräfte, als der langfristigen Erfahrung entsprochen hätte. Von Anfang 1996 bis Ende 1998 verlangsamte sich die Abwanderung aus der Landarbeit auf weniger als die Hälfte. 1999 wurde mit $-2,3\%$ der Tiefpunkt erreicht. Ende 1999 und Anfang 2000 drehte die Stimmung in der bäuerlichen Bevölkerung wieder, die Abwanderung beschleunigt sich seither.

Im Jahr 2000 waren nach Berechnungen des WIFO rund 140.700 Personen hauptberuflich in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, um 3,6% weniger als im Vorjahr. Der neuerliche Anstieg der Abwanderung aus der Landarbeit dürfte zumindest zum Teil durch die schlechte Ertragslage der letzten Jahre stimuliert worden sein. Die leichte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt begünstigt diese Entwicklung.

Etwas höhere Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft und die beschleunigte Abwanderung ließen die Agrareinkommen je Beschäftigten um durchschnittlich etwa 5,4% steigen. Damit holte die Land- und Forstwirtschaft – nach schweren Einbußen in den vier vorangegangenen Jahren – im Jahr 2000 in der Einkommensentwicklung erstmals wieder leicht auf. Der Abstand zu den Verdiensten der Arbeitnehmer (Disparität) wurde etwas verringert.

LEICHTE GEWINNE FÜR DIE EU-BAUERN

Nach Angaben von Eurostat (Stand Mitte Dezember 2000)¹⁷⁾ entwickelten sich die landwirtschaftlichen Ein-

¹⁷⁾ Die Eurostat-Daten basieren auf der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung; die Forstwirtschaft ist nicht enthalten.

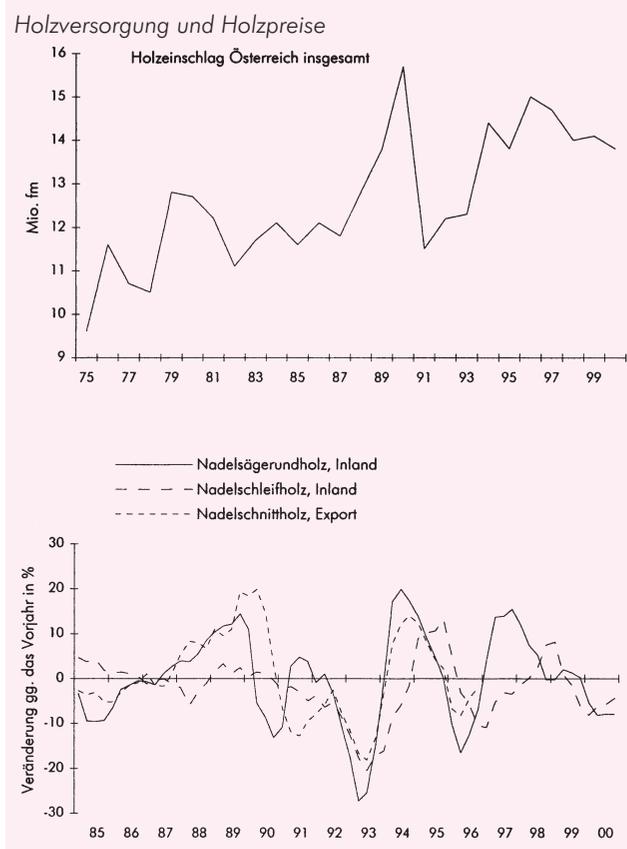
kommen im Jahre 2000 auch in der EU günstig. Je Beschäftigten waren sie im Durchschnitt der EU 15 real um rund 1,3% höher als im Vorjahr. (Als Maßstab dient dabei die preisbereinigte Nettowertschöpfung der Landwirtschaft zu Faktorkosten je Arbeitseinheit.) Der Zuwachs ist ausschließlich auf die anhaltende Abwanderung aus der Landarbeit zurückzuführen. Im Jahr 2000 verlor die EU-Landwirtschaft durchschnittlich rund 2,7% ihrer Arbeitskräfte. Die Agrarproduktion stagnierte; steigende Vorleistungsbezüge, höhere Produktionssteuern und leicht reduzierte Subventionen drückten die aus der Landwirtschaft erwirtschafteten Einkommen real um 1,4%. Von Land zu Land waren die Ergebnisse sehr unterschiedlich: In Dänemark, Finnland und Belgien stiegen die realen Einkommen je Arbeitskraft besonders kräftig; Italien, Portugal und Großbritannien meldeten hingegen erhebliche Einkommensverluste.

Matthias Schneider
Statistik: *Dietmar Weinberger*

HOLZPREISE NACH STURMSCHÄDEN GEDRÜCKT

Die schweren Sturmschäden in Westeuropa vom 26. Dezember 1999 (Orkan „Lothar“) beeinflussten im Jahr 2000 den Holzmarkt entscheidend. Der große Schadholzanfall konnte erst im Laufe des Jahres aufgearbeitet werden. Obschon die Exportnachfrage nach Schnittholz und Papier, begünstigt durch den hohen Dollarkurs, sehr gut war, standen die Waldbesitzer in Österreich einem spürbaren Rückgang der Rundholzpreise gegenüber. Im Jahresdurchschnitt 2000 waren die Preise für Nadel sägerundholz um 7,4%, für Nadel schleifholz um 6,2% niedriger als 1999. Der Schleifholzpreis festigte sich bereits zur Jahresmitte wieder, der Rundholzpreis erreichte seinen niedrigsten Wert erst im November 2000. Die Schnittholzpreise sanken im Export um 2,6%, im Inland stiegen sie leicht (+2,4%). Besonders kräftig zogen im Jahr 2000 die Exportpreise für Zellstoff an. Sulfatzellstoff war im Jahresdurchschnitt um die Hälfte teurer als 1999. Die Exportpreise für Papier und Pappe insgesamt stiegen um 26%, für Druckpapier um 8%. Die Exportpreise für Spanplatten hielten ihr hohes Niveau.

Die Schnittholznachfrage im Inland wurde durch die schwache Baukonjunktur (reale Bauproduktion +1,9%) nicht gestützt. In Westeuropa meldete die Bauwirtschaft einen Produktionszuwachs von 2,8%. Die jüngsten Prognosen der Euroconstruct erwarten für 2001 eine merkliche Abschwächung der Baukonjunktur in der EU. In Italien, dem wichtigsten Absatzmarkt für Nadel schnittholz aus Österreich, wird das Bauvolumen heuer noch um über 3% wachsen, im Jahr 2002 ist mit einer Verlangsamung (+1%) zu rechnen.



GUTE HOLZKONJUNKTUR

Die Holzbe- und -verarbeitung (ohne Herstellung von Möbeln) meldete für 2000 eine Produktionssteigerung um 12,5% gegenüber 1999. Nach dem kräftigen Rückgang in den letzten zwei Jahren wuchs die Beschäftigung im Jahr 2000 wieder leicht (+1%). Die Nadel schnittholzlieferungen nahmen gemessen an den Exportmengen um 9,2% zu. An Spanplatten wurde um 18,8% mehr exportiert als 1999. Die Holzwirtschaft nützte das hohe Schadholzanangebot in Westeuropa (insbesondere in der Schweiz und in Deutschland) und importierte um 33% mehr Nadelrundholz. Der durchschnittliche Importpreis war um 19% niedriger als 1999.

Der reale Produktionswert der Papier- und Pappenhersteller war im Jahr 2000 um 7% höher als im Vorjahr. Die Rationalisierungsmaßnahmen wurden fortgesetzt, im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Papier- und Pappindustrie um 0,5% weniger Unselbständige als 1999. Die Zellstoffexporte (Mengen) waren im Jahr 2000 um 5% geringer als im Rekordjahr 1999, die Exporte von Papier und Pappe erreichten das Vorjahresniveau.

Über den Holzeinschlag in Österreich lagen zum Redaktionsschluss noch keine Gesamtergebnisse für 2000 vor. Die österreichischen Bundesforste schätzten 1,69 Mio. fm, um 9,7% weniger als 1999. Der Einschlag lag um 30% unter dem Rekordwert von 1997.

Wilfried Puwein
Statistik: *Dietmar Weinberger*

*Economic Boom is Weakening**The Austrian Economy in 2000 – Summary*

The economic expansion which had started off in mid 1999 continued throughout the first half of 2000. The international situation (vigorous domestic demand in the USA, strong growth in the CEECs, stable financial markets) made for a marked stimulation of Austrian foreign trade, which benefited mostly Austria's export-oriented manufacturers. The dynamic growth slowed down over the year, and both export demand and most domestic demand components saw their growth slackening in the second half of 2000. Over the whole year 2000, total production expanded by 3.2 percent.

The low effective exchange rate and the strongly booming economy on an international level caused Austrian exports to grow by 13.4 percent in nominal terms. But higher prices for crude oil and a weak euro meant a steep climb in the cost of importing raw materials and energy. In nominal terms, imports grew at a greater rate than exports, so that the current account deficit rose to almost ATS 90 billion in 2000.

Domestic demand similarly recorded a stronger growth rate than in 1999. Consumption by private households was higher by 2.7 percent in real terms. The trend was supported by the expansive effect of the tax reform and „family package“ on personal disposable incomes. A dampening effect was exerted in the second half of the year by the loss of purchasing power due to higher fuel prices and a rise in some taxes and public charges.

In 2000, the growth was highest for manufacturing, which reaped the benefits of a booming export demand. Its real net output rose by 8.2 percent. With employment remaining nearly stable, the result was a substantial growth in productivity.

In the first six months of 2000, the rise in profits attendant to the boom and optimistic prospects made companies invest heavily, whereas in the second half expectations became more muted. Altogether, spending on equipment rose by 5 percent in real terms in 2000; spending on new construction was weak.

The lively business activity was reflected in the number of employment relationships (excluding parental leave) which grew by 0.9 percent (a plus of 29,000) in 2000. Up to the spring of 2000, job growth was brisker than in 1999, but it abated noticeably throughout the rest of the year. In terms of economic growth, job growth was unusually weak, i.e., labour productivity received a major boost.

At a reduction of 27,400, unemployment dropped more quickly than expected in view of employment trends. With the working age population (aged 15 to 59) contracting and the „silent reserve“ nearly exhausted, the job openings were increasingly covered from the pool of unemployed. The effect was further enhanced by labour market policy measures (such as job coaching).

After the annual inflation rate had sunk to a record low (0.6 percent) in 1999, it shot up again in 2000 (2.3 percent), mainly because of the drastic rise in crude oil prices and the weak euro. Another surge in prices was produced by a rise in taxes and public charges in and after June. By September, the inflation rate had once again reached the 3 percent threshold (November 3.1 percent). The EU harmonised consumer price index, which is weighted differently, increased by 2 percent. Nevertheless, second only to France (1.8 percent), Austria remained the most inflation-resistant country in the euro zone (1999 1.1 percent, 2000 2.3 percent).

General government financial balance was reduced to -1.1 percent of GDP in 2000, which was significantly below the 1999 rate (-2.1 percent). Thanks to the boom, the state achieved more revenues, and single budgetary measures counterbalanced the effect of the tax reform and „family package“. Auctioning off the UMTS licences produced a satisfactory ATS 11 billion in additional income. The central government deficit could be reduced to about ATS 45 billion in 2000 (compared to ATS 63.4 billion in 1999), or from 2.3 percent to 1.6 percent of GDP.